

Alrun Fischer
Ralf Grammel
Frank Iwer
Frank Rehberg

Aufbruch aus der Krise?

**Wirtschafts- und beschäftigungspolitische
Lage der Region Stuttgart**

Strukturbericht 1995

Stuttgart, Juli 1995

ISSN 0724 – 6986
ISBN 3-924003-64-5

Verfasser: Alrun Fischer
Ralf Grammel
Frank Iwer
Frank Rehberg

Herausgeber: IMU-Institut für Medienforschung
und Urbanistik
Hermann-Lingg-Str. 10
80336 München
Tel. 089/54 41 26-0

Druck: E.i.S.

© 1995 by IMU-Institut München
alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart und ihren Kreisen	4
2.1. Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und der Investitionsgüterindustrie	4
2.2. Branchenentwicklung im Maschinenbau, Fahrzeugbau und der Elektrotechnik	11
2.3. Beschäftigungsentwicklung	18
2.4. Arbeitslosigkeit	29
2.5. Betriebsbeispiele: Die 'Weltmarktorientierte Modernisierung' wird wirksam	33
2.5.1. SEL	34
2.5.2. ZF Bietigheim-Bissingen	35
2.5.3. Werner & Pfleiderer	35
2.5.4. Porsche	36
2.5.5. Stribel GmbH	37
2.5.6. IBM	38
3. Die Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur in der Region Stuttgart	40
3.1. Tertiarisierung und (regionale) Beschäftigung	40
3.2. Verarbeitendes Gewerbe trotz Anteilsverlusten weiter dominant	42
3.3. Intersektorale Tertiarisierung	44
3.3.1. Der Handel: Leichter Beschäftigungszuwachs und zunehmende Arbeitsplatzgefährdungen	44
3.3.2. Haushaltsbezogene Dienstleistungen auf dem Vormarsch	47
3.3.3. Staatliche Dienstleistungen mit nur leichten Beschäftigungszugewinnen	48
3.3.4. Höchste Beschäftigungszuwächse und zuneh- mende Bedeutung: die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen	49
3.3.5. Kreditinstitute und Versicherungen - ein Ratio- nalisierungsschwerpunkt der nächsten Jahre.	51
3.3.6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	52
3.3.7. Zusammenfassung	53
3.4. Funktionale Tertiarisierung	54
3.4.1. Sektorübergreifende funktionale Tertiarisierung	55
3.4.2. Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbes	56
3.4.3. Tertiarisierung der regionalen Schwerpunkt- branchen des Verarbeitenden Gewerbes	58
3.5. Resümee: die Tertiarisierung ersetzt keine Politik zukunftsorientierten Bestandsschutzes	60

4. Zukunftsaufgabe Qualifikation	65
4.1. Allgemeine Prognosen für den Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf	65
4.2. Region Stuttgart: Wandel in der Qualifikationsstruktur	69
4.3. Dringender Handlungsbedarf	74
5. Beschäftigungspolitik als Gestaltungsaufgabe	80
5.1. Gesellschaftspolitische Aufgaben für Beschäftigungs- politik	82
5.2. Wirtschaftsförderung und Industriepolitik	84
5.2.1. Gründung nach (zu) langer Vorbereitung	85
5.2.2. Aufgabenstellung nach wie vor nicht präzisiert	86
5.2.3. Bestandssicherung, Innovationsförderung und Kooperationsförderung als Hauptaufgaben der WRS	88
5.3. Anregungen für Pilotprojekte in der Region Stuttgart	91
5.3.1. Zuliefererpark Sindelfingen	91
5.3.2. Stahlbau-Kooperation im Maschinenbau	93
5.4. Agentur für Beschäftigungsförderung und Innovation (ABI)	94
5.4.1. Regionaler Qualifikationsbedarf und Qualifizierung im strukturellen Wandel	95
5.4.2. Regionale Strukturberichterstattung	96
5.4.3. Modellhafte Entwicklung von Standortsiche- rungskonzepten in ausgewählten Betrieben der Region	97
5.4.4. Regionales Entwicklungskonzept (REK)	98
6. Literaturverzeichnis	100

1. Einleitung

Das hier vorgelegte Strukturgutachten zur Entwicklung der Wirtschaft in der Region Stuttgart und ihren Kreisen ist das erste Gutachten, das im Rahmen des Projektes "Agentur für Beschäftigungsförderung und Innovation" (ABI) am IMU-Institut Stuttgart erstellt wurde. Hinter ABI verbergen sich verschiedene Einzelprojekte, die von der Hans-Böckler-Stiftung, dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg sowie den IG Metall Verwaltungsstellen der Region gefördert werden. Hauptanliegen von ABI ist es, die betrieblichen Interessenvertretungen und die regionalen Gewerkschaften bei der Bewältigung des Strukturwandels beratend zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Beschäftigungsförderung und Zukunftsgestaltung in der Region zu leisten.

Das diesjährige Strukturgutachten setzt die mittlerweile schon fast traditionellen Gutachten zur Lage und Entwicklung der Metall- und Elektroindustrie in Stuttgart und der Region fort, die mit der IMU-Studie: "Stuttgart - Problemregion der 90er Jahre?" (vgl. Richter 1988) ihren Anfang nahmen. 1994 wurde die jährliche Strukturberichterstattung auf die Kreise Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr ausgeweitet (vgl. Iwer u.a. 1994). Dieses Jahr werden nunmehr explizit alle Kreise der Region in die Strukturberichterstattung einbezogen.

Die konjunkturelle Krise der Jahre 1992/93 hat in der Wirtschaft der Region tiefe Spuren hinterlassen und zeigte erneut auch die Strukturängel der regionalen Ökonomie. Ein neuer Konjunkturtyp, geprägt durch einen starken Export bei weiterhin niedriger Binnennachfrage, hat 1994 zu einem konjunkturellen Aufschwung geführt, der bislang aber kaum zu arbeitsmarktbelebenden Effekten führte. Nicht wenige sehen diesen Aufschwung aufgrund der geringen Binnennachfrage als sehr labil an und korrigieren gegenwärtig ihre zunächst euphorischen Wachstumsprognosen wieder nach unten. In diesem Gutachten stellen wir uns deshalb die Frage, inwieweit sich dieser Konjunkturtyp und die Krise auf die Wirtschaft der Region im Jahre 1994 ausgewirkt haben (vgl. Kapitel 2).

Nicht nur die jüngste Krise hat tiefe Spuren in der Region hinterlassen. Weniger spektakulär, aber umso tiefgreifender sind die bisherigen Ergebnisse des wirtschaftsstrukturellen Wandels, der sich in einer (beschäftigungspolitischen) Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors äußert. In unserer regionalen Strukturberichterstattung beleuchten wir zum ersten Mal den Tertiarisierungsprozeß. Dabei zeigt sich, daß die Region Stuttgart unter sektoralem Blickwinkel in erster Linie eine industriell geprägte Region geblieben ist, da der Tertiarisie-

rungsprozeß zu einem großen Teil innerhalb der Unternehmen des produzierenden Sektors abläuft. Diese funktionale Tertiarisierung führte zu einem starken Anstieg der Dienstleistungstätigkeiten in den Unternehmen. Nicht zuletzt diese Entwicklung relativiert die häufig geäußerte Ansicht, die Region hätte ein zu geringes Dienstleistungsangebot und weist darauf hin, daß es zur Politik eines zukunftsorientierten Bestandschutzes des produzierenden Sektors kaum eine Alternative gibt (vgl. Kapitel 3).

Auch zu verstärkten Anstrengungen im Bereich der Qualifizierung, insbesondere von un- und angelernten Beschäftigten im produzierenden Sektor gibt es keine vernünftige Alternative, will man diese Beschäftigtengruppe nicht in immer größerem Umfang in die Arbeitslosigkeit entlassen. Trotz den steigenden Qualifikationsanforderungen in Folge sich verändernder Arbeitsorganisation, höherer Qualitätsanforderungen u.a. scheint eine vorausschauende betriebliche Qualifizierungspolitik bislang eher noch die Ausnahme, denn die Regel zu sein (vgl. Kapitel 4).

Qualifizierung allein wird jedoch die Arbeitsmarktprobleme nicht lösen. Gefragt sind Ansätze zur Weiterentwicklung der regionalen Ökonomie, die gesellschaftliche Bedarfe aufgreifen und in einer natur- und sozialverträglichen Weise befriedigen helfen. Hierzu bedarf es einer breiten Diskussion auf regionaler Ebene. Mit der Gründung des "Verband Region Stuttgart" (VRS) im Jahre 1994, in dem der bisherige Regional- und Umlandverband Mittlerer Neckar aufging, ist eine politische Institution entstanden, die diese Diskussion vorantreiben könnte. Vor diesem Hintergrund wird der VRS auch zum Ansprechpartner der regionalen Gewerkschaften in Fragen der Regional- und Strukturpolitik sowie der Industriepolitik. Die Beteiligung an der Gründung der regionalen Wirtschaftsförderung zeigt, daß die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, sich in die Politikgestaltung auf diesen Ebenen einbringt (vgl. Kapitel 5).

In diesem Strukturbericht werden Daten der einzelnen regionalen Arbeitsamtsbezirke, des Landesarbeitsamtes, der Bundesanstalt für Arbeit¹, des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamtes² ausgewertet. Die Datenaufbereitung und zur Verfügungstellung der Daten durch die genannten Institutionen hat entscheidenden Einfluß auf die Aktualität dieses Berichtes. Diese Daten werden ergänzt durch eigene Erhebungen, die in

¹ Die Arbeitsämter erfassen alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen, also auch solche, die in Kleinstbetrieben arbeiten.

² Die statistischen Ämter erfassen Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.

ausgewählten Betrieben der Metall- und Elektroindustrie durchgeführt wurden. Sie erheben nicht den Anspruch auf Repräsentativität, geben aber zahlreiche Hinweise zur Interpretation der offiziellen Daten und ermöglichen einen Einblick in Prozesse, die der Statistik oftmals verborgen bleiben.

An dieser Stelle sei all denjenigen gedankt, die zur Erstellung dieses Strukturberichtes beigetragen haben, insbesondere den Betriebsrätinnen und Betriebsräten aus der Metall- und Elektroindustrie, die sich trotz ihrer hohen Arbeitsbelastung bereitgefunden haben unsere Fragen zu beantworten. Wir hoffen, mit diesem Bericht einen Beitrag zur Debatte um die Zukunftsgestaltung der Region Stuttgart leisten zu können.

2. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart und ihren Kreisen

In dem folgenden Kapitel steht die konjunkturelle Entwicklung in der Region Stuttgart im Vergleich zum Land Baden-Württemberg im Zentrum der Betrachtung. Darauf Bezug nehmend wird die Beschäftigungsentwicklung in der baden-württembergischen und regionalen Industrie dargestellt (Kapitel 2.2). In Kapitel 2.3. wird dezidiert die Arbeitsmarktentwicklung bis auf Kreisebene in der Region Stuttgart aufgezeigt und analysiert. Abschließend finden sich in Kapitel 2.4. einzelne betriebsbezogene Beispiele zur Darstellung diverser betrieblicher Strategien und exemplarischer Entwicklungen.

2.1. Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und der Investitionsgüterindustrie

Erste rezessive Tendenzen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs wurden bereits 1992 deutlich sichtbar. Das Jahr 1993 markierte den schärfsten konjunkturellen Einbruch seit der Nachkriegszeit, nachdem die Verluste der Binnennachfrage mit dem Wegbrechen der Exportgeschäfte nicht mehr kompensiert werden konnten. Dominierte am Anfang des konjunkturellen Einbruchs die Schwäche auf dem Weltmarkt und in Westeuropa, erwies sich ab dem 2. Halbjahr 1993 die Binnennachfrage zunehmend als die hauptsächliche Konjunkturbremse.

1994: Konjunkturellem Aufschwung fehlt die Breite

Ein Stillstand der rezessiven Tendenzen konnte erst 1994 mit einer Stabilisierung konjunktureller Auftriebskräfte verzeichnet werden, nachdem im 2. Halbjahr 1993 - vor allem durch eine deutliche Zunahme der Auslandsnachfrage und Investitionen im Wohnungsbau - eine deutliche konjunkturelle Anregung zu verspüren war. Sank das Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland³ 1993 noch um 60,3 Mrd. DM (-1,7%), so nahm es 1994 um 2,3% oder 45,7% Mrd. DM zu.⁴ Ohne Zweifel kann man für das Jahr 1994 von einem konjunkturellen Aufschwung sprechen, der im Kern von einem starken Exportanstieg getragen wurde und auch im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturelle Stütze blieb.

³ Falls nicht ausdrücklich anders bezeichnet, beziehen sich sämtliche folgende Angaben zu Entwicklungen auf Bundesebene ausschließlich auf Westdeutschland ohne das Gebiet der fünf 'neuen' Bundesländer

⁴ Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in Preisen von 1991). Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 5/95.

Die steigende Auslandsnachfrage resultierte im wesentlichen aus dem kräftigen Wirtschaftswachstum in den USA, sowie aus dem erhöhten Ersatzbedarf nach Investitionsgütern aus den EU- und EFTA-Ländern. Die Ausfuhren der baden-württembergischen Wirtschaft in diese Länder stiegen im 1. Halbjahr 1994 um insgesamt über 15% (EU) und 13,5% (USA)⁵. Diese positiven Impulse aus dem Ausland kamen in Baden-Württemberg besonders im 1. Quartal 1994 zur Geltung, stabilisierten sich im weiteren Verlauf des Jahres und trugen maßgeblich zu einer insgesamt positiveren Wirtschaftsentwicklung bei.

Einschränkend muß aber festgestellt werden, daß die exportorientierte Industrie Baden-Württembergs, anders als von 'offizieller' Seite prognostiziert, 1994 nicht überdurchschnittlich vom Export profitieren konnte, sondern die Entwicklung in einzelnen Branchen sogar deutlich unter dem Bundesdurchschnitt verlief.

Der Auftragseingang erhöhte sich im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1994 insgesamt um durchschnittlich 6,8% (West-D 7,4%) gegenüber dem Vorjahr, wobei die Inlandsnachfrage lediglich um 2,9% (West-D 4,1%), die Auslandsnachfrage dagegen um fast 14% (West-D 13,4%) anstieg. Die stärksten Impulse gingen hier von der Investitionsgüterindustrie aus, die mit 14,4% gegenüber '93 den stärksten Zuwachs bei den Auslandsbestellungen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes verbuchen konnte, gefolgt vom Produktionsgütergewerbe mit 13,4% Zuwachs. Sorgenkind bleibt das Verbrauchsgütergewerbe mit einem bescheidenen Anstieg der Aufträge um insgesamt nur 1,4%, einem deutlichen Anstieg der Auslandsorder von über 8%, aber einem negativen Saldo bei den Inlandsbestellungen mit -0,3% gegenüber dem Vorjahr. Besonders betroffen ist hier vor allem die Textilindustrie, die einen Rückgang der Aufträge um insgesamt -4,9% gegenüber dem Vorjahr zu verkraften hatte (Inland: -7,3% / Ausland +1,5%).

Die schwache Inlandsnachfrage korrespondiert mit den 1994 nochmals rückläufigen Bruttoanlageinvestitionen. So investierte die bundesdeutsche Industrie 1994 mit 205 Mrd. DM 3,6% weniger in Ausrüstungen als im Vorjahr⁶, die sinkenden inländischen Investitionstätigkeiten wirkten 1994 als deutliche Konjunkturbremse, als einzige konjunkturelle Stütze kam nur der Export zum tragen.

Produktion nimmt zu

⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Baden-Württemberg in Wort und Zahl 12/94, S. 577-587

⁶ vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 5/95

Die Ungleichzeitigkeit in der Konjunktorentwicklung zwischen den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes spiegelt sich auch in der Produktionstätigkeit⁷ wieder. Die Produktion in Baden-Württemberg stieg danach 1994 um 3,4% gegenüber dem Vorjahresergebnis an und lag damit fast gleich mit dem Zuwachs des Verarbeitenden Gewerbes auf Bundesebene (+3,6%). Diese Zunahme der Nettoproduktion erfährt jedoch eine deutliche Relativierung dadurch, daß 1994 lediglich das Produktions-Niveau von 1989 erreicht werden konnte.

Differenziert man das baden-württembergische Verarbeitende Gewerbe nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so zeigt sich wieder, daß die positive Entwicklung weitgehend auf die traditionell stärker exportorientierten und vom US-Aufschwung bzw. vom EU-Export profitierenden Wirtschaftsbereiche wie die Investitionsgüterindustrie (+4,4%) sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (+4,4%) beschränkt bleibt, während die von der inländischen Nachfrage stärker abhängige Verbrauchsgüterindustrie 1994 bei der Nettoproduktion mit insgesamt -1,3% nochmals eine rückläufige Entwicklung gegenüber dem Vorjahr verkraften mußte. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe lag im Schnitt nur knapp über dem Produktionsniveau des vergangenen Jahres mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 0,5%.

Umsätze: Keine besonderen Effekte für 1994

"Baden-Württemberg, dessen stark vom Investitionsgütersektor geprägte Wirtschaft in besonders hohem Maße von der Rezession betroffen wurde, scheint nun - umgekehrt - auch überproportional von einer exportgestützten Belebungstendenz zu profitieren."⁸ Diese positive Einschätzung und die Hoffnung auf ein Anknüpfen an die exportorientierte Wachstumsstrategie, wie sie Mitte der 80er-Jahre in Baden-Württemberg forciert wurde, konnte 1994 nicht erfüllt werden.

Bei den Umsätzen konnten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg gegenüber 1993 zwar einen zurückhaltenden Anstieg um 8 Mrd. DM oder 2,5% verzeichnen, womit Baden-Württemberg aber lediglich den zweitschlechtesten Platz unter den bundesdeutschen Flächenstaaten erreichte. Diese Umsatzsteigerung resultierte fast ausschließlich aus den deutlich stärkeren Zuwachsraten des baden-württembergischen Exports, der mit einem An-

⁷ Wiedergegeben im Nettoproduktionsindex; er zeigt die Entwicklung der selbsterbrachten Leistungen der Betriebe und Unternehmen unter Ausschaltung der Preisveränderungen auf.

⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Baden-Württemberg in Wort und Zahl. Mai 1994, S.194

stieg von wertmäßig über 7 Mrd. DM oder 7,5% (BRD +8,7%) gegenüber dem Vorjahr seine Bedeutung als Konjunkturmotor nochmals ausbauen konnte, während die Inlandsnachfrage 1994 weiterhin dämpfend auf die Intensität der Konjunkturbelebung wirkte.

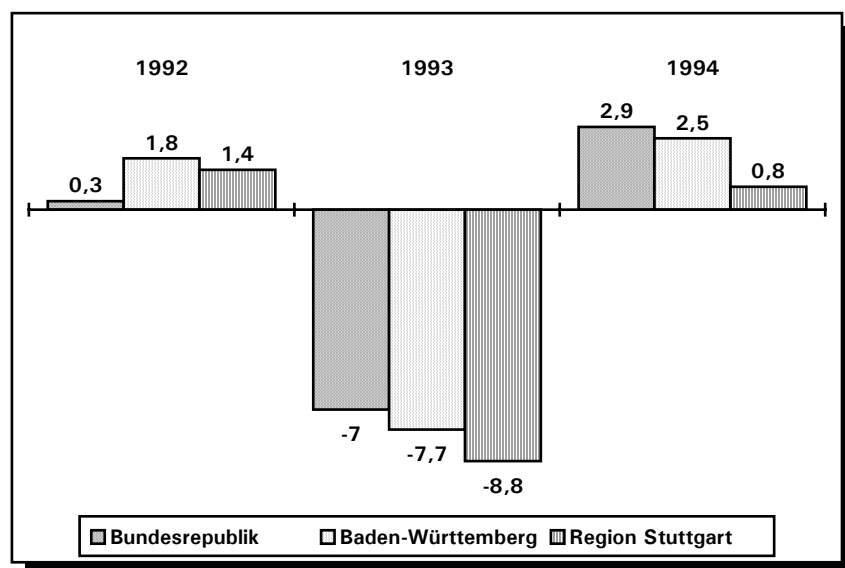
	1992	1993	1994
Umsatz			
Bundesrepublik	1.927.453	1.792.951	1.844.727
Baden-Württemberg	354.845	327.486	335.642
Region Stuttgart	117.200	106.861	107.766
Export			
Bundesrepublik	521.969	487.666	530.086
Baden-Württemberg	102.140	96.469	103.741
Region Stuttgart	39.098	36.821	38.939

Umsatz und Export im Verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart (in Mio. DM)

Die baden-württembergische Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe stieg entsprechend um 1,5% und liegt nun mit 31% um zwei Prozentpunkte über dem Bundesergebnis. Bei einer quartalsweisen Betrachtung der Umsatzentwicklung der baden-württembergischen Betriebe zeigt sich im Verlauf des Jahres 1994 eine anhaltende Umsatzsteigerung. So verbesserten sich die Quartalsergebnisse des Umsatzes insgesamt gegenüber dem Vorjahresquartal von 1,2% im 1.Quartal 1994 bis auf 4,5% im 4. Quartal 1994.

Region Stuttgart

In der Region Stuttgart stiegen die Exporte des Verarbeitenden Gewerbes 1994 um durchschnittlich 5,8% gegenüber dem Vorjahr an. Damit lag die Exportentwicklung in der Region Stuttgart deutlich unter den Entwicklungen auf Landes- (+7,5%) und Bundesebene (+8,7%). Analog verlief die Umsatzentwicklung, in der sich die negativen Folgen einer zurückgehenden Investitionstätigkeit der bundesdeutschen Industrie und unterdurchschnittliche Wachstumsraten im Export gegenseitig verstärkten. So stiegen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart 1994 um lediglich 0,8% gegenüber 1993, einem Jahr, in dem die Region mit -8,8% bereits überdurchschnittliche Umsatzeinbußen verkraften mußte. Dem bescheidenen Umsatzanstieg von 0,8% stehen 2,5% Zuwachs auf Landesebene und 2,9% Umsatzsteigerung in Westdeutschland gegenüber.

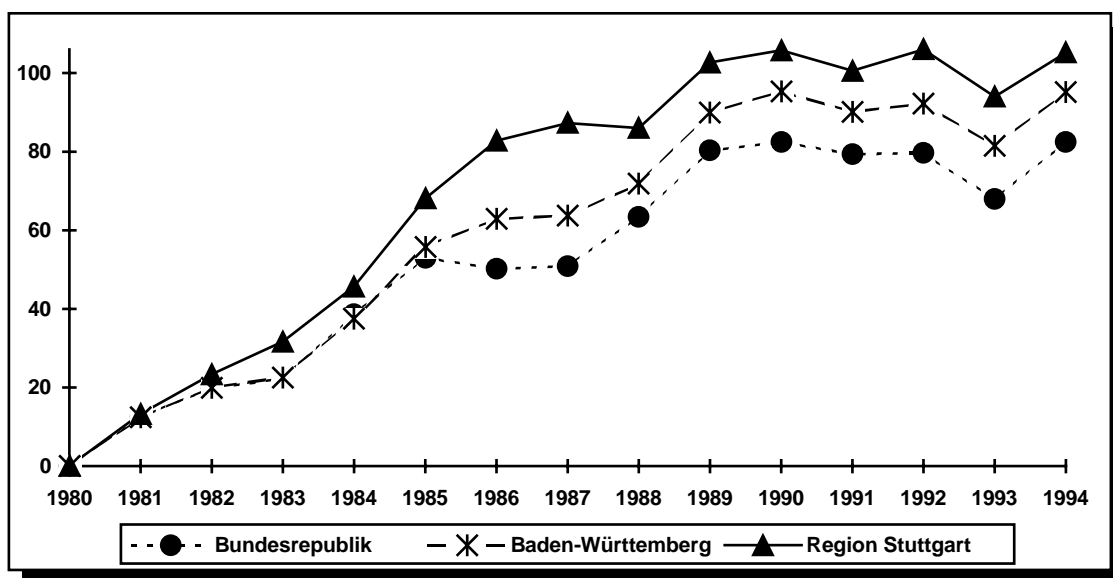


Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart in %
(Veränderung gegenüber Vorjahr)

Ein besonderer konjunktureller Effekt läßt sich 1994 für die Region nicht belegen, zumal auch die Umsatz- und Exportentwicklungen in den exportorientierten Branchen Maschinenbau, Elektro und KFZ in der Region im Vergleich zum Land und den alten Bundesländern deutlich unterdurchschnittlich verlaufen. Die Hoffnung der baden-württembergischen und insbesondere der regionalen Industrie, durch eine verstärkte Orientierung auf den Export an die Wachstumsgewinne zwischen 1980 und '87 anknüpfen zu können, konnte sich bisher noch nicht erfüllen, für das Verarbeitende Gewerbe der Region bedeutete das Jahr '94 eine Fortsetzung der unterdurchschnittlichen konjunkturellen Entwicklung mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt.

Noch deutlicher wird der relative Positionsverlust der Region bei einem Zweijahresvergleich von 1992 bis 1994. Verläuft die Exportentwicklung in diesem Zeitraum auf Bundes- und Landesebene mit einem Zuwachs um jeweils 1,6% bereits positiv, hinkt die Entwicklung in der Region Stuttgart mit einem Rückgang des Exports um -0,4% hinter der zarten allgemeinen Aufwärtsentwicklung weiterhin hinterher. Augenfälliger wird die 'Talfahrt' der Region beim Zweijahresvergleich der Umsatzentwicklung. Sanken die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg zwischen 1992 und 1994 um insgesamt -5,4%, gegenüber -4,3% in den alten Bundesländern, betrug die Differenz auf Regionesebene -8% oder über 9,4 Mrd. D-Mark.

Der relative Positionsverlust der Region Stuttgart gegenüber dem Land, als auch dem Bund, wird vor allem bei der langfristigen Export- und Umsatzentwicklung sichtbar. Bezogen auf das Basisjahr 1980 steigerte das Verarbeitende Gewerbe der BRD seine Umsätze bis zum Jahr 1987 um insgesamt 23,4%, in Baden-Württemberg auf 30,7% und in der Region Stuttgart um 41,9%; 1994 betrug die Umsatzsteigerung bezogen auf das Basisjahr 1980 in den alten Bundesländern 54,2%, auf Landesebene 61,5% und in der Region noch 60,8%. Betrug die Differenz zwischen Regions- und Bundesentwicklung 1987 noch 18,5% so schmolz dieser 'Vorsprung' auf 6,6% im Jahr 1994 zusammen. Dieselbe Tendenz - mit einem 'Überholen' der Region im Jahr 1994 - läßt sich bei der regionalen gegenüber der landesweiten Umsatzentwicklung feststellen.



Exportentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zur Basis 1980

Unterzieht man die Exportsteigerungsraten ebenfalls einer langfristigen Betrachtung, so kann die deutlich nachlassende Exportdynamik des Verarbeitenden Gewerbes der Region Stuttgart, aber auch des Landes, gegenüber den alten Bundesländern aufgezeigt werden. Die Exporte der bundesdeutschen Betriebe nahmen gegenüber 1980 bis zum Jahr 1987 um durchschnittlich insgesamt 50,9% zu, während die baden-württembergische Wirtschaft ihre Exporte im gleichen Zeitraum um 63,7% steigerte und in der Region Stuttgart der Export gar um 87,3% stieg. Zwischen den Jahren 1985 und 1988 bildet sich ein 'Bauch', der den Exportvorsprung sowie die anhaltende Dynamik der regionalen Industrie abbildet, und das Späth'sche Exportmodell verkörperte. Dieser exportinduzierte Konjunkturaufschwung hält lediglich bis 1987 an und stagniert bereits 1988. Ab dem Jahr 1987 verringert sich der relative Exportvorsprung der Region gegenüber den alten Bundesländern von 36,4% auf 22,7% im Jahr

1994. Zwischen 1988 und 1994 vollzieht sich eine kontinuierliche Verringerung des relativen Exportvorsprungs und eine Abnahme der Entwicklungsdynamik. Die konjunkturelle Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes verläuft auf allen drei Ebenen weitgehend parallel, eine positive Sonderentwicklung der Region bzw. des Landes ist nicht mehr auszumachen, eher ist im 'industriellen Kern' weiterhin eine Labilisierung der konjunkturellen Stützen zu vermerken.

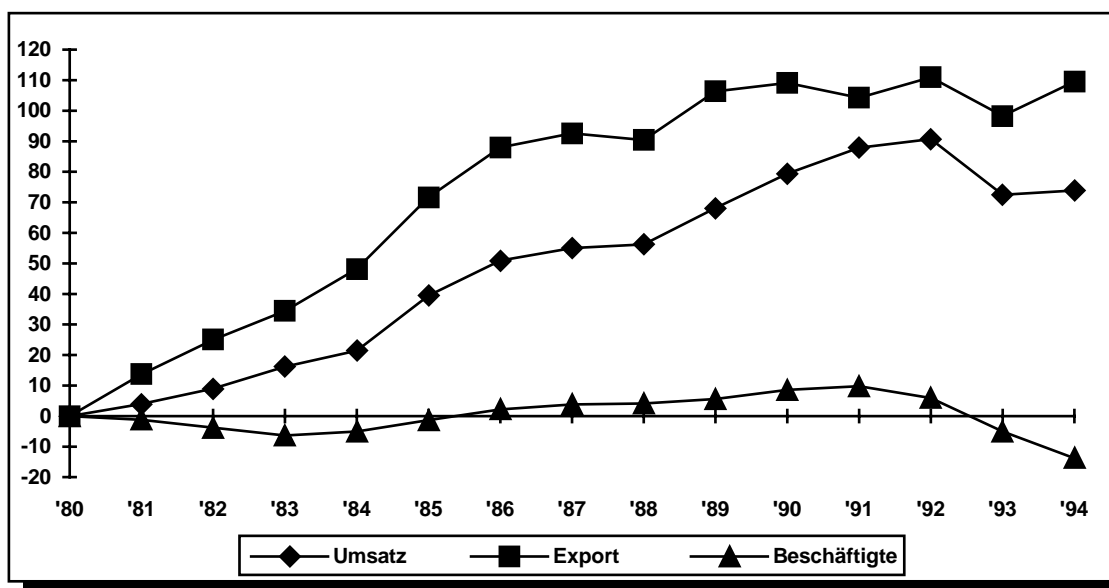
Investitionsgüterindustrie

Nahezu deckungsgleich mit dem Verarbeitenden Gewerbe insgesamt verlief 1994 die Umsatz- und Exportentwicklung in der baden-württembergischen Investitionsgüterindustrie, dem bedeutendsten Wirtschaftszweig. Auch hier sind die Umsatzsteigerungen in Baden-Württemberg mit 2,0% oder 4 Mrd. DM für das Jahr 1994 gegenüber dem Vorjahr unterdurchschnittlich gegenüber 2,8% beziehungsweise 23,5 Mrd. DM Umsatzsteigerung in der westdeutschen Investitionsgüterindustrie insgesamt.

	1992	1993	1994
Umsatz			
Bundesrepublik	926.684	836.890	860.457
Baden-Württemberg	218.572	197.041	201.060
Region Stuttgart	93.185	84.290	84.990
Export			
Bundesrepublik	325.097	299.662	324.764
Baden-Württemberg	77.444	72.909	78.369
Region Stuttgart	35.809	33.670	35.573

Umsatz und Export in der Investitionsgüterindustrie in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart (in Mio. DM)

Während sich die Umsätze der Investitionsgüterindustrie in Baden-Württemberg 1994 lediglich um 2% erhöhten, stiegen die Exporte im selben Zeitraum mit wertmäßig 5,5 Mrd. DM um 7,5% an und liegen damit nur knapp unter dem Ergebnis der westdeutschen Betriebe insgesamt, welche damit einen Exportzuwachs von 8,4% verbuchen konnten. Diese von den Exporten getragene konjunkturelle Aufwärtsbewegung schlägt sich in entsprechend steigenden Exportanteilen nieder; so liegt der Exportanteil der westdeutschen Investitionsgüterindustrie nach einer Steigerung um rund 2% im Jahr 1994 jetzt bei insgesamt 38% (gegenüber 29% im Verarbeitenden Gewerbe), in Baden-Württemberg bei 39% (+2%), gegenüber 31% im Verarbeitenden Gewerbe.



Umsatz-, Export- und Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie in der Region Stuttgart seit 1980 in % zur Basis 1980

2.2. Branchenentwicklung im Maschinenbau, Fahrzeugbau und der Elektrotechnik

Die Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes, Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik, werden im Folgenden gesondert dargestellt, um ihrer dominanten Stellung im Verarbeitenden Gewerbe gerecht zu werden und die spezifische Situation in diesen Branchen differenzierter darstellen zu können.

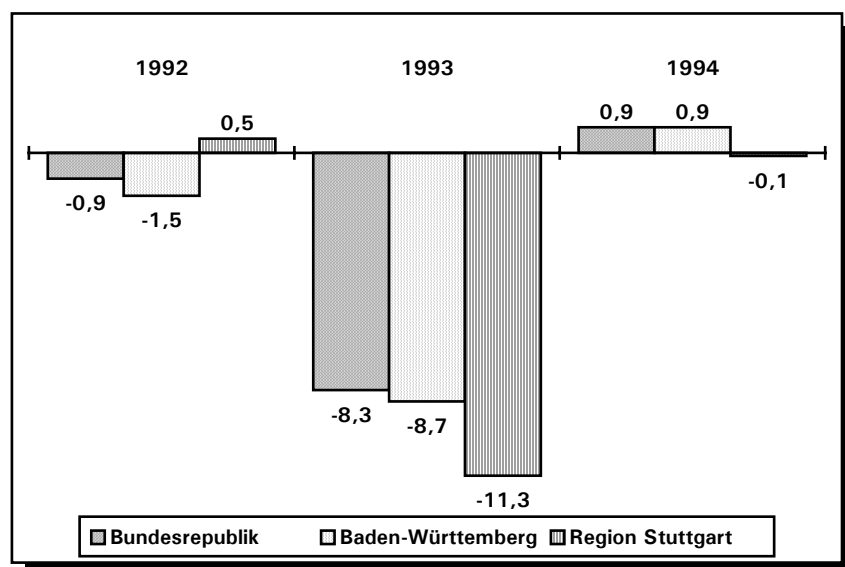
Maschinenbau

1994 steuerte der Maschinenbau in Baden-Württemberg über 16% der Gesamtumsätze des Verarbeitenden Gewerbes bei und ist damit die umsatzstärkste Branche innerhalb des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes. Der Maschinenbau stellt in Baden-Württemberg etwa 20% aller industriellen Arbeitsplätze, und ist damit auch gemessen an der Anzahl der in dieser Branche Beschäftigten der führende Wirtschaftszweig in der baden-württembergischen Industrie.

	1992	1993	1994
Umsatz			
Bundesrepublik	213.248	195.671	197.454
Baden-Württemberg	59.063	53.949	54.439
Region Stuttgart	18.917	16.778	16.755
Export			
Bundesrepublik	85.300	81.153	86.105
Baden-Württemberg	23.134	22.174	23.680
Region Stuttgart	7.595	7.274	7.515

Umsatz und Export im Maschinenbau in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart (in Mio. DM)

Bereits 1992 war der Maschinenbau in Baden-Württemberg in wesentlich stärkerem Maße von der beginnenden Rezession betroffen, als die Investitionsgüterindustrie insgesamt, 1993 fand dieser negative Trend seine Fortsetzung mit zweistelligen Produktions- und Umsatzverlusten. Erste positive Anzeichen für eine Trendwende zeichneten sich in 4. Quartal 1993 ab, als die Auftragseingänge - vor allem aus dem Ausland - sowie die durchschnittlichen Monatsumsätze kontinuierlich zunahmen. Diese positive Entwicklung setzte sich 1994 fort, wurde in den ersten beiden Quartalen aber fast ausschließlich vom Export getragen, während sich der Auftragseingang aus dem Inland weitgehend auf Vorjahresniveau bewegte und sich erst im 2. Quartal konsolidieren konnte, seither aber kontinuierlich zulegen und im 4. Quartal 1994 mit 15,8% Zuwachs gegenüber der Vorjahresperiode nahe an die Auslandsaufträge heranreichte (16,3%).



Umsatzentwicklung im Maschinenbau in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart in den Jahren 1992, 1993 und 1994 in % (Veränderung gegenüber Vorjahr)

Die Nettoproduktion stieg im Jahr 1994 um durchschnittlich 3,8% gegenüber 1993 an, wobei dieses Ergebnis gegenüber den beiden anderen Schlüsselbranchen - dem Fahrzeugbau und der Elektrotechnik - wiederum relativ bescheiden ist. Im 4. Quartal 1994 stieg die Produktion um knapp 13% gegenüber dem Vorjahreszeitraum an; ob es sich hier lediglich um ein übliches 'technisches' Ergebnis zum Jahresabschluß handelt, oder ob diese äußerst positive Entwicklung in 1995 eine Fortsetzung fand, kann derzeit aufgrund fehlender zuverlässiger Zahlen nicht festgestellt werden.

Die Exporte stiegen 1994 in Baden-Württemberg um 6,8% gegenüber dem Vorjahr an, sie lagen damit knapp über dem Ergebnis der westdeutschen Maschinenbauer insgesamt (6,1%) und deutlich über den Exportentwicklungen in der Region Stuttgart, wo die Steigerung gegenüber dem Vorjahr lediglich 3,3% betrug. Angesichts dieses schwachen Umsatzergebnisses bei den Exporten in der Region Stuttgart - bei einem Exportanteil von immerhin 45% - verwundert es natürlich nicht, daß die Umsätze der regionalen Maschinenbauindustrie auf dem Vorjahresergebnis verharrten.

Innerhalb der Region Stuttgart fällt vor allem der Kreis Göppingen negativ auf. Dort verringerten sich die Umsätze im Maschinenbau um fast 13% und die Exporte sogar um 23,5% gegenüber dem Vorjahr, bei einem Exportanteil an den Gesamtumsätzen von 42%. Negativ verlief die Entwicklung auch im Kreis Stuttgart, mit Umsatzverlusten von über 8% und Exportrückgängen in Höhe von 4% gegenüber dem Vorjahr. Hier korrespondiert der Rückgang von Export und Umsatz mit den höchsten Verlusten bei der Anzahl der Maschinenbaubetriebe. Verringerte sich deren Anzahl auf Regionsebene um 6,4%, so war der Kreis Stuttgart hingegen mit fast 11% stark überdurchschnittlich betroffen und auch Leidtragender von Unternehmensverlagerungen und Betriebsschließungen.⁹ Generell kann dem baden-württembergischen Maschinenbau eine deutliche Stabilisierung bescheinigt werden, da hier die Aufwärtsentwicklung nicht allein vom Export, sondern der Maschinenbau jetzt auch zunehmend von einer höheren inländischen Investitionstätigkeit getragen wird und von den verbliebenen Betrieben der Großteil wohl auch in nächster Zukunft vom konjunkturellen Aufwärtstrend profitieren kann.

⁹ Beispielsweise die Fa. Fortuna

Fahrzeugbau

Der Fahrzeugbau in Baden-Württemberg mußte 1993 auf Bundes-, Landes sowie auf Regionsebene drastische Umsatzeinbrüche verkraften, die mit rund 15% weit stärker ausfielen als in den anderen Industriebranchen.

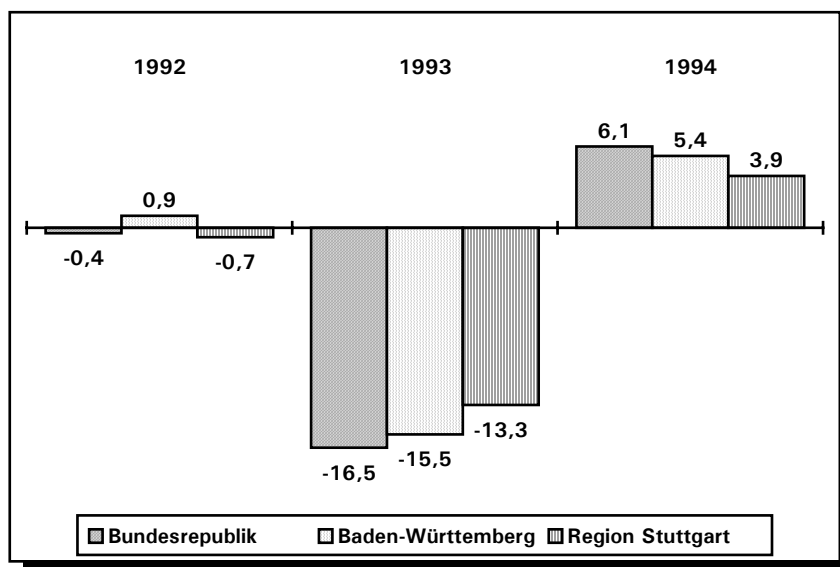
	1992	1993	1994
Umsatz			
Bundesrepublik	285.909	238.696	253.262
Baden-Württemberg	57.539	48.637	51.281
Region Stuttgart	31.993	27.739	28.825
Export			
Bundesrepublik	119.052	101.893	113.012
Baden-Württemberg	23.278	20.249	21.810
Region Stuttgart	k.A.	k.A.	13.267

Umsatz und Export im Straßenfahrzeugbau in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart (in Mio. DM)

Im Jahr 1994 verbuchte der Fahrzeugbau hingegen die kräftigsten Umsatzsteigerungen unter den drei Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes, im wesentlichen resultierten sie aus den deutlich höheren Exportsteigerungen. So konnte der Fahrzeugbau in der Umsatzentwicklung innerhalb der alten Bundesländer einen Zuwachs in Höhe von 6,1%, auf Landesebene 5,4% und in der Region Stuttgart ein Plus von 3,9% gegenüber dem Vorjahr erzielen. Die Exporte der westdeutschen Kfz-Branche stiegen 1994 durchschnittlich um insgesamt 10,9%, in Baden-Württemberg um 7,7% an. Einschränkend gilt aber auch in dieser Branche, daß diese positive Entwicklung im Jahr 1994 einer Periode mit stärksten konjunkturellen Einbrüchen gegenübersteht und das Umsatzniveau auf Landes und Bundesebene lediglich den Stand von 1990 erreicht, in der Region sogar noch nicht einmal das Umsatzniveau von 1989.

Ein 'positives' Ergebnis wurde vor allem im Kreis Stuttgart mit einer Umsatzsteigerung um 11,6% gegenüber dem Vorjahr erreicht. Dieser Zuwachs resultiert fast ausschließlich aus der im Jahr 1994 um 24,6% gestiegenen Auslandsnachfrage bei einer Exportquote von 41%, wobei hier ein besonderer 'Mercedes-Effekt' zum tragen kommt. Relativiert wird dieser Zuwachs allerdings wieder durch das niedrige Umsatzniveau, welches mit 4,7 Mrd. DM noch immer das zweitschlechtesten innerhalb der letzten Jahre ist. Das negativste Ergebnis verbuchte der Kreis Ludwigsburg mit einem Rückgang der Umsätze in der Kfz-Branche um insgesamt -16,2% und einer Abnahme des Exports um über 22 Prozent.

Auch für den baden-württembergischen Fahrzeugbau läßt sich feststellen, daß entgegen aller Hoffnungen nicht überdurchschnittlich von der steigenden Auslandsnachfrage profitiert werden konnte beziehungsweise keine besonderen Impulse für die Inlandsnachfrage ausgingen.



Umsatzentwicklung im Fahrzeugbau in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart in den Jahren 1992, 1993 und 1994 in % (Veränderung gegenüber Vorjahr)

Die Auftragseingänge im baden-württembergischen Fahrzeugbau erhöhten sich 1994 um insgesamt fast 13% gegenüber dem Vorjahr, dem besten Ergebnis innerhalb der Investitionsgüterindustrie. Vom Fahrzeugbau gingen 1994 vor allem im ersten Halbjahr mit Auftragseingangssteigerungen in Höhe von 44,7% im ersten und 14,5% im 2. Quartal wichtige konjunkturelle Impulse für eine weitere positive Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes aus. Diese Vorreiterposition konnte der Fahrzeugbau im weiteren Verlauf des Jahres allerdings nicht halten, erreichte im 3.Quartal lediglich Vorjahresniveau und im 4.Quartal 1994 waren die Auftragseingänge aus dem Inland (-1,9%), wie aus dem Ausland (-1,0%), gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar wieder rückläufig. Entsprechend dieser Entwicklungen erreichte die Nettoproduktion in Baden-Württemberg im 4.Quartal gerade noch das Vorjahresniveau, während sie im Jahresdurchschnitt 1994 um 8% gegenüber dem Vorjahr zulegen konnte.

Elektrotechnik

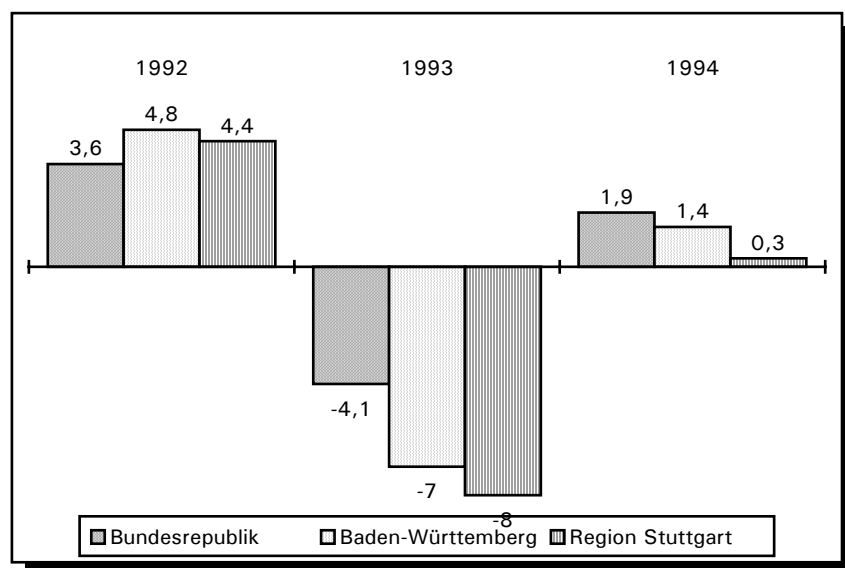
Für die elektrotechnische Industrie Baden-Württembergs markiert das Jahr 1993 eine Trendwende. Verließ die konjunkturelle Entwicklung in dieser Branche 1993 noch deutlich positiver als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt, so fand dieser Trend in '94 keine Fortsetzung.

Mit einer Umsatzsteigerung in Baden-Württemberg um lediglich 1,4% gegenüber dem Vorjahr und dem Verharren auf Vorjahresniveau in der Region Stuttgart (+0,3%), liegt die Elektrotechnik deutlich unter der Umsatzentwicklung der Branche in den alten Bundesländern, wo eine Umsatzsteigerung um 1,9% gegenüber dem Vorjahr erreicht wurde. Die schwache Entwicklung in der Region dürfte vor allem aus dem zunehmenden internationalen Verdrängungswettbewerb sowie der restriktiven Preispolitik der Telekom resultieren, die ja für zwei bedeutende Unternehmen in der Region wichtigster Auftraggeber ist. Die Hoffnung, daß die Elektrotechnik 1994 'Umsatz-Champion' der baden-württembergischen Industrie würde und den Maschinenbau überholt, wurde vor allem aufgrund der kräftig gesunkenen Inlandsnachfrage vereitelt. Erst im 4.Quartal konnte eine markante Steigerung der Binnennachfrage um 20% gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbucht werden, womit es wenigstens gelang, bei den Inlandsaufträgen insgesamt das Vorjahresniveau zu halten.

	1992	1993	1994
Umsatz			
Bundesrepublik	219.264	210.322	214.267
Baden-Württemberg	56.625	52.655	53.367
Region Stuttgart	26.338	24.227	24.293
Export			
Bundesrepublik	62.579	62.395	69.390
Baden-Württemberg	16.591	16.505	18.197
Region Stuttgart	6.971	6.794	7.729

Umsatz und Export in der Elektrotechnik in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart (in Mio. DM)

Während die Umsatzsteigerungen durchgängig bescheiden ausfielen, stiegen die Exporte 1994 beträchtlich an und erreichten sogar neue Rekordmarken. In der elektrotechnischen Industrie steigerten sich die Exporte auf Bundesebene 1994 um über 11% auf 69,4 Mrd. DM, in Baden-Württemberg stiegen sie um 10,3% und in der Region Stuttgart erzielten sie einen Zuwachs von fast 14% gegenüber dem Vorjahr und liegen damit bei 7,7 Mrd. DM.



Umsatzentwicklung in der Elektrotechnik in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart in % (Veränderung gegenüber Vorjahr)

Die labile Situation in der elektrotechnischen Industrie wird unter anderem bei den Auftragseingängen sichtbar. So stiegen diese in Baden-Württemberg 1994 zwar insgesamt um rund 5,1% gegenüber dem Vorjahr an, dieser Zuwachs resultierte aber allein aus dem Zuwachs der Auslandaufträge um insgesamt 15,1%, bei fast stagnierender Inlandsnachfrage (+0,4%). Differenziert man innerhalb dieser Branche nach Güterklassen, so wird evident, daß die industrienahe Bereiche eine deutliche Zunahme der Auftragseingänge aus dem Ausland, aber vor allem im 2.Hj. 1994 auch aus dem Inland registrieren konnten, während die Hersteller von konsumnahen Produkten wie der Unterhaltungselektronik stark rückläufige Auftragseingänge zu verkraften hatten. Insbesondere der anhaltende Rückgang der Nettolöhne wird eine deutlich bessere Entwicklung der Inlandsnachfrage bei den konsumnahen Gütern der Elektroindustrie vereiteln und weiterhin für eine durchaus unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung innerhalb dieser Branche sorgen.

2.3. Beschäftigungsentwicklung

Von allen Indikatoren zur Beschreibung der krisenhaften Prozesse in der Industrie bedarf die Beschäftigungsentwicklung einer besonderen Hervorhebung; vor allem angesichts der sich abzeichnenden Entkoppelung der konjunkturellen Stabilisierung von der Beschäftigungsentwicklung (jobless growth).

Im Kontext der konjunkturellen Krise hat sich in Baden-Württemberg ein erheblicher Beschäftigungseinbruch vollzogen, der seinerseits ursächlich auf die Krise des industriellen Sektors zurückzuführen ist. Die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg ging zwischen September 1991 und September 1994 um 160.000 zurück, während gleichzeitig im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Arbeitsplätze sogar um über 250.000 reduziert wurde¹⁰. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank in diesem Zeitraum von 45,7% auf 41,0%. Es wird zugleich deutlich, daß neben den konjunkturellen auch strukturelle Faktoren wirksam sind. So ist die beginnende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im 3. Quartal mit einem Zuwachs der Beschäftigten um ca. 28.000 am industriellen Sektor mit einem 'Mini-Plus' von lediglich 2.000 Beschäftigten im Grunde vorbeigegangen.

Entwicklung in Baden-Württemberg

Auch nach der SYPRO-Systematik sind im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs von 1991 bis 1994 insgesamt über 250.000 Stellen abgebaut worden¹¹, das entspricht einem Rückgang von 16,4%. Fast jede vierte Stelle, die bundesweit in der Industrie abgebaut wurde, entfiel dabei auf Baden-Württemberg. Überproportional waren Stellen im gewerblichen Bereich betroffen, ihre Zahl sank um knapp 200.000 oder 19,7%. Noch stärker war der Rückgang in der Investitionsgüterindustrie¹², in der 18,3% der Arbeitsplätze insgesamt und mehr als jede fünfte gewerbliche Stelle gestrichen wurde. Der Rückgang der Arbeitsplätze ist deutlich stärker ausgeprägt als in der Rezession 1981/82¹³. Das Beschäftigungsniveau ist im Jahresdurchschnitt niedriger als die Werte des

¹⁰ Abweichungen zu den folgenden Zahlen resultieren aus der unterschiedlichen Systematik: während das Landesarbeitsamt alle Beschäftigten erfaßt, sind in den Zahlen des Statistischen Landesamtes lediglich die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten enthalten.

¹¹ Im Umkehrschluß bedeutet diese Zahl, daß zumindest 1994 von den Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten stabilisierende Effekte ausgegangen sind.

¹² Die Investitionsgüterindustrie ist in ihrer Zusammensetzung im wesentlichen deckungsgleich mit der metallverarbeitenden Industrie.

¹³ Der Rückgang betrug damals im Verarbeitenden Gewerbe -7,1%, in der Investitionsgüterindustrie 6,0%.

Krisenjahres 1983, der gesamte Zuwachs der 80er Jahre wurde in nur 3 Jahren 'verspielt'.

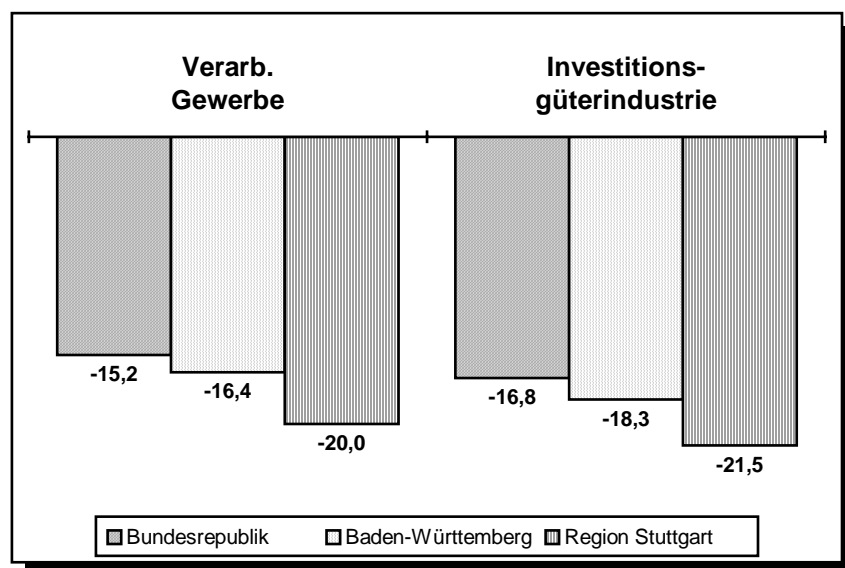
Arbeitsplätze	1991	1992	1993	1994
Verarbeitendes Gewerbe				
Bundesrepublik	7.349.806	7.177.189	6.662.241	6.232.903
Baden-Württemberg	1.546.367	1.508.619	1.388.564	1.293.233
Region Stuttgart	474.908	460.306	415.480	380.066
Investitionsgüterindustrie				
Bundesrepublik	4.050.407	3.946.970	3.633.585	3.370.508
Baden-Württemberg	1.020.011	991.523	903.814	833.340
Region Stuttgart	372.463	359.348	322.211	292.411

Entwicklung der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe und der Investitionsgüterindustrie in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart zwischen 1991 und 1994 (Absolutwerte)

Region Stuttgart

Entsprechend den regionalen Branchenschwerpunkten war in der Region Stuttgart der Beschäftigungseinschnitt nochmals stärker ausgeprägt: Von 1991 bis 1994 wurden im Verarbeitenden Gewerbe knapp 95.000 Arbeitsplätze abgebaut, in der (metallverarbeitenden) Investitionsgüterindustrie ging mit einem Rückgang der Beschäftigten um 80.000 gut ein fünftel aller Arbeitsplätze verloren. Selbst 1994 erreichte hier die Abbaurate noch einen Wert von 9,2%. Der innerindustrielle Strukturwandel wird auch dadurch charakterisiert, daß die Angestelltenquote¹⁴ in der Region Stuttgart über 42% angestiegen ist; sie liegt damit um über 4%-Punkte vor dem Landesdurchschnitt und sogar knapp 6%-Punkte vor dem Bundeswert.

¹⁴ Anteil der Angestellten an den insgesamt Beschäftigten.



Entwicklung der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe und der Investitionsgüterindustrie in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart zwischen 1991 und 1994 (Jahresdurchschnitt) in %

In den einzelnen Kreisen

Betrachtet man die einzelnen Kreise der Region, so sind das Stadtgebiet Stuttgart (-25,3%) und der Kreis Böblingen (-22,0%) überproportional von diesem Arbeitsplatzverlust betroffen, der Wert für Esslingen liegt genau im Regionsdurchschnitt, während die anderen Kreise nicht in gleichem Ausmaß betroffen waren. Das gilt insbesondere für den Rems-Murr-Kreis, der sich hier um ca. 5%-Punkte besser positioniert. Dennoch ist in der Tendenz für alle Kreise festzustellen, daß die ohnehin schon negativen Prognosen vorangegangener IMU-Gutachten überschritten worden sind. Dies gilt insbesondere für die Stadt Stuttgart und den Kreis Böblingen; war hier noch 1988 in der 'worst-case-Variante' ein Arbeitsplatzverlust in der Metallindustrie von 33.000 erwartet worden, so belief sich dieser Wert zum Jahresende 1994 bereits auf ca. 50.000.

Besonders ist hier hervorzuheben, daß sich der Arbeitsplatzabbau nicht auf den Kernzeitraum des Konjunkturschnittes - also etwa bis zum ersten Quartal 1994 - reduziert, sondern auch danach unvermindert angehalten hat. Die Abbaurate in der Investitionsgüterindustrie lag noch 1994 sowohl im Stadtkreis Stuttgart mit -10,8% wie auch im Kreis Esslingen mit -10,1% im zweistelligen Bereich. Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart hat die Beschäftigtenzahl seit dem Herbst 1991 in jedem Quartal abgenommen; noch im zweiten Halbjahr 1994 lag die Abbaurate bei knapp 4%. Es hat sich trotz der deutlichen konjunkturellen Erholung lediglich die Dynamik verringert, ohne an der Grundrichtung etwas zu verändern.

Die Hauptbranchen der Region Stuttgart in der Krise

Betrachtet man die Jahreswerte 1994 der wichtigsten Branchen in der Region Stuttgart, bestätigt sich diese Tendenz. Dabei war die Entwicklung erstmals seit Beginn der Krise in allen drei Branchen negativer als im Land oder im Bundesgebiet.

Im Fahrzeugbau, der größten Branche in der Region Stuttgart, waren 1994 noch knapp 105.000 Personen beschäftigt, 19,9% oder 26.000 weniger als im Rekordjahr 1991. Jede dritte Stelle, die seit 1991 bundesweit im Fahrzeugbau verloren ging, kam aus Baden-Württemberg, gut die Hälfte hiervon wiederum aus der Region Stuttgart. Der Arbeitsplatzabbau in diesem Zeitraum lag dabei prozentual betrachtet zwar leicht über dem Bundesdurchschnitt (-17,0%), aber unter dem Wert für Baden-Württemberg insgesamt (-21,0%). Ist hierin ein erstes Indiz dafür zu sehen, daß der Zuliefererbereich, der im Land regional breit gestreut ist, stärker betroffen war als der Bereich der Finalproduzenten, die mit Mercedes-Benz und Porsche in der Region Stuttgart eine starke Stellung besitzen, so bestätigt sich diese Sicht bei der Betrachtung der Kreisergebnisse. Zwar ist absolut gesehen der größte Teil der Arbeitsplätze dieser Branche in Böblingen (-10.100) und Stuttgart (-9.100) entfallen, aber überdurchschnittlich betroffen waren die Kreise Esslingen (-3.750 oder -27,3%) und Ludwigsburg (-2.300 oder -20,4%). Beide sind stark von der Zulieferindustrie geprägt.

	Fahrzeugbau			Maschinenbau			Elektrotechnik		
	Bund	Land	Region	Bund	Land	Region	Bund	Land	Region
Absolut:									
1991	900.139	240.093	130.818	1.081.11	293.749	85.147	1.043.64	265.046	92.437
				0			2		
1992	878.329	231.208	126.421	1.043.56	283.884	81.341	1.015.05	260.903	89.736
				9			2		
1993	801.207	206.936	114.331	960.089	264.309	74.769	945.060	243.010	84.005
1994	747.440	189.717	104.787	879.768	243.300	67.478	874.455	225.411	75.980
Prozent:									
1991	1,1	2,1	2,5	0,6	1,5	- 0,5	0,7	0,8	- 0,4
1992	- 2,4	- 3,7	- 3,4	- 3,5	- 3,4	- 4,5	- 2,7	- 1,6	- 2,9
1993	- 8,8	- 10,5	- 9,6	- 8,0	- 6,9	- 8,1	- 6,9	- 6,9	- 6,4
1994	- 6,7	- 8,3	- 8,3	- 8,4	- 7,9	- 9,8	- 7,5	- 7,2	- 9,6

Beschäftigungsentwicklung in Prozent- und Absolutzahlen im Fahrzeugbau, Maschinenbau und der Elektrotechnik in der Bundesrepublik, Baden-Württemberg und der Region Stuttgart

Im Maschinenbau wurden zwischen 1991 und 1994 über 17.500 Stellen abgebaut, mit jetzt noch knapp 67.500 Beschäftigten in der Region Stuttgart ist der bisherige Tiefstand erreicht. Der Rückgang der letzten beiden Jahre war mit über 20% stärker ausgeprägt als im Land (-17,2%) und im Bund (-18,6%). Zwar blieb in Baden-Württemberg der Maschinenbau mit über 240.000 Beschäftigten auch trotz des Abbaus stärkste Beschäftigungsbranche innerhalb des industriellen Sektors, die Differenz zur Elektrotechnik hat sich jedoch kontinuierlich verringert. In der Region Stuttgart waren von diesem Arbeitsplatzabbau in erster Linie der Kreis Göppingen (-29,2% oder -3.594) sowie die Stadt Stuttgart (-24,5% oder -3.351) betroffen. Hingegen ist auch hier der relativ niedrige Wert im Rems-Murr-Kreis (-15,4% oder -2.385) auffällig. Im Kreis Esslingen ist die absolute Zahl der abgebauten Stellen zwar am größten, aber der relative Wert liegt mit 18,1% erkennbar unter dem Regionsdurchschnitt.

Stellte sich noch zwischen 1991 und 1993 die Situation in der Elektrotechnik - mit knapp 76.000 Beschäftigten die zweitgrößte Branche in der Region Stuttgart - etwas günstiger dar als in den vorher betrachteten Branchen, relativierte sich dies 1994 weitgehend. Kumuliert wurden dort in den letzten 3 Jahren ca. 16.500 Arbeitsplätze abgebaut, das entspricht einem Rückgang um -17,8%. Auch im Land Baden-Württemberg mit -15,0% und im Bundesergebnis mit

-16,2% präsentiert sich die Elektrotechnik in einer etwas besseren Verfassung als die übrigen Branchen der Investitionsgüterindustrie. Letztlich spiegelt sich in diesen Zahlen der für diese Branche verschobene Konjunkturverlauf wieder: profitierte die Elektrotechnik vor allem in der Region Stuttgart noch 1992 und 1993 von den enormen Infrastrukturinvestitionen der Telekom im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit, so ist seit 1994 hier eine Angleichung an den Gesamttrend zu verzeichnen. In der regionalen Aufgliederung fällt insbesondere der überproportionale Abbau im Kreis Esslingen mit -20,6% oder -5.025 Arbeitsplätzen ins Auge. Darüberhinaus ist die Elektrotechnik die einzige Branche, welche im Rems-Murr-Kreis schlechter abgeschnitten hat (-18,6% oder -2.930) als im Regionsdurchschnitt.

In regionaler Hinsicht noch erwähnenswert ist insbesondere die Branche EBM¹⁵, die 1994 mit 19.300 Beschäftigten einen Anteil von 6,6% an der Investitionsgüterindustrie in der Region Stuttgart aufwies; die innerregionalen Schwerpunkte liegen dabei mit jeweils ca. 5.100 Beschäftigten in den Landkreisen Göppingen¹⁶ und Esslingen. Insgesamt verlief die Entwicklung in dieser Branche sehr uneinheitlich. Insgesamt ist zwischen 1991 und 1994 ein Arbeitsplatzabbau von 2.500 oder 11,3% zu verzeichnen, der damit deutlich unter den entsprechenden Werten der Metallindustrie insgesamt liegt. Dabei wurde in Esslingen mit 1.700 Arbeitsplätzen beinahe jede vierte Stelle abgebaut, während in Göppingen ein Zuwachs von 270 oder 5,5 % zu verzeichnen ist. Auch im Rems-Murr-Kreis wies die EBM mit einer Abbaurate von lediglich 6,3% eine bemerkenswerte Stabilität auf.

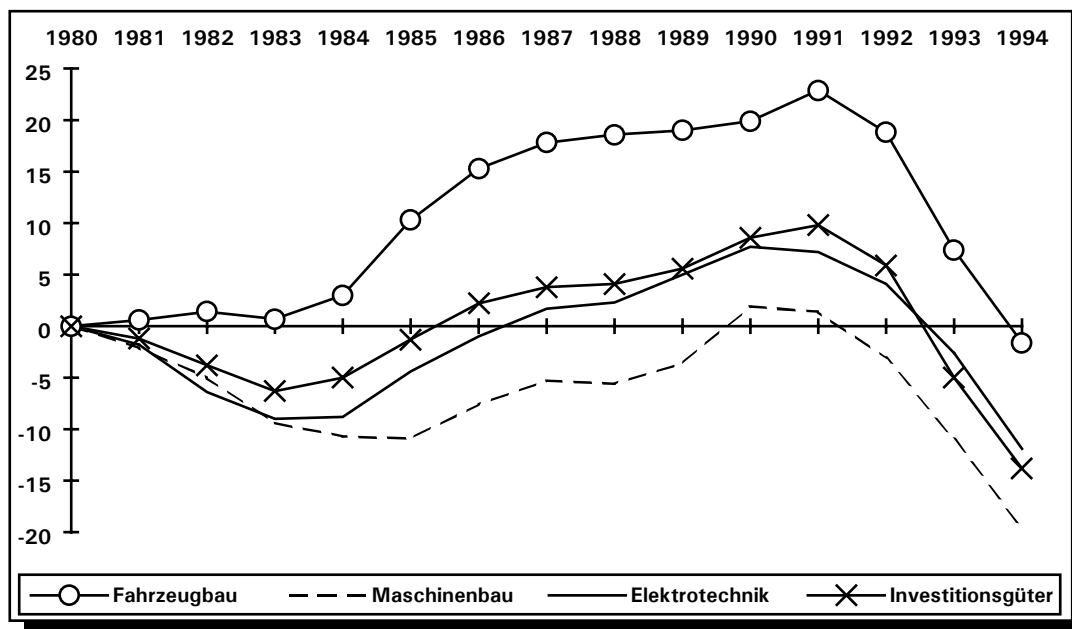
Entwicklung seit 1980

Betrachtet man für die Hauptbranchen Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau - deren Anteil am Verarbeitenden Gewerbe mit zusammen über 65% und an der Investitionsgüterindustrie mit 85% seit 1991 jeweils nochmals leicht gestiegen ist - den Zeitraum seit 1980, so ergibt sich insbesondere in den letzten Jahren eine weitgehend parallele Entwicklung. In allen Branchen liegen die Beschäftigungszahlen 1994 unter den Tiefständen nach der letzten Rezession, die starken Beschäftigungsgewinne zwischen 1985 und 1991, insbesondere im Fahrzeugbau, wurden damit in nur drei Jahren obsolet. Die Beschäftig-

¹⁵ Unter technologischen und Beschäftigungsaspekten würde die Branche 'Allgemeine Datenverarbeitung' ebenfalls in diese Aufzählung gehören. Neben Zuordnungsproblemen durch die Anonymisierungsbestimmungen wird die Entwicklung in der ADV jedoch durch erhebliche Umstrukturierungen und Ausgliederungen des größten Unternehmens (IBM) so weitgehend überlagert, daß eine Interpretation der Werte auf regionaler Ebene derzeit nicht sinnvoll erscheint.

¹⁶ Dies entspricht in Göppingen einem Beschäftigungsanteil an der Metallindustrie von etwa 25%.

tenzahl lag im Fahrzeugbau um 1,6%, in der Elektrotechnik um ca. 12%, in der Investitionsgüterindustrie um 13,8% und im Maschinenbau um knapp 20% unter den Werten von 1980.



Entwicklung der Arbeitsplätze im Fahrzeugbau, Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Investitionsgüterindustrie in der Region Stuttgart zwischen 1980 und 1994 (Veränderung zur Basis 1980 in %)

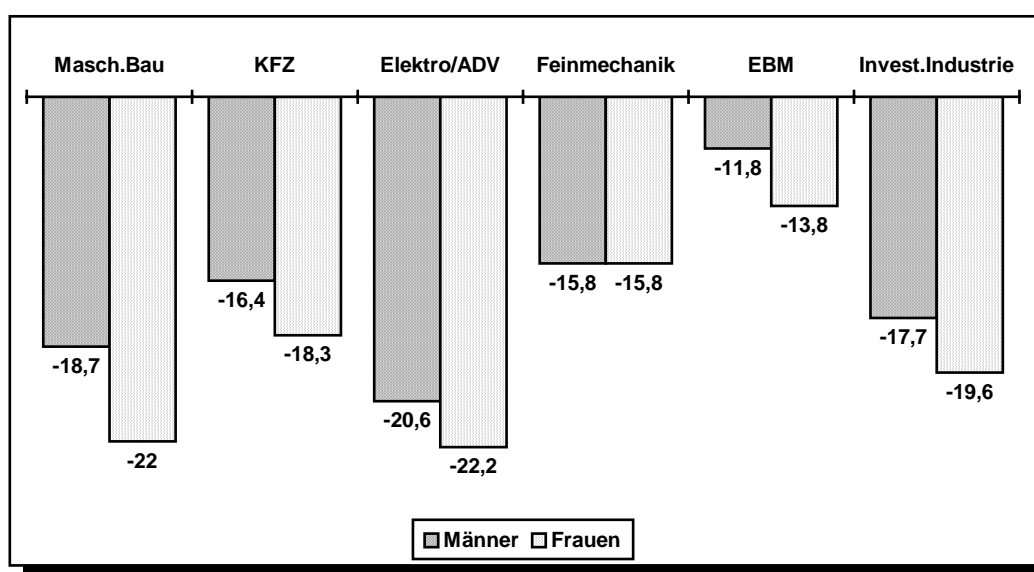
Neben konjunkturellen sind hierbei zugleich strukturelle Effekte wirksam. So gab es dramatische Beschäftigungseffekte insbesondere im Stadtkreis Stuttgart: u.a. bedingt durch die Abwanderung von Produktionsbetrieben in die Region haben dort sowohl die Elektrotechnik mit -28,1% (-9.050) wie auch der Maschinenbau mit -36,2% (-6.200) dramatisch an Bedeutung verloren. Hinzu kommt eine im Branchendurchschnitt überdurchschnittliche Rationalisierungstätigkeit sowohl in Richtung einer starken Automatisierung als auch in Richtung einer Spezialisierung und Auslagerung arbeitsintensiver Tätigkeiten (vgl. Richter 1988). Ein Indikator hierfür ist die Entwicklung der Pro-Kopf-Umsätze¹⁷ in der Region Stuttgart; sie liegen im Maschinenbau mit 248.000 DM und in der Elektrotechnik mit 320.000 DM deutlich über den übrigen Betrachtungsräumen, der Abstand hat sich seit 1980 vergrößert (vgl. Tabellen im Anhang). Lediglich im Fahrzeugbau ist dieser Wert mit 275.000 DM erheblich niedriger als im

¹⁷ Die Betrachtung des Pro-Kopf-Umsatzes liefert hier nur einen ersten Anhaltspunkt, der insbesondere durch eine Verringerung der Fertigungstiefe mit paralleler Ausweitung der Kaufteile beeinflusst werden kann, ohne daß sich die reale Produktivität erhöht hätte. Zur genaueren Untersuchung dieses Trends soll in den nächsten Jahren in der Betriebsumfrage die Wertschöpfung pro Mitarbeiter ermittelt werden.

Bundesdurchschnitt, ein Indiz für die bis dato traditionell hohe Fertigungstiefe und die Konzentration von arbeitsintensiven Montagetätigkeiten in der Region Stuttgart (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 3).

Frauen sind die 'Hauptverliererinnen' in der Industrie

Auffällig ist die Tatsache, daß innerhalb der Investitionsgüterindustrie überproportional Arbeitsplätze von Frauen abgebaut wurden. Zwischen 1992 und 1994 sank hier die Frauenbeschäftigung um 19,6% oder 16.800, die der Männer um 17,7% oder 49.500. In etwa die gleiche Relation ergibt sich quer über die wichtigsten Einzelbranchen.



Veränderung der Beschäftigten in der Region Stuttgart zwischen 1992 und 1994 nach Branchen und Geschlecht

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die Frauenquote in der Metallindustrie um 0,5%-Punkte auf unter 23% gesunken; von den Frauen, die in der Region Stuttgart insgesamt beschäftigt sind, sind nur noch 15% in der Metallindustrie und 27% im Verarbeitenden Gewerbe tätig.

Analog hierzu hat die Rolle des tertiären Sektors für die Frauenbeschäftigung weiter leicht auf 70% zugenommen. Hier ist sogar zwischen 1992 und 1994 ein positiver Saldo von 3.700 Frauenarbeitsplätzen (+1,2%) zu verzeichnen, während die Männer hier einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatten (-1.600 oder -0,7%). Betrachtet man alle Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im o.g. Zeitraum, so ist der Arbeitsplatzverlust von Frauen geringer als derjenige von Männern, hat sich die Frauenquote hierdurch sogar leicht von 40,4% auf 41,7% erhöht.

Im Vorgriff auf Kapitel 3 muß jedoch betont werden, daß sich hieraus nicht eine positive Erwartung für die nächsten Jahre ableiten läßt, sondern schlicht zum Ausdruck kommt, daß im Zentrum der Krise der 'männerdominierte' industrielle Sektor stand. Den größten Anteil hat - wenn auch mit leichten Verlusten - nach wie vor der Handel mit knapp 17%. Die relative Stabilität der Frauenbeschäftigung ist insbesondere den Branchen 'Schulen, Kunst, Verlagswesen' (+978), 'Rechts- und Wirtschaftsberatung' (+1.370), 'Gesundheitswesen' (+2.130), sowie den 'Kreditinstituten' (+690) zu verdanken. Viele dieser Branchen planen jedoch erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen, die dann vermutlich wiederum Frauen besonders betreffen werden. Schon heute ist gerade bei den gut dotierten Tätigkeiten ein erheblicher Verdrängungswettbewerb zu verzeichnen; selbst im Bereich 'Rechts- und Wirtschaftsberatung' ist die Frauenquote trotz erheblichen Zuwächsen seit 1980 kontinuierlich von 70% auf heute knapp 59% gesunken. Darüberhinaus ist zu vermuten, daß in diesen Branchen Frauen v.a. einfache Büro- und Hilfstätigkeiten (Arztshelferin, Rechtsanwaltsgehilfin etc.) ausüben.

Ergebnisse der Betriebsbefragung zur Beschäftigtenentwicklung

In einer Umfrage, die im Rahmen dieses Berichts stichprobenartig bei Betrieben aus der Metallindustrie durchgeführt wurde, wurden Beschäftigungszahlen jeweils zum 31.12. der Jahre 1993 und 1994 abgefragt.¹⁸

In den befragten Betrieben wurden 1994 ca. 11.500 Arbeitsplätze abgebaut, das entspricht einem Rückgang um 12,3% und liegt damit deutlich über dem Regionsdurchschnitt. Dabei fällt insbesondere auf, daß eine Reihe von renomierten (Groß)-Betrieben diesen Wert nochmals überschreiten, so Mercedes-Sindelfingen (-12,5%), SEL (-15,1%), Werner&Pfleiderer (-18,8%), Mahle (-18,5%), Eckardt (-22,5%) oder Kodak¹⁹ (-37,6%). Nur in 4 kleineren Betrieben fand 1994 ein Beschäftigungsaufbau statt, der zudem mit 75 einen zu vernachlässigenden Umfang erreichte.

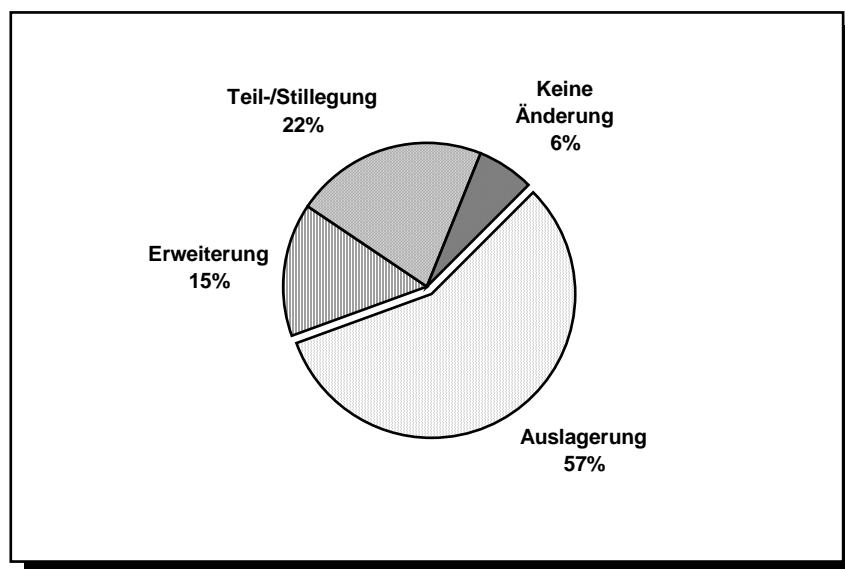
¹⁸ Diese Rückmeldungen sind weder von ihrer Zahl noch ihrer Struktur (Branchen, Größenklassen etc.) als repräsentativ zu bewerten. Da in diesen Betrieben jedoch mit über 81.000 Beschäftigten knapp 30% der Arbeitsplätze der Investitionsgüterindustrie vorzufinden sind, können diese Zahlen durchaus als stabiler Trend für die Investitionsgüterindustrie in der Region gewertet werden.

¹⁹ Mit Ausnahme von Mercedes-Benz sind diese Zahlen nicht allein konjunkturellen Effekten geschuldet, sondern Ergebnis von z.T. erheblichen Umstrukturierungen bis hin zu Standortschließungen.

Nicht überraschend ist, daß vornehmlich gewerbliche Arbeitsplätze von diesem Rückgang betroffen waren (- 7.650 oder -13,5%). Besonders hervorgehoben werden muß jedoch die Tatsache, daß mehr als jeder vierte abgebaute Arbeitsplatz zuvor von einer Frau besetzt war. Die Abbaurate von Frauenarbeitsplätzen lag 1994 mit 17,9% insgesamt und mit 21,4% im gewerblichen Bereich jeweils deutlich über den Durchschnittswerten, die Frauenquote sank damit von 18,6% auf 17,4%²⁰. Im negativen Sinn ist hier insbesondere Mercedes-Sindelfingen 'hervorzuheben', wo nach einem Abbau um 20,8% die Frauenquote erstmals seit langem unter 10% gesunken ist.

Erhebliche Umstrukturierungen

In der gleichen Erhebung wurde auch die Frage gestellt, ob in den Jahren 1993 und 1994 wesentliche organisatorische Veränderungen, bezogen auf die Bereiche Produktion, Lager, Verwaltung und Forschung/Entwicklung am Standort vorgenommen wurden. Hier lag die Rücklaufquote mit 32 Betrieben höher als bei der differenzierten Beschäftigungsbetrachtung. Als erstes wesentliches Ergebnis ist auffällig, daß bezogen auf die einzelnen Funktionsbereiche nur in 5 Fällen keinerlei Änderungen zu verzeichnen war und immerhin in 12 Fällen eine Erweiterung stattgefunden hat, aber die Teil-/Stillegungen mit 17 und die Auslagerungen mit 45 Nennungen insgesamt deutlich überwogen.

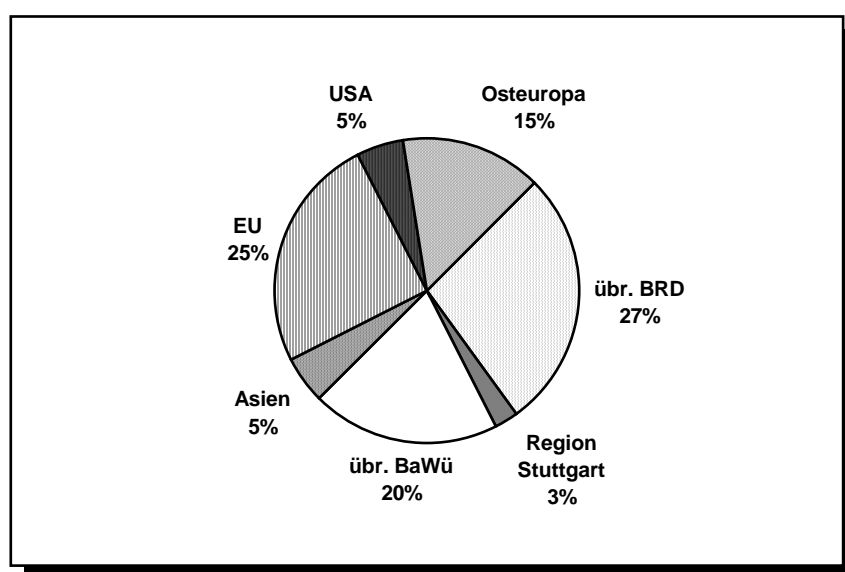


Durchgeführte Organisatorische Veränderungen in den Bereichen Produktion, Lager, Verwaltung und Forschung/Entwicklung in den Jahren 1993 und 1994 (N=79)

²⁰ Im gewerblichen Bereich sank die Frauenquote von 16,6% auf 15,1% im Angestelltenbereich von 21,6% auf 20,8%.

Mit jeweils ca. 50% der Nennungen stand der Produktionsbereich eindeutig im Zentrum sowohl von Verlagerungen wie auch von Schließungen. Bemerkenswert erscheint darüberhinaus, daß es in 8 Fällen zu einer Auslagerung von Forschung/Entwicklung gekommen ist, in einem Fall sogar zu einer Stilllegung dieser Funktion. Allerdings steht dem eine Erweiterung der F&E in 4 Fällen gegenüber. Mit einer Gesamtnennung von 10 (7 Verlagerungen, 3 Teilstillegungen) sind zunehmend auch Verwaltungsfunktionen von organisatorischen Veränderungen betroffen.

Untersucht man die Motive und die Zielorte von Produktionsverlagerungen näher, so bestätigt sich die hier vertretene These von der Wirksamkeit struktureller Faktoren bei der Beschäftigungsentwicklung. In ca. 80% der genannten Fälle erfolgte die Verlagerung zumindest teilweise innerhalb des Unternehmens bzw. eines beherrschenden Konzerns. Die Hauptzielorte der Verlagerung liegen dabei nicht in Billiglohnländern, sondern mit jeweils knapp 25% im Bundesgebiet außerhalb Baden-Württembergs sowie in der EU, mit knapp 20% sogar innerhalb Baden-Württembergs. Damit wird zugleich die Aussage des letztjährigen Gutachtens gestützt, wonach das Hauptmotiv für Verlagerungen bisher nicht allein in Kostensenkungen zu sehen, sondern in einer strategischen Neuausrichtung auf die zunehmende Internationalisierung der Märkte. Dennoch besitzt auch die Verlagerung nach Osteuropa mit knapp 14% in den letzten Jahren einen bereits beachtlichen Anteil. Darüberhinaus ist zu beachten, daß aktuelle Planungen in den Unternehmen hier eine steigende Tendenz anzeigen.



Anteile der Zielregionen bei der Verlagerung von Produktion in den Jahren 1993 und 1994 (N=43)

Ausblick 1995

Im Laufe des Jahres 1995 ist mit einem weiteren Beschäftigungsabbau zu rechnen. Lediglich ein Drittel der befragten Betriebe gaben an, daß im Jahre 1995 mit keiner weiteren Reduzierung des Personals zu rechnen ist. Über die Hälfte der befragten Betriebe bejahten jedoch die Frage nach dem Beschäftigungsabbau. Cirka 9 % der Befragten konnten die Frage nicht beantworten.

Befragt nach den Bereichen in denen mit einem Beschäftigungsabbau zu rechnen ist, wurden in 2/3 der genannten Fälle die Bereiche Fertigung und Montage angeführt.; ein Drittel des Beschäftigungsabbaues wird nach Ansicht der Befragten im Angestelltenbereich realisiert werden.

2.4. Arbeitslosigkeit

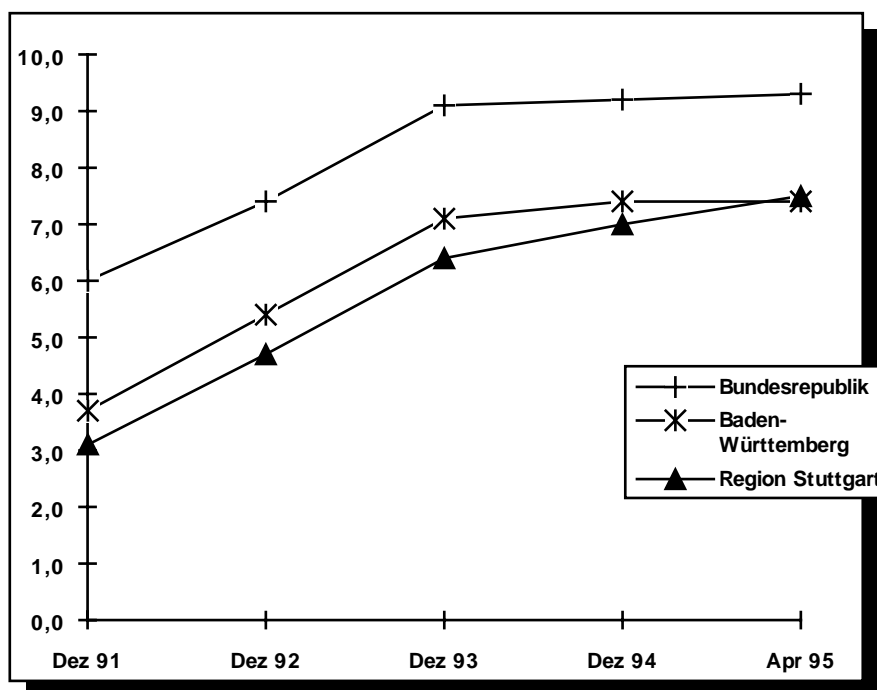
Die Basisdaten für den Arbeitsmarkt in der Region Stuttgart ergänzen das im vorigen Kapitel skizzierte Bild eines in der Tendenz rückläufigen, jedoch stetigen Beschäftigungsabbaus. Trotz Ende der Krise stieg die **Gesamtzahl der Arbeitslosen** in der Region Stuttgart zwischen Dezember 1993 und Dezember 1994 erneut um 6.776 Arbeitslose auf 79.970 an, was einer beachtlichen Steigerung von 9,2% entspricht.²¹ Die Manifestierung eines wachsenden Sockels der Arbeitslosen setzte sich auch im Frühjahr 1995 fort. So wurde mit den aktuellen Arbeitsamtszahlen für April 1995 in der Region Stuttgart ein Stand von 82.083 Arbeitslosen gemeldet.²² Damit wurde die in den Krisenjahren vorherrschende konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit in ihrer Bedeutung von einer zunehmend strukturell bedingten Arbeitslosigkeit abgelöst, in der u.a. die Folgen von Rationalisierungsprozessen und Verlagerungen zum tragen kommen.

Wenngleich die Entwicklung innerhalb der Region Stuttgart durchaus differenziert verlief, liefert die vergleichende Betrachtung der **Arbeitslosenquoten** von Region, Land und Bund deutliche Hinweise darauf, daß der regionale Arbeitsmarkt seine frühere Sonderstellung verloren hat. Die im Laufe des Jahres 1994 angestiegene Arbeitslosenquote auf 7,0 % in der Region und der weitere Zuwachs im Frühjahr 1995 auf 7,5 % untermauern die These, daß das Problem der Arbeitslosigkeit für die Region zum einem dauerhaften Phänomen zu werden droht. So lag die regionale Arbeitslosenquote im April 1995 mit 7,5% zwar

²¹ Ergebnisse eigener Berechnungen auf Grundlage der Angaben der laufenden Arbeitsmarktberichte der Arbeitsamtsbezirke Stuttgart, Göppingen, Ludwigsburg und Waiblingen.

²² ebenda

nach wie vor unter der bundesweiten Quote²³ von 9,3%, jedoch bereits über der landesweiten Arbeitslosenquote von 7,4%.



Region Stuttgart: Entwicklung der Arbeitslosenquote im Vergleich²⁴

Innerhalb der Region lassen sich in Bezug auf die Arbeitslosenquote folgende Unterschiede herausstellen: Im Zeitraum Dezember 1993 bis April 1995 hatte vor allem der Arbeitsamtsbezirk Stuttgart einen starken Zuwachs der Arbeitslosenquote von 6,9% auf 8,7% hinzunehmen.²⁵ An zweiter Stelle stand der Arbeitsamtsbezirk Göppingen (einschließlich der Dienststellen Esslingen, Leinfelden-Echterdingen, Nürtingen, Kirchheim, Geislingen und Göppingen) mit einer Arbeitslosenquote von 6,8% (Dezember 1993 6,4%).²⁶ Mit einer aktuellen Arbeitslosenquote von 6,6% im April 1995 (Dezember 1993 6,1%) reiht sich der

²³ Bundesgebiet West

²⁴ Ergebnisse eigener Berechnungen auf Grundlage der Angaben der laufenden Arbeitsmarktberichte der Arbeitsamtsbezirke Stuttgart, Göppingen, Ludwigsburg und Waiblingen sowie Arbeitsmarktberichte des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg

²⁵ Innerhalb des Arbeitsamtsbezirks wurde im April 1995 für die Stadt Stuttgart eine Arbeitslosenquote von 9,2% berechnet, im Dezember 1993 lag diese noch bei 7,4%. Im Landkreis Böblingen stieg die Arbeitslosenquote im selben Zeitraum von 6,0% auf 7,9%.

²⁶ Innerhalb des Arbeitsamtsbezirks Göppingen stellte der Dienststellenbezirk Esslingen im April 1995 mit 7,2% die höchste, der Dienststellenbezirk Leinfelden-Echterdingen mit 5,3% die niedrigste Arbeitslosenquote. Die Dienststellenbezirke Nürtingen (6,3%), Kirchheim (6,8%), Geislingen (7,0%) und Göppingen (7,1%) bildeten das Mittelfeld.

Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg an dritter Stelle ein.²⁷ Mit einer vergleichsweise geringeren Quote von 6,4% im April 1995 stand der Arbeitsamtsbezirk Waiblingen an letzter Stelle (Dezember 1993 5,9%).²⁸

Von der Entwicklung stark betroffen waren nach wie vor die Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, so stammte nahezu die Hälfte aller im Jahr 1994 neu gemeldeten Arbeitslosen aus diesem Bereich.²⁹ Der langsamere Anstieg der Arbeitslosenzahlen aus Metall-, Montage-, Elektroberufen läßt nach Ansicht der Arbeitsämter jedoch auf einen baldigen Stillstand in diesem Bereich hoffen. Ein überdurchschnittlich schnellerer Zuwachs wird dagegen für den Anteil der arbeitslosen **Angestellten** von den Arbeitsämtern verzeichnet. Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart nahm die Arbeitslosigkeit von Angestellten im Laufe des Jahres 1994 im Vergleich zu 1993 um 26% zu, im selben Zeitraum wuchs die Arbeitslosigkeit von Arbeitern um 12,5%. Im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg stieg der Anteil der Angestellten unter den Arbeitslosen von 34,4% im Dezember 1993 auf 38,6% im Dezember 1994 an.³⁰

Der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen **Frauen** in der Region blieb unvermindert hoch; in der Zeitspanne zwischen Dezember 1993 und April 1995 waren knapp 43% der arbeitslos gemeldeten Personen in der Region Stuttgart Frauen. Während sich der Frauenanteil an den gemeldeten Arbeitslosen nicht wesentlich veränderte, ist besorgniserregend, daß Frauen in Baden-Württemberg und in der Region zunehmend von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. So mußte bspw. im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg im letzten Jahr nahezu jede dritte arbeitslos gemeldete Frau zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen gezählt werden.³¹

Ein landesweites Problem ist die zunehmende **Langzeitarbeitslosigkeit**³². Im Laufe des Jahres 1994 stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Baden-Württemberg um 57,7% an. Obwohl für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke der

²⁷ Hier stand im April 1995 die Dienststelle Ludwigsburg mit 6,8% an der Spitze, vor Bietigheim-Bissingen mit ein Arbeitslosenquote von 6,3% und Vaihingen/Enz von 5,5%.

²⁸ Der Dienststellenbezirk Backnang lag im April 1995 mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % vor Schorndorf mit 6,3% und Waiblingen mit 6,2%

²⁹ Vgl. Jahresberichte der Arbeitsamtsbezirke

³⁰ Vgl. Arbeitsmarktbericht des Arbeitsamtsbezirks Stuttgart, Dezember 1994, S. 4 und Jahresbericht des Arbeitsamts Ludwigsburg für 1994, S.3

³¹ Vgl. hierzu auch "Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Präsentation von statistischen Ergebnissen des Landesarbeitsamtes", April 1995.

³² Als Langzeitarbeitslose gelten entsprechend der Definition des Landesarbeitsamtes Personen, die 1 Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind.

Region Stuttgart vollständige Zahlen noch ausstehen, wird in Berichten zunehmend auf die Problematik und an dieser Stelle auf die besondere Betroffenheit von Frauen, Arbeitslosen im Alter über 50 Jahre, sowie der Personen, die nicht über eine berufliche Ausbildung verfügen, verwiesen. Besonders starke Zuwächse der Langzeitarbeitslosen sind für die Arbeitsamtsbezirke Stuttgart und Göppingen festzustellen, so betrug in Stuttgart der Zuwachs im Laufe des Jahres 1994 79,0%, der Bestand wuchs damit von 5.352 auf 9.578 Betroffene an, in Göppingen betrug der Zuwachs 72,4%, (Bestand 1993: 36.355, 1994: 6.303). In Ludwigsburg wurde eine Zunahme um 54,3% (Bestand 1993: 2.470, 1994: 3.810) registriert, in Waiblingen 59,7% (Bestand 1993: 1.704, 1994: 2.722). Eine Erscheinung, die künftig einer genaueren Betrachtung bedarf ist ferner, daß seit 1992 auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bei den unter 20-jährigen und den 20 bis 24-jährigen in Baden-Württemberg ansteigt.

Der Zuwachs an **offenen Stellen** in der Region entwickelte sich im Zeitraum 1993 bis 1994 sowie im Frühjahr 1995 insgesamt positiv. Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart betrug der Zuwachs zwischen Dezember 1993 und Dezember 1994 43,7%, in Ludwigsburg 36,8%, Göppingen 35,3% und in Waiblingen 24,9%. Die Betrachtung der absoluten Zahlen wirkt jedoch eher ernüchternd. So standen beispielsweise im Monat April 1995 im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart den 36.948 gemeldeten Arbeitslosen lediglich 5.054 offene Stellen gegenüber, das entspricht einem Verhältnis von 7:1, die Qualifikation und andere vermittlungsrelevante Merkmale zunächst unberücksichtigt. Schlechter noch fällt dieses Verhältnis mit 8 Arbeitslosen auf eine offene Stelle für den Arbeitsamtsbezirk Waiblingen oder rd. 9 Arbeitslosen pro offener Stelle für den Arbeitsamtsbezirk Göppingen aus. Eine Gegenüberstellung von Bewerbern und offenen Stellen im Bereich der Metall- und Elektroberufe ergab für den Stuttgarter Arbeitsamtsbezirk im März 1995 ein Verhältnis von 12:1. An dieser Stelle ist zudem zu berücksichtigen, daß nach Einschätzung des Landesarbeitsamtes die Tendenz zu befristeten Arbeitsverhältnissen weiter zunimmt. So beinhaltete im April 1995 jedes dritte Angebot für eine offene Stelle in Baden-Württemberg keinen Dauervertrag, sondern bezog sich lediglich auf eine befristete Anstellung.³³

Der mit dem Ende der Krise einhergehende Rückgang der **Kurzarbeit** im Verlauf des Jahres 1994 um durchschnittlich 80% in der Region Stuttgart pendelte sich auch im Frühjahr 1995 auf einem unbedeutend geringem Niveau ein.

³³ Vgl. Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg, Dezember 1994.

Die **Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung** spielen in der Region nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Obwohl zwischen Dezember 1993 und Dezember 1994 von den regionalen Arbeitsämtern ein leichter Zuwachs der Teilnehmer in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen verzeichnet wurde, bewegt sich der Anteil unter der 1-Prozentmarke. So konnten im Dezember 1993 in der Region lediglich 0,58% der zivilen Erwerbspersonen solche Maßnahmen beanspruchen, für Baden-Württemberg lag der Anteil bei 0,64%; im Dezember 1994 nahmen in der Region 0,62% der zivilen Erwerbspersonen an beruflichen Weiterbildungsangeboten teil, in Baden-Württemberg betrug der Anteil 0,64%. Diese vergleichsweise geringen Zahlen werden von den Arbeitsämtern v.a. mit den gesetzlichen Bedingungen des Förderungsrechts begründet. Die wachsende Bedeutung von Qualifizierungsmaßnahmen (Vgl. Kap. 4), zu denen auch die berufliche Weiterbildung und Umschulung zählt, würden demnach auch gesetzliche Neuregelungen erfordern.

Abschließend ist festzustellen, daß das Phänomen eines wachsenden Sockels an Arbeitslosen, die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit unter Berücksichtigung ihrer sozioökonomischen Folgen für die Betroffenen sowie die gesamtwirtschaftlichen Kosten dieser Entwicklung die Region Stuttgart die nächsten Jahre beschäftigen wird.

2.5. Betriebsbeispiele: Die 'Weltmarktorientierte Modernisierung' wird wirksam

Das Gutachten "Industriestandort Stuttgart 1994" beleuchtete u.a. die zentralen Unternehmensstrategien in der Krise unter dem Begriff der 'Weltmarktorientierten Modernisierung'. Die Erfahrungen der letzten Monate unterstreichen, daß - trotz Ende der Krise - kein Stillstand in der Umsetzung dieser Strategien eingetreten ist. Internationalisierung, beschleunigte Rationalisierung, Funktionalisierung, Spezialisierung und Kostenmanagement prägen nach wie vor die Unternehmenspolitik und führen, neben vielfältigen Veränderungen in Arbeitsorganisation und betrieblichen Strukturen, zu weiteren Einschnitten bei der Beschäftigung. In der Region wurden mit dieser Entwicklung in den letzten Jahren bereits schmerzliche Erfahrungen gemacht und es scheint, als sei dieser Prozeß keineswegs abgeschlossen. Eine Auswahl betrieblicher Beispiele soll verdeutlichen, in welcher Form jene Methoden und Konzepte, die in den Jahren der Krise oft als Reaktion auf den Konjunkturunbruch interpretiert wurden, heute in verstärktem Maße fortgesetzt werden.

2.5.1. SEL

Nicht aus den Schlagzeilen kommt das deutsche Tochterunternehmen des französischen Mischkonzerns Alcatel-Alsthom, der Stuttgarter Elektronikkonzern Alcatel SEL AG. Die Einstellung auf Gewinneinbrüche aufgrund des Preisverfalls in der Branche, zunehmender Kostendruck, rückläufige Auftragslage und nicht zuletzt die Rückstellung großer Summen für Umstrukturierungsmaßnahmen im Jahre 1994 waren der offizielle Anlaß für Pläne zu massivem Beschäftigungsabbau und einer neuerlichen Ausrichtung der geschäftlichen Konzentration mit internationaler Struktur. So fand in der SEL-Gruppe im Laufe des Jahres 1994 ein Stellenabbau in Höhe von 3.230 Arbeitsplätzen statt, davon allein 1.321 im Stammwerk in Stuttgart-Zuffenhausen³⁴, im Jahr 1995 sollen v.a. in der Fertigung und in fertigungsnahen Bereichen weitere rd. 3.000 Arbeitsplätze verloren gehen³⁵. Mit diesen Maßnahmen geht eine weitgehende Neustrukturierung einher, die eine zunehmende Funktionalisierung und Spezialisierung der einzelnen Standorte zum Ziel hat. Bisher verteilte Funktionen und Bereiche werden zusammengezogen - die Navigation in Mailand, der Mobilfunk in Paris, Verteidigung in Pforzheim usw. Standorte, denen Aufgaben verloren gingen oder - treffender formuliert - weggenommen wurden, werden geschlossen oder erhalten eingeschränkte Funktionen. So gibt es auf die von IG Metall und SEL-Betriebsräten geäußerte Vermutung, die SEL Stuttgart solle perspektivisch lediglich Handelshaus werden, nach wie vor kein Dementi.

Die geplante Geschäftsstruktur, unter dem Dach "Network Systems" operative Geschäftseinheiten mit eigener Gewinn-/Verlustverantwortung und 2 Leistungsentwicklungszentren entstehen zu lassen - Ausgliederungen sind für 1995 geplant - ist ein weiterer Hinweis auf die Fokussierungsanstrengungen des Konzerns. Diese Spezialisierungstendenzen entziehen den verbleibenden Standorten wichtige Standbeine, was unter konjunkturell schwierigen Bedingungen verheerende Folgen haben kann. Ferner zieht die zunehmende Aufspaltung, Zergliederung und damit auch rechtliche Verselbständigung bisher unübersehbare Konsequenzen für die Beschäftigten nach sich; welche Ausichten auf Beschäftigungssicherung, Sicherung des Lohnniveaus etc. in diesen Fällen zu erwarten sind, ist noch nicht zu beantworten.

³⁴ Quelle: Betriebsumfrage

³⁵ Die geplante Schließung des Werkes Rochlitz wurde durch die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft vorläufig etwas abgefedert, in Mannheim soll ein Gewerbe- und Technologiepark entstehen.

2.5.2. ZF Bietigheim-Bissingen

Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG konnte nach der Krise 1993 eine deutliche Erholung verbuchen: eine hervorragende Auftragslage führte angesichts des überzogenen Personalabbaus mittlerweile zu einer Überauslastung der Kapazitäten. Dem soll 1995 mit Neueinstellungen und verstärkten Investitionen, aber auch mit einem massiven Druck auf den Samstag als Regelarbeitstag begegnet werden. Dennoch setzt der Konzern uneingeschränkt seine in der Krise begonnene Umstrukturierung fort. Dies hat besonders massive Auswirkungen im Produktionsstandort Bietigheim-Bissingen, der zum Bereich 'Lenkungen' gehört.

Ausgehend von der Idee einer "Lenkungsunion" werden nun Kooperationen u.a. mit Mercedes-Benz angestrebt, die den Partnern insbesondere höhere Stückzahlen, Produktionssteigerungen und Kostenvorteile bringen sollen. Mit der Zielsetzung, bei einer kleiner werdenden Produktpalette künftig jedes Produkt je an einem deutschen und einem ausländischen Standort zu fertigen, erfolgen interne Umstrukturierungen, die den Bestand des Standortes ZF Bietigheim-Bissingen (z.Zt. 905 Beschäftigte) langfristig ganz in Frage zu stellen drohen. Funktionszusammenfassung und Spezialisierung, die Konzentration auf die Produktion eines Pumpentyps, eine deutliche Verringerung der Fertigungstiefe, verbunden mit umfangreichem Personalabbau, der eine 50%ige Reduzierung der Belegschaft bereits bis 1997 vorsieht, sind geplant. Die positive Auftragslage - volle Auftragsbücher führen zu Kapazitäts- und Lieferengpässen, die mit Sonderschichten, Überstunden und Fremdvergaben ausgeglichen werden - stellt für die Unternehmensleitung offensichtlich keinen Anlaß dar, ihre strategischen Pläne kritisch zu prüfen. Vielmehr sollen zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen werden: die Aufträge mit Sondereinsätzen der Beschäftigten zu erledigen und gleichzeitig die Umstrukturierung fristgerecht durchzusetzen.

2.5.3. Werner & Pfleiderer

Der renommierte Maschinen- und Anlagenbauer mit Stammsitz in Stuttgart-Feuerbach gehört seit Mitte der achtziger Jahre zum Krupp-Konzern. Seit 1990 wurde die Beschäftigtenzahl von über 3.000 auf nunmehr ca. 1.300 mehr als halbiert. In diesen Zeitraum fällt u.a. der Verkauf des Geschäftsfeldes Gummispritzpressen und die Ausgliederung der Lebensmitteltechnik in eine eigene Gesellschaft, die nunmehr in Dinkelsbühl konzentriert wurde. Dabei besteht die Absicht diese zu verkaufen. Dadurch verengte sich die verbleibende Produkt-

palette auf den Bereich Kunststofftechnik, d.h. die Herstellung von Anlagen zur Kunststoffherzeugung.

Bereits in früheren Gutachten des IMU-Instituts wurde auf die Gefährdung des Standortes hingewiesen, da bei ständiger Verringerung der Fertigungstiefe die Gemeinkosten am Standort Feuerbach anteilmäßig steigen würden, was einer Sicherung des Standortes nahezu zuwiderläuft. Die Reduzierung der Fertigungstiefe ist in erster Linie der Produktpolitik der Konzernmutter geschuldet, die ihrerseits eine funktionale Bereinigung der Krupp-Maschinenbaugruppe verfolgt und des weiteren vom Tochterunternehmen drastische Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung einfordert.

Vor diesem Hintergrund kam es zu dem derzeit geplanten Sanierungskonzept, durch welches bis 1996 weitere 250 der am Standort Feuerbach verbliebenen knapp 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Neben dem Wegfall von 130 Stellen im Gemeinkostenbereich sollen 120 Arbeitsplätze - ein Teil der Fertigung - an einen Konzernstandort in der Slowakei verlagert werden. Hauptargument für die Verlagerung in die Slowakei ist das dort herrschende niedrige Lohnniveau.

Weitere Arbeitsplätze sowie der Standort Feuerbach insgesamt bleiben akut bedroht. Sollte die Fertigung weiter reduziert werden, werden auch andere - nicht produktive - Bereiche zur Disposition stehen.

2.5.4. Porsche

Der Zuffenhausener Sportwagenhersteller Porsche kann als "Vorbild" für die erfolgreiche Rationalisierung und Erschließung neuer Effektivitätspotentiale infolge interner Umstrukturierungen bezeichnet werden. Nach harten Einbußen während der Krise³⁶ und mit permanentem Personalabbau - im Dezember 1994 arbeiteten bei Porsche Zuffenhausen 2.051 Beschäftigte weniger als 1990, bei Porsche Weissach betrug der Verlust im selben Zeitraum 563 Stellen - mündeten die Aktivitäten der Geschäftsleitung direkt in einen umfangreichen internen Umstrukturierungsprozeß, der neben Kosteneinsparungen v.a. eine Effektivierung in der Fertigung erreichen sollte. Mit einer um 35% verringerten Fertigungszeit und einer 25%igen Rationalisierung des Fertigungsprozesses 1994 im Vergleich zum Stand 1992 wurden zentrale Ziele der Unternehmensführung

³⁶ Die besondere Anfälligkeit bei einseitiger Ausrichtung der Produktion, bei Festlegung auf eine äußerst beschränkte Palette, läßt sich am Bsp. der Fa. Porsche deutlich nachzeichnen.

erreicht. Der nächste Schritt auf diesem Weg soll die Einführung einer kontinuierlichen Bandfertigung mit beabsichtigter Arbeitszeit von 8 3/4 Stunden pro Schicht sein, weitere Steigerungsraten werden dadurch erhofft. Gleichzeitig fordert die höhere Effektivität der geringer gewordenen Anzahl der Beschäftigten deutlich höhere Leistungen ab; Arbeitsdruck und Leistungsverdichtung sind gestiegen, die Bandfertigung zwingt in "alte", eigentlich überholt geglaubte Produktionsmethoden³⁷. Die mit der neuen Struktur und Fertigung zu erwartende Produktivitätssteigerung droht zudem einen weiteren Personalüberhang förmlich vorzubereiten. Bisher wirkt hier schützend noch die bis Ende 1995 geltende Betriebsvereinbarung, in der ein Personalabbau bis Ende des Jahres ausgeschlossen wurde sowie der Umstand, daß Porsche mit Blick auf die Vorlaufarbeiten und einen erfolgreichen Start des neuen Boxter's 1996 auf einen reibungslosen Ablauf nicht verzichten kann.

2.5.5. Stribel GmbH

Mit dem Aufkauf des Autoelektrik und -elektronikspezialisten Stribel durch den japanisch-amerikanischen Konzern Alcoa Fujikura Ltd. (AFL) wurde die Frickenhausener Firma in das Europakonzept eines weltweit agierenden Konzerns einbezogen und scheint in diesem Falle den strategischen Zielen der Mutter - Konzentration der Fertigung in Billiglohnländern (Ungarn und Irland), Aufkauf von Markennamen und Know-How - zum Opfer zu fallen. Nachdem 1993 und 1994 bereits 550 Stellen gestrichen wurden, steht derzeit im Zuge einer weiteren Restrukturierungswelle der Standort und insbesondere der Fertigungsbereich des Autozulieferers insgesamt auf dem Spiel.

Zur Kompensation der nach wie vor defizitären Situation, welche trotz guter Auslastung maßgeblich durch die Preispolitik der Automobilproduzenten verursacht wird, wurde nun die Verlagerung von weiteren 330 Fertigungsarbeitsplätzen nach Ungarn, an einen von mehreren europäischen Standorten der AFL-Gruppe beschlossen, um dort das niedrige Lohnniveau zu nutzen. In Frickenhausen verbleibt damit neben den Management-, Verwaltungs- und Logistikbereichen lediglich eine Restfertigung von Produkten, deren Lebenszyklus sich überdies dem Ende nähert. Dennoch ist damit auch für die vorerst verbleibenden ca. 600 Beschäftigten die Zukunft nicht gesichert. Konkrete Planungen für Nachfolgeprodukte fehlen, Investitionen werden eher an anderen Standorten

³⁷ Dies ist auch deshalb erstaunlich, weil Porsche es bislang durch einen eher handwerklichen Fertigungsablauf mit langen Arbeitszyklen und komplexen Arbeitsinhalten geschafft hat, klassische Schwächen der Bandfertigung, wie hohe Nacharbeitskosten oder mangelndes Qualitätsbewußtsein der Beschäftigten, zu vermeiden.

der Gruppe getätigt, und mittelfristig kann selbst eine technische Substituierung des Know-hows durch verstärkten Einsatz von mikroelektronischen Motorsteuerungen nicht ausgeschlossen werden. Die noch im November vergangenen Jahres geäußerte Zuversicht des Frickenhausener Vertriebschefs - man habe mit der AFL einen idealen Kooperationspartner gefunden, es ergebe sich eine perfekte Ergänzung, während und Stribel allein die zukünftigen Anforderungen nicht alleine meistern könne³⁸ - wirkt aus heutiger Sicht eher wie eine Persiflage.

2.5.6. IBM

IBM ist bereits seit Jahren ein Musterbeispiel für ganzheitliche Rationalisierungsprozesse unter Konzernregie. Waren noch 1986 hier ca. 6.000 Mitarbeiter im Produktionsbereich tätig, so sank diese Zahl bis 1992 auf ca. 3.800 Mitarbeiter/innen, davon 1.150 im Bereich Halbleiter (HL), 1.000 im Bereich der Mehrschichtkeramik (MSK) und 850 im Bereich Leiterplatten (LP). Eine Analyse der Auswirkungen der weltweit betriebenen Restrukturierung des IBM-Konzerns ergab, daß sowohl die Bereiche HL als auch MSK aufgrund des im Bereich der Mikroelektronik sehr schnellen 'Alterns' aus technischen Gründen eine maximale Lebenserwartung nur bis zum Jahr 1996 haben würden, während der Bereich LP zunehmend unter den Druck weltweiter Überkapazitäten und dem damit verbundenen Preisverfall gerät. Im Ergebnis stand die Erkenntnis, das eine Perspektive für das Werk und die Arbeitsplätze nur realisierbar ist, wenn neue Produkte bzw. Produktlinien in Sindelfingen in Angriff genommen werden.

Hierfür wurden von der IG Metall 7 Bereiche identifiziert und als Anforderungen an ein Standortkonzept soweit konkretisiert, daß eine Veröffentlichung im Betrieb und in den Medien erfolgen konnte³⁹. Sie waren gleichermaßen auf kurzfristig umsetzbare Ansätze wie auch auf Zukunftstechnologien ausgerichtet. Darüberhinaus zielten sie darauf ab, die Stellung des Unternehmens als 'Nur-Computer-Hersteller' auf der Produktseite strategisch zu erweitern und neue

³⁸ Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 8.11.94

³⁹ Diese Bereiche waren:

- Endgeräte für die mobile Kommunikation einschließlich der zugehörigen Prozessoren, der Steuerungselektronik und der Software
- Aufbau eines regionalen Entwicklungs- und Fertigungszentrums für anwenderspezifische Bausteine (sog. ASIC's)
- Einstieg in die Fertigung von Flachbildschirmen
- Technische Keramik und Mikromechanik
- Beschichtungsverfahren für 'Dünne Schichten'
- Prozeßtechnische Beratung in Vakuumtechnik
- Anbieten von technischen Dienstleistungen, z.B. Umwelttechnik oder Spezialtransporte

Felder zu erschließen. Sie setzten am bestehenden Know-how und der gegebenen Technologie an.

Obwohl unter der Belegschaft wie auch von der Öffentlichkeit dieses Konzept positiv aufgegriffen wurde, stieß es auf vehemente Ablehnung durch die örtliche Unternehmensleitung. Diese war primär in die Umsetzung der weltweiten Restrukturierung des Gesamtkonzerns involviert, welche eine grundlegend andere Stoßrichtung einschlägt. Ziel war eine wesentlich stärkere Produktkonzentration (Fokussierung) auf den Computersektor bei gleichzeitigem Ausbau der Dienstleistungen, eine deutliche Verringerung der Eigenfertigung verbunden mit einem massiven Personalabbau sowie die abnehmende Bedeutung der Fertigungsstätten bei gleichzeitiger Zentralisierung aller strategischen Entscheidungen (Produkte, Standorte, Märkte, Kooperationen usw.) bei der Konzernzentrale in den USA.

Das Werk wurde in eigenständige Produktions-GmbH's zergliedert und die Mitarbeiterzahl auf heute ca. 2.300 gesenkt. Dabei hat der Produktbereich MSK wie schon 1992 erwartet nur noch eine Restgröße von 80 Mitarbeitern, der Produktbereich HL ist in ein Joint-Venture mit einem europäischen Elektronikonzern eingebracht, bei dem das Unternehmen sich jedoch in der Minderheitsposition befindet. Es halten sich Befürchtungen, daß nach der Anlaufphase des Joint-venture das HL-Know-how noch in diesem Jahrzehnt in ein neu entstehendes Werk in Eindhoven transferiert wird. Auch für den Bereich LP wird eine ähnliche Joint-Venture-Lösung angestrebt. Damit kann nicht ausgeschlossen werden, daß nach 1996 keine IBM-Produktion mehr im Werk Sindelfingen stattfindet, das Synonym der High-Tech-Region Stuttgart ist nach wie vor gefährdet.

3. Die Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur in der Region Stuttgart

Als Gradmesser für den strukturellen Wandel der Wirtschaft werden die Veränderungen der Beschäftigtenanteile zwischen den Wirtschaftssektoren herangezogen. Nachdem zu Beginn des Jahrhunderts die industrielle Produktion die Landwirtschaft als Haupterwerbsquelle verdrängte, verliert der sekundäre Sektor seit rund drei Jahrzehnten zunehmend seine Bedeutung als wichtigste Erwerbsquelle, wenn auch mit starken regionalen Unterschieden.

3.1. Tertiarisierung und (regionale) Beschäftigung

Jean Fourastié ist die Theorie des strukturellen Wandels der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu verdanken (vgl. Fourastié 1969). Seine Tertiarisierungshypothese⁴⁰ kann angesichts der Entwicklung der Industriegesellschaften als zutreffend bezeichnet werden. Ihre optimistischen beschäftigungspolitischen Implikationen, die Fourastié bereits im Titel seines Werkes "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" andeutete, haben sich jedoch nicht in seinem Sinne eingestellt und es darf bezweifelt werden, ob sie sich unter Bedingungen einer kapitalistisch verfaßten Ökonomie je einstellen werden können (vgl. Zinn 1994, S. 88 ff.). Die Tertiarisierung scheint die Arbeitsmarktprobleme offensichtlich nicht lösen zu können, wie nicht zuletzt die wachsende Sockelarbeitslosigkeit auch in den, auf diesem Weg schon weit fortgeschrittenen Regionen zeigt. Vielmehr vergrößert sich das "Risiko einer tertiären Krise" (vgl. ebenda S. 90).

Die Tertiarisierung scheint auch kein bestimmendes Moment für den "Erfolg" von Regionen bzw. Agglomerationen zu sein, dergestalt, daß ein höherer Anteil von Dienstleistungstätigkeiten eine positive Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung hat. Stärker industriell geprägte Regionen, die von zahlreichen Apologeten der Theorie der Beschäftigungsprobleme lösenden Automatik der Tertiarisierung konsequent aber falsch als "unmodern" apostrophiert werden,

⁴⁰ Fourastié charakterisiert den kapitalistischen Industrialisierungsprozeß als eine zwei- bis dreihundertjährige Übergangsphase zwischen Agrar- und Dienstleistungsökonomie. Auch er gliedert, wie andere Strukturtheoretiker vor ihm die Gesamtwirtschaft in drei Sektoren: Urproduktion gleich primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft), produzierendes Gewerbe gleich sekundärer Sektor und Dienstleistungen gleich tertiärer Sektor. Fourastié erwartete, daß die im sekundären Sektor nicht mehr benötigten Arbeitskräfte durch den tertiären Sektor aufgesogen würden - eine Analogie zur Entwicklung während der zweiten strukturellen Revolution, in der sich die Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft entwickelte. Beschäftigungssteigernd bzw. stabilisierend wirken dabei nach seiner Ansicht die nur sehr geringen Produktivitätszuwächse des tertiären gegenüber dem sekundären Sektor. Fourastié grenzt die drei Sektoren nicht nach statistischen Kategorien ab, Abgrenzungskriterium ist vielmehr die sektorspezifische Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

müßten demnach unisono mit überdurchschnittlich schlechteren Beschäftigungsentwicklungen aufwarten. Der strukturelle Aufbau einer regionalen Wirtschaft sagt aber nur wenig über ihr tatsächliches Beschäftigungswachstum aus, schlußfolgert Bade aus seinen Analysen zur regionalen Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierten Dienstleistungen (vgl. Bade 1987, S. 121 ff.).

Der Erfolg bzw. die Stärke von Regionen ist maßgeblich durch die "Modernität" ihres dominanten Clusters, d.h. die regionale Häufung auf ein Produktfeldbezogener industrieller und Dienstleistungsaktivitäten, bedingt (vgl. Rehfeld 1994). Gerät dieses Cluster in die Krise, wofür v.a. der Prozeß des "Altern" des Produktfeldes sowie verschiedene (darauf bezogene) Unternehmensstrategien verantwortlich zeichnen (vgl. Iwer/Rehberg 1995), so kann dies erhebliche negative Beschäftigungsentwicklungen nach sich ziehen. Bedroht ist dann die Beschäftigung in allen Sektoren und Wirtschaftszweigen, die in das Cluster einbezogen waren. Unter Bedingungen der clusterförmigen Ausprägung regionaler Wirtschaftsstrukturen kann eine allgemeine, unspezifische Tertiarisierung keinen Ausweg bieten. Vielmehr wird der Prozeß der Tertiarisierung selbst in weiten Teilen durch das dominante Cluster geprägt⁴¹. Industriesektoren stehen untereinander und mit den Dienstleistungssektoren in einem Verhältnis der Wechselwirkung. Wird dieses "technologische Netzwerk" etwa durch einen starken Rückgang verarbeitender Industriezweige beschädigt oder gar zerrissen, könnte eine Region den Anschluß an die Entwicklung, gerade auch bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen an den neuesten Stand der Technologie verlieren und so in Wettbewerbsnachteile geraten (vgl. Löbke u.a. 1992, S. 32).

Der tertiäre oder Dienstleistungssektor stellt auch in der Region Stuttgart den zunehmend dominanter werdenden Sektor der regionalen Wirtschaftsstruktur dar. Auch daraus ergibt sich die Notwendigkeit ihm im Rahmen der Strukturgutachten des IMU-Instituts (erstmalig) einen eigenen Stellenwert einzuräumen.

Gerade für die Region Stuttgart gilt, was das IFO-Institut als Entwicklung für das Land Baden-Württemberg beschreibt: seit Beginn der 80er Jahre sind drei Trends wirksam: die "Investitionsgüterintensivierung" des Produzierenden Gewerbes⁴², die "Tertiarisierung" der Gesamtwirtschaft sowie eine verstärkte Nut-

⁴¹ Das dominante Cluster der Region Stuttgart ist zweifellos der Straßenfahrzeugbau (zur Entwicklung und Ausprägung siehe: Iwer, Rehberg, 1995).

⁴² 1980 betrug der Anteil der Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie in der Region Stuttgart am Verarbeitenden Gewerbe 74%. Dieser bereits damals überdurchschnittlich hohe Anteil stieg in den

zung der Vorteile der Arbeitsteilung zwischen Unternehmen und Wirtschaftsbe-
reichen innerhalb und außerhalb der Region⁴³ (vgl. IFO-Schnelldienst 10 -
11/1995, S. 3).

Neben der "Investitionsgüterintensivierung" des sekundären Sektors, die in der
Region Stuttgart auf einem historisch gewachsenen überdurchschnittlichen Ni-
veau aufsetzt und sich weiter fortsetzt ist die "Tertiarisierung" eine weitere, und
was die Beschäftigungsentwicklung angeht, die augenfälligste Erscheinung des
strukturellen Wandels. Dabei äußert sich dieser Prozeß sowohl in einer Zu-
nahme der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich und damit in einer Bedeu-
tungszunahme innerhalb der Gesamtbeschäftigung (intersektorale Tertiarisie-
rung), wie auch in einer Zunahme der Dienstleistungstätigkeiten innerhalb des
industriellen Sektors (intrasektorale oder funktionale Tertiarisierung).

3.2. Verarbeitendes Gewerbe trotz Anteilsverlusten weiter dominant

Die Region Stuttgart muß immer noch als eines, wenn nicht als das industrielle
Zentrum der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden (vgl. Kap. 2).
Daran ändern bislang auch Entwicklungen nichts, die in der Region seit den
80er Jahren zu einer Verlangsamung der bis dato kaum unterbrochenen, über-
durchschnittlichen wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Dynamik
beigetragen haben (vgl. Iwer u.a. 1994).

1980 waren noch die Hälfte der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
(SVPB)⁴⁴ der Region Stuttgart im Verarbeitenden Gewerbe, der wichtigsten

folgenden 10 Jahren auf 78,4% und sank erst im Verlauf der seit 1991/92 wirksam gewordenen Krise
auf 76,9% im Jahre 1994 ab (BRD: 54%). Die Region Stuttgart ist somit trotz des konjunk-
turbedingten Rückgangs der Beschäftigung in der Investitionsgüterindustrie und dem damit
verbundenen Anteilsverlust, der insbesondere die größere Krisenanfälligkeit dieses Bereichs
dokumentiert, wesentlich durch die Investitionsgüterindustrie geprägt. In ihr dominieren die drei
Branchen Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Straßenfahrzeugbau.

⁴³ Laut IFO-Institut hat sich insbesondere bei den dominanten Branchen des Investitionsgütergewerbes
(Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau und elektrotechnische Industrie) der Bezug von vorgefertigten
Waren sowie Dienstleistungen zwischen 1978 und 1988 deutlich erhöht. V.a. fremdbezogene
Dienstleistungen, z.B. des Ingenieurs- und Planungswesens, der Rechts- und Wirtschaftsberatung
sowie aus dem Bereich der Forschung und Entwicklung haben stark an Bedeutung gewonnen (vgl.
IFO-Schnelldienst 10-11/1995, S.4). Dies erklärt auch das starke Wachstum dieser
Wirtschaftszweige (s.o).

⁴⁴ Daten der Bundesanstalt für Arbeit, d.h. incl. Betriebe zwischen 1 und 20 Beschäftigten. Die
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit aller
Erwerbstätigen dar. Nicht erfaßt sind demnach u.a. die Erwerbstätigen, die mit dem Einkommen über
oder unter der Beitragspflichtgrenze zur Sozialversicherung lagen (soweit sie sich nicht freiwillig
weiterversichert haben), einer selbständigen Tätigkeit nachgegangen, oder mithelfende
Familienangehörige und Beamte sind. Die Arbeitsstättenzählung von 1987 ergab für die Region
Stuttgart, daß die versicherungspflichtig Beschäftigten gut 85% der Erwerbstätigen am Arbeitsort

Wirtschaftsabteilung des sekundären Sektors tätig (BRD: 40,5%; BaWü: 49,1%)⁴⁵, ein Wert, den bspw. die Region München zuletzt in den 50er Jahren auswies. Bis 1990 ging der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, in etwa parallel zur Bundes- und Landesentwicklung, um 2,5%-Punkte auf 47,4% zurück und erreichte 1993 ein Niveau von 42,8%.

Wird wiederum die Region München zu Vergleichszwecken herangezogen, so zeigt sich, daß der in der Region Stuttgart erreichte Beschäftigungsanteil im Verarbeitenden Gewerbe dort bereits in den 70er Jahren unterschritten wurde, die Tertiarisierung als strukturbestimmender Prozeß sich früher durchsetzte und weitaus dynamischer entwickelte (vgl. Biehler u.a. 1994, S. 46ff.). Noch deutlicher sind in diesem Zusammenhang die Unterschiede zur Entwicklung in der Region Frankfurt (vgl. Biehler 1992).

Der große v.a. konjunkturbedingte Beschäftigungseinbruch seit 1992, der insbesondere das Verarbeitende Gewerbe traf - und sich ob dessen strukturbestimmender Rolle in der Region Stuttgart auch so drastisch auswirkte - darf jedoch nicht vergessen machen, daß es bis dahin auch der sekundäre Sektor war, der für die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung in der Region und in Baden-Württemberg insgesamt mitverantwortlich war (vgl. u.a.: Iwer u.a. 1994).

1991 war der Höchststand der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart mit knapp 475.000 Personen in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmer/innen erreicht, rund 17.000 mehr als 1980. Die Dramatik der Krise zeigt sich am Rückgang auf knapp 380.000 Beschäftigte im Jahre 1994. Somit ging innerhalb von 2 Jahren die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe um ein Fünftel zurück. Dieser rapide Beschäftigungseinbruch konnte,

repräsentierten (BaWü: 81,4%), wobei je nach Lage und Art der Arbeitsstätten erhebliche Unterschiede zum regionalen Mittelwert auftraten. Im Produzierenden Gewerbe (einschl. Land- und Forstwirtschaft) betrug der Beschäftigtenanteil an den Erwerbstätigen 92%, im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichten rund 88% und bei den sonstigen Dienstleistungen ca. 73% (vgl. Regionalverband Mittlerer Neckar 1991, S. 7f. und S. 176). Die genannte, teilweise doch erhebliche innerregionale Streuung zeigt sich an folgenden Beispielen: im Mittelbereich Leonberg waren mit über 93% der Anteil der versicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbspersonen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen überdurchschnittlich gut erfaßt, im Bereich des Produzierenden Gewerbes waren es jedoch nur 77,4% (vgl. ebenda, S. 106). Im Mittelbereich Geislingen wurden durch die versicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der sonstigen Dienstleistungen nur 62% der Erwerbstätigen erfaßt und auch nur zwei Drittel derer im Handel (vgl. ebenda, S. 62). Im Mittelbereich Böblingen/Sindelfingen wurden im Produzierenden Gewerbe durch die versicherungspflichtig Beschäftigten über 98% der Erwerbstätigen erfaßt. Damit liegt der Repräsentationsgrad dort um über 6%-Punkte höher als im Regionsdurchschnitt.

⁴⁵ Für den sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe) in der Region Stuttgart insgesamt ergibt sich 1980 ein Anteil von 58,7% (incl. Land- und Forstwirtschaft), der bis 1993 auf 51% sinkt.

was die parallel steigenden Arbeitslosenzahlen zeigen (vgl. Kap. 2), nicht durch den tertiären Sektor kompensiert werden, der gleichfalls eine, wenn auch geringere Krisenanfälligkeit aufweist.

Im Verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik Deutschland war zwischen 1980 und 1990 bereits ein Rückgang der Beschäftigten von -1,1% zu verzeichnen, bei einem gleichzeitigen Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um +6,8%. Im selben Zeitraum stieg die Beschäftigung in der Region Stuttgart im Verarbeitenden Gewerbe noch um rund 5,5% bei einer Gesamtzunahme der Beschäftigung um 11,2% auf rund 1,1 Mio. Beschäftigte. Auch hieran läßt sich die weiterhin wichtige Rolle des Verarbeitenden Gewerbes in der Region für die Beschäftigungssituation erkennen.

3.3. Intersektorale Tertiarisierung

Der quantitative Bedeutungsverlust des produzierenden Sektors für die Gesamtbeschäftigung zeigt sich am Rückgang seines Anteils in der Region Stuttgart von 58,1% im Jahre 1980⁴⁶ auf 55,1% im Jahre 1990 und schließlich auf 51% in 1993 (BRD: 44,7%; BaWü: 51,5%). Spiegelbildlich dazu wachsen die Beschäftigtenanteile der Dienstleistungsbereiche am Gesamtvolumen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Im Folgenden wird der Stand und die Entwicklung der sechs Dienstleistungswirtschaftsgruppen Handel, Verkehr und Nachrichten, Kreditwesen und Versicherungen, Unternehmensbezogene Dienstleistungen, Haushaltsbezogene Dienstleistungen und des Bereichs Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter referiert. Die Gruppierung folgt der Systematik nach Bade (1987).

3.3.1. Der Handel: Leichter Beschäftigungszuwachs und zunehmende Arbeitsplatzgefährdungen

Die dominante Wirtschaftsgruppe innerhalb des Dienstleistungssektors der Region stellte 1980 mit rund 123.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Handel dar. Dabei wies der Einzelhandel knapp 3.500 Beschäftigte mehr aus als der Großhandel. Zwar ging der Anteil des Handels bis 1990 von 12,5% auf 12,1% an der Gesamtbeschäftigung zurück, was allerdings immer noch einem absoluten Beschäftigtenzuwachs von rund 9.200 Personen entsprach. Der Bereich konnte aber seinen Anteil an der Gesamtbeschäftigung bis 1993 und

⁴⁶ Jeweils einschließlich Land- und Forstwirtschaft.

damit auch während der beginnenden Krise abermals um über 7.000 Beschäftigte auf 12,8% steigern. Bemerkenswert und abweichend von der Situation und Entwicklung auf Bundes- und Landesebene ist, daß von dieser Entwicklung hauptsächlich der Wirtschaftszweig Großhandel profitierte. Hier wurden zwischen 1980 und 1993 fast 12.000 Personen mehr beschäftigt als im Einzelhandel (+4.800). Der Großhandel stellte 1993 somit mit ca. 71.800 Beschäftigten gegenüber 68.100 Beschäftigten im Einzelhandel den größeren Wirtschaftszweig dar⁴⁷, wobei hier deutliche innerregionale Unterschiede auszumachen sind (s.u.)⁴⁸.

Wie auf Landes- und Bundesebene wies der Handel innerhalb des Dienstleistungssektors auch in der Region Stuttgart die geringste Beschäftigungsdyn-

⁴⁷ Im Bundesgebiet und im Land Baden-Württemberg ist, obwohl auch hier der Großhandel gegenüber dem Einzelhandel beschäftigungsmäßig aufgeholt hat, letzterer auch 1993 noch immer der größere der beiden Wirtschaftszweige. Im Bundesgebiet lag er mit einem Anteil von 8,3% an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2%-Punkte, in Baden-Württemberg mit 6,8% um 1,1%-Punkte vor dem Einzelhandel.

⁴⁸ Während 1993 der Großhandel im Stadtkreis Stuttgart und in den Landkreisen Böblingen/Sindelfingen und Esslingen teilweise deutlich mehr Beschäftigte aufwies, stellte sich dieses Verhältnis in den übrigen regionalen Landkreisen umgekehrt dar. Im Landkreis Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis überstiegen die Beschäftigungszuwächse des Einzelhandels die des Großhandels sogar deutlich.

namik zwischen 1980 und 1993 auf. Der Beschäftigungszuwachs in Baden-Württemberg war mit einem Plus von fast 20% allerdings deutlich größer als im Bundesdurchschnitt. Hier lag der Beschäftigungszuwachs gerade einmal um 0,1%-Punkte über dem in der Region Stuttgart. Die Entwicklung in Baden-Württemberg kann jedoch angesichts des bundesweit wie regional höheren Anteils des Handels an der Gesamtbeschäftigung als "aufholende" Entwicklung charakterisiert werden. Mit rund 12,5% Beschäftigungsanteil lag der Handel 1993 in Baden-Württemberg wie auch der in der Region mit 12,8% noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 14,3%. Allerdings, so zeichnet sich ab, sind von diesem Wirtschaftszweig keine bedeutenden Beschäftigungszuwächse zu erwarten, die z.B. zu einer Kompensation des befürchteten Arbeitsplatzabbaus im sekundären Sektor beitragen könnten.

Im Gegenteil sind bereits Anzeichen einer negativen Entwicklung zu verzeichnen: im Stadtkreis Stuttgart gingen im Handel zwischen 1980 und 1993 fast 4.000 Arbeitsplätze verloren bzw. wurden in nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt, wobei hier der Einzelhandel am stärksten betroffen war (-3.500 Beschäftigte). Dabei fällt auf, daß diese negative Entwicklung seit 1980 nachweisbar ist, was zu einem Absinken des Beschäftigtenanteils des Einzelhandels in Stuttgart von 7,2% im Jahr 1980 auf 6,1% im Jahr 1993 führte. Verantwortlich dürfte hierfür insbesondere die bessere Ausstattung der umliegenden Kreise mit Verkaufseinrichtungen sein, was eine Anpassung an höhere Bedarfe der durch Suburbanisierungstendenzen gestiegenen Bevölkerungszahl signalisiert. Somit sind auch diesen Wirtschaftszweig betreffend raumwirksame Tendenzen zu verzeichnen, die bereits für den produzierenden Sektor unter dem Begriff "Schwäche des Kerns - Stärke des Umlands" (vgl. Iwer u.a. 1994) analysiert wurden. Verantwortlich für den Beschäftigtenrückgang sind aber auch Rationalisierungsmaßnahmen v.a. in den großen Warenhäusern, die in besonderem Maße den Einzelhandel in der Landeshauptstadt prägen.

3.3.2. Haushaltsbezogene Dienstleitungen auf dem Vormarsch

In den Betrieben der Wirtschaftsgruppe Haushaltsbezogene Dienstleistungen⁴⁹ arbeiteten 1980 in der Region Stuttgart über 96.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, was einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von annähernd 10% entsprach und diese Wirtschaftsgruppe als zweitstärkste im Dienstleistungssektor auswies. Die Beschäftigung stieg in den zehn Jahren bis 1990 um rund 26.000, so daß der Bereich bis 1993 einen Beschäftigtenanteil von 12,2% erreichte. Die Steigerung der Beschäftigtenzahlen um rund 39% von 1980 bis 1993 lag jedoch wie das Ausgangsniveau unter den Zuwächsen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet und erreichte bis heute nicht deren Anteile an der Gesamtbeschäftigung (BaWü 1993: 15,4%; BRD 1993: 17,2%)⁵⁰. Allerdings trug die Wirtschaftsgruppe in der Region Stuttgart zwischen 1980 und 1993 mit über 37.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen am meisten zur Steigerung der Gesamtbeschäftigung bei, wenn auch die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen dicht auf dem Fuße folgten (s.u.).

⁴⁹ Die Wirtschaftsgruppe Haushaltsbezogene Dienstleistungen umfaßt die Wirtschaftszweige: Wissenschaft und Bildung, Kunst und Medien, Verlagswesen, Gastgewerbe, Reinigung und Körperpflege, Gesundheitswesen, Gebäudereinigung und Abfall sowie die Sammelkategorie übrige private Dienstleistungen.

⁵⁰ Möglicherweise sind hier noch nicht im sonst üblichen Ausmaß vollzogene Externalisierungen von Tätigkeiten aus dem Verarbeitenden Gewerbe verantwortlich. So ist für Baden-Württemberg insgesamt, wie für die Region Stuttgart im speziellen auffallend, daß bspw. der Wirtschaftszweig Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung 1993 "nur" einen Anteil von 0,8% an der Gesamtbeschäftigung auswies, im Bundesgebiet jedoch einen von 1,3%. Zum Vergleich: in der Region München lag sein Anteil bereits 1987 bei über 2% (vgl. Biehler u.a. 1994, S.69).

Bemerkenswert ist der unterdurchschnittliche Anteil von Beschäftigten im regionalen Gesundheitswesen. Er lag 1993 bei 4,2% und damit um rund 30% niedriger als im Landesdurchschnitt und um 34% unter dem Bundesdurchschnitt. Unterdurchschnittlich war auch der Beschäftigungsanteil des Gastgewerbes mit rund 2,6% gegenüber 3,6% im Landesdurchschnitt⁵¹.

Auffallend ist ferner die relativ große Bedeutung der Wirtschaftszweige Kunst und Medien sowie des Verlagswesens in der Region. Mit über 15.000 Beschäftigten, die einen Anteil von 1,5% an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten repräsentierten, lagen diese beiden Wirtschaftszweige, auch was die Dynamik der Zuwächse seit 1980 anbetrifft, vor der Entwicklung auf Bundes- und Landesebene. Über zwei Drittel der in diesen Wirtschaftszweigen beschäftigten Personen waren 1993 in Stuttgart beschäftigt, was Stuttgart als einen bedeutenden Medienstandort ausweist.

3.3.3. Staatliche Dienstleistungen mit nur leichten Beschäftigungszugewinnen

Die Wirtschaftsgruppe staatliche Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter⁵² beschäftigte 1993 in der Region Stuttgart rund 87.000 Personen, was einem Anteil von 7,9% an der Gesamtheit der Sozialversicherungspflichtigen entsprach⁵³. Mit einem Zuwachs von etwas über 23% gegenüber 1980 war dieser Bereich nach dem Handel derjenige des Dienstleistungssektors, der die geringsten Beschäftigungszuwächse erzielte. Der Schwerpunkt der Beschäftigung lag mit über 46.000 Personen auch hier, insbesondere durch den überdurchschnittlichen Anteil der privaten Organisationen und Gebietskörperschaften an der Beschäftigung in der Kernstadt Stuttgart. Daneben war Stuttgart 1993 auch der Beschäftigungsschwerpunkt im Bereich der Sozialversicherungen.

⁵¹ Angesichts dieses unterdurchschnittlichen Anteils des Gastgewerbes wurde von anderer Seite eingewendet, daß dies auch der statistischen Zuordnung geschuldet sein könnte. So würden unter dieser Kategorie bspw. nicht die Kantinen der Betriebe des produzierenden Gewerbes in der Region erfaßt, das immer noch einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil aufweist. Wörtlich wurde ausgeführt: "Die besten Gaststätten Stuttgarts sind die Kantinen der Metall- und Elektrobetriebe."

⁵² Die Wirtschaftsgruppe umfaßt folgende Zweige: private Organisationen, private Haushalte, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen.

⁵³ Gerade in dieser Wirtschaftsgruppe ist zu beachten, daß bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Beamten/innen nicht mit berücksichtigt werden. Der reale Beschäftigungsbeitrag dürfte daher ungleich größer als der ausgewiesene sein.

3.3.4. Höchste Beschäftigungszuwächse und zunehmende Bedeutung: die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen wird, was ihre Beschäftigungswirkung, v.a. aber ihren Beitrag zur Effizienz des industriellen Sektors anbetrifft, ein herausragender Platz eingeräumt (vgl. bspw. Löbbe u.a. 1992; Bade 1987).

Der Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen war 1993 mit rund 73.700 Beschäftigten in der Region Stuttgart nur die viertgrößte Wirtschaftsgruppe innerhalb des Dienstleistungssektors (Anteil 6,7%). Er erzielte jedoch seit 1980 den höchsten relativen Beschäftigungszugewinn, indem er sich fast verdoppelte, und trug damit in dieser Periode nahezu soviel zum absoluten Beschäftigtenzuwachs bei wie die Haushaltsbezogenen Dienstleistungen (s.o.). Der Beschäftigtenanteil lag in der Region auch über dem entsprechenden Beitrag dieser Wirtschaftsgruppe im Bund (1993: 5,7%) und im Land (1993: 5,2%).

Die höchsten absoluten Zuwächse innerhalb der Wirtschaftsgruppe erzielten zwischen 1980 und 1993 in der Region mit einer Steigerungsrate von 175% der Wirtschaftszweig Rechts- und Wirtschaftsberatung, der auf fast 24.000 Beschäftigte anwuchs, der Bereich der technischen Beratung, in dem 1993 knapp 23.000 Personen beschäftigt waren (+ 7.800) und die übrigen Dienstleistungen für Unternehmen. Sie wiesen zwischen 1980 und 1993 ebenfalls ein positives Beschäftigungssaldo von rund 7.800 Personen aus und wuchsen auf über 13.000 Beschäftigte an. Damit sind zugleich die drei beschäftigungsstärksten Wirtschaftszweige des Bereichs⁵⁴ identifiziert. Besonders auffällig ist der sehr starke Anstieg der Rechts- und Wirtschaftsberatung zwischen 1990 und 1993 um ca. 7.000 Beschäftigte.

Innerregionaler Schwerpunkt der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen war einmal mehr der Stadtkreis Stuttgart mit über 32.000 Beschäftigten im Jahre 1993, was einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 8,7% entsprach. Allerdings lag hier die Zuwachsrate der Beschäftigung zwischen 1980 und 1993 mit knapp 60% deutlich unter der der übrigen Kreise der Region, wo insbesondere der Kreis Böblingen/Sindelfingen mit einem Beschäftigungszuwachs von nahezu 210% heraussticht. Den geringsten Anteil an der Gesamtbeschäftigung hatte die Wirtschaftsgruppe mit 3,6% im Jahre 1993 im Kreis Göppingen.

⁵⁴ Weitere zu diesem Bereich gezählte Wirtschaftszweige sind die Wirtschaftswerbung, Grundstücks- und Vermögensverwaltung sowie die Vermietung.

3.3.5. Kreditinstitute und Versicherungen - ein Rationalisierungsschwerpunkt der nächsten Jahre.

Der Bereich des Kredit- und Versicherungswesens hält 1993 in der Region Stuttgart mit rund 55.000 Beschäftigten einen, gegenüber dem Landes- und Bundesdurchschnitt höheren Anteil von 5% an der Gesamtbeschäftigung, wobei nahezu 60% der Beschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe im Stadtkreis Stuttgart tätig waren⁵⁵.

Zwischen 1980 und 1993 betrug der Beschäftigungszugewinn hier insgesamt knapp 12.000, dabei entfielen 8.000 auf den Bereich des Kreditwesens, das in diesem Zeitraum nahezu die gleiche Steigerungsrate wie das Versicherungswesen aufzuweisen hatte. Die Steigerungsrate der gesamten Wirtschaftsgruppe lag damit in der Region jedoch mit 27,6% unter der des Landes mit genau 30%, aber leicht über der im Bund mit 26,5%. Weder die Region noch die Stadt Stuttgart haben es vermocht, sich zu einem ausgewiesenen Banken- und Versicherungsplatz, vergleichbar mit Frankfurt und München zu entwickeln, wie dies bis Mitte der achtziger Jahre von zahlreichen Politikern propagiert wurde.

⁵⁵ Noch deutlicher wird die Funktion der Landeshauptstadt Stuttgart als "der" Dienstleistungsstandort in der Region bei der Betrachtung der Versicherungen. In diesem Wirtschaftszweig arbeiteten 1993 rund 90% aller Beschäftigten der Region in Stuttgart selbst.

Glaubt man den Prognosen führender Unternehmensberater, so drohen gerade in diesem Wirtschaftsbereich durch verstärkte technische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung, insbesondere aber durch Fusionen, Segmentierung und Verlagerungen⁵⁶ erhebliche Beschäftigungsverluste. Arthur D`Little erwartet bspw. für die Zukunft im Bereich der Versicherungen einen Abbau von nahezu der Hälfte aller Arbeitsplätze. Für den Bankenbereich wird der Verlust von einem Drittel der Arbeitsplätze prognostiziert. In beiden Bereichen ist v.a. der back-office-Bereich betroffen. Dies würde für die Region Stuttgart, ausgehend vom Beschäftigtenstand des Jahres 1993, einen Verlust von rund 21.000 Arbeitsplätzen bedeuten, was annähernd an die Verluste des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1980 und 1993 heranreicht.

3.3.6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung⁵⁷ war 1993 mit etwas über 47.000 Beschäftigten und einem Anteil von 4,3% an der Gesamtbeschäftigung die kleinste Wirtschaftsgruppe innerhalb des Dienstleistungssektors in der Region. Der Beschäftigtenzuwachs von knapp 10.000 (26,7%) zwischen 1980 und 1993 ist dabei v.a. auf den Bereich des Straßenverkehrs (+ 3.500) und die übrigen Verkehrsträger, worunter sich die Speditionen befinden (+4.700), zurückzuführen; wobei Erstere mit einer Steigerungsrate von knapp 46% die dynamischste Entwicklung im genannten Zeitraum aufwies.

Beschäftigungsstärkster Bereich waren 1993 mit etwas über 20.000 Personen die übrigen Verkehrsleistungen. Unter diesen Wirtschaftszweig werden u.a. die Beschäftigten der Flughäfen subsumiert. Es folgten die Bundespost mit knapp 12.000 und das Straßenverkehrsgewerbe mit 11.200 Beschäftigten. Beschäftigungsverluste mußten zwischen 1980 und 1993 mit -104 der Bereich des schienengebundenen Verkehrs hinnehmen, sowie der von seiner Größe jedoch zu vernachlässigende Schifffahrtsbereich (1993: 68 Beschäftigte insgesamt). Insgesamt war der Beschäftigungszuwachs im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart höher als im Landes- bzw. Bundesdurchschnitt.

⁵⁶ Hiervon sind z.B. die Rechenzentren der Banken und Versicherungen betroffen.

⁵⁷ Die Wirtschaftsgruppe setzt sich aus den Zweigen Bundespost (Telekom), Eisenbahnen, Straßenverkehr, Schifffahrt und übrige Verkehrsleistungen (hierunter fallen auch die Speditionen) zusammen.

Für die Zukunft muß v.a im Bereich der Nachrichtenübermittlung und bei der Bundesbahn mit deutlichen Arbeitsplatzverlusten gerechnet werden, sofern die nun in Aktiengesellschaften umgewandelten Staatsbetriebe ihre angekündigten Rationalisierungspläne umsetzen.

3.3.7. Zusammenfassung

Betrachtet man abschließend die Struktur und Entwicklung der einzelnen Abteilungen des Dienstleistungssektors in der Region Stuttgart, so lassen sich folgende Besonderheiten gegenüber der Landes- und Bundessituation kennzeichnen:

- Der sektorale Tertiarisierungsgrad der Region Stuttgart lag 1993 mit 48,9% etwas höher als der Landesdurchschnitt (48,4%), jedoch um über 6%-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt und weit unter vergleichbaren Regionen wie München und Frankfurt. Die Region bleibt weiterhin wie das Land Baden-Württemberg in sektoraler Hinsicht ein Industriestandort.
- Die Region verfügte 1993 über einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen

(6,7%), überdurchschnittlich entwickelte sich dabei im Betrachtungszeitraum die Rechts- und Wirtschaftsberatung. Gemeinhin wird davon ausgegangen, daß der Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen in seiner Bedeutung weiter wachsen wird. Sie sind jedoch in besonderem Maße von der Entwicklung des produzierenden Sektors abhängig. Ihre Bedeutung wird durch die sektoralen Beschäftigungsanteile unterschätzt, wie sich an der funktionalen Betrachtungsweise zeigen läßt.

- Der Anteil der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen an der Gesamtbeschäftigung in der Region ist unterdurchschnittlich, insbesondere durch den vergleichsweise geringen Anteil von Wissenschaft und Bildung, des Gesundheitswesens und des Gastgewerbes.
- Im Bereich des Handels scheinen, nimmt man die bundesdeutsche Gesamtsituation als Maßstab, noch Beschäftigungszuwächse möglich. Hier sind jedoch, wie im Banken- und Versicherungsgewerbe, verstärkte Rationalisierungsanstrengungen zu verzeichnen. Nach Löbke u.a. (1992, S. 32) betont die OECD, daß die hauptsächlich mit kaufmännischen Dienstleistungen beschäftigten Dienstleistungssektoren wie bspw. Bankwesen, Versicherungswirtschaft, Transport und Handel durch die Verbreitung moderner DV-Technologien bereits umfassend neu strukturiert worden sind und daß sich der Prozeß in Zukunft fortsetzen wird.
- Auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung und im Verkehrsbereich ist aufgrund der Rationalisierungspläne der Post- und Bahndienste mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Dieser wird kaum durch Beschäftigungsaufbau bei den Konkurrenzunternehmen kompensiert werden können.

3.4. Funktionale Tertiarisierung

Die Tertiarisierung äußert sich nicht nur in Form der intersektoralen Verschiebung der Beschäftigtenanteile, sondern auch in einer Zunahme der Tätigkeiten außerhalb der direkten Produktion (Fertigung und Montage), insbesondere im produzierenden Sektor. Hinsichtlich der Region Stuttgart interessiert in diesem Zusammenhang v.a. die Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbes und der Investitionsgüterindustrie, hier besonders ihre drei dominanten Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau. Bei der Analyse der Tertiarisierungstendenzen greifen wir abermals auf die Systematik von Bade zurück, dessen Kategorien auf der Klassifizierung der Berufe des Statistischen Bundesamtes aufbauen (vgl. Bade 1987).

3.4.1. Sektorübergreifende funktionale Tertiarisierung

Von den durch die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit erfaßten knapp 990.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart arbeiteten 1980 37,7% in der Fertigung und Montage iwS. Zieht man hiervon den Anteil derjenigen ab, die mit Tätigkeiten der Fertigungsvorbereitung, Instandsetzung und Überwachung betraut waren (Wartung), so ergibt sich zu diesem Zeitpunkt ein "Tertiarisierungsgrad" von 67,6%. Trotz seinem überdurchschnittlichen Besatz an Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes war damit der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten iwS. in der Region Stuttgart mit dem im Land fast identisch und höher als im Bundesdurchschnitt.

1993 führten in der Region Stuttgart nur noch knapp 290.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte Fertigungstätigkeiten aus, so daß sich rechnerisch ein Tertiarisierungsgrad von 73,7% ergab. Damit lag die Region Stuttgart allerdings noch immer hinter der Region München zurück, die bereits 1991 einen Tertiarisierungsgrad von 75% aufwies (vgl. Biehler u.a. 1994, S. 81).

Am deutlichsten stellt sich der Tertiarisierungsprozeß im Stadtkreis Stuttgart dar. Im Jahre 1993 waren dort nur noch rund 60.000 Beschäftigte im Bereich

der Fertigung zu verzeichnen, dies entsprach einem Drittel der im Bereich der Produktionsbezogenen Dienstleistungen tätigen Arbeitnehmer/innen.

Insgesamt überstieg der funktionale den sektoralen Tertiarisierungsgrad, der einen Anteil der im Dienstleistungsgewerbe iwS. beschäftigten Personen von 49% für das Jahr 1993 auswies, erheblich. D.h. im Umkehrschluß, daß eine rein sektorale Betrachtung den Strukturwandel und seine Dynamik unterschätzt. So liegt die Region Stuttgart beim Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors bspw. weit hinter der Region München (s.o.), was sich jedoch bei funktionaler Betrachtungsweise stark relativiert. Es zeigt sich allerdings auch, daß offensichtlich ein immer bedeutender werdender Anteil von "Dienstleistungen" in den Betrieben des produzierenden Sektors selbst erbracht wird und zwar nicht nur für die eigenen Belange, sondern auch als Angebot an Dritte. So sind viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nicht mehr nur noch Nachfrager nach Dienstleistungen sondern auch vermehrt Anbieter. Immer wichtiger scheint die produktbezogene Rolle der Dienstleistungen zu werden, was sich in dem viel zitierten Satz ausdrückt, daß der deutsche Maschinenbau nicht Anlagen, sondern Problemlösungen verkauft (vgl. Löbke u.a. 1992, S.32 f.).

3.4.2. Teritarisierung des Verarbeitenden Gewerbes

1980 übten in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes der Region Stuttgart von knapp einer halben Million Beschäftigten etwas mehr als die Hälfte (55,2%) fertigende und montierende Tätigkeiten iwS.⁵⁸ aus. D.h. im Umkehrschluß, daß bereits 1980 annähernd die Hälfte der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes Tätigkeiten im Rahmen der Produktionsorientierten Dienstleistungen⁵⁹, der Distributionsleistungen⁶⁰, der Personenbezogenen Dienstleistungen⁶¹ oder sonstige Tätigkeiten⁶² ausführte.

⁵⁸ einschl. Wartungstätigkeiten.

⁵⁹ Hierunter fallen die Funktionsgruppe Technische Dienste (Forschung und Entwicklung, Techniker und Hilfdienste), Verwaltung (Leitender Verwaltungsbereich, Sachbearbeitung) und andere Unternehmensdienste (Unternehmensberatung, EDV, Marketing) (vgl. Bade 1987).

⁶⁰ Dazu zählen die Funktionsgruppen Lager und Verkehr sowie die kaufmännischen Dienste (Waren- und anderer Handel, Verkäufer) (ebenda).

⁶¹ In die Personenbezogenen Dienstleistungen gehen ein, die Sozialdienste (Gesundheit und Körperpflege, Erziehung und Ausbildung) und die übrigen Dienste (Haus- und gastwirtschaftliche Dienste, Sicherheit) (ebenda).

⁶² Den vorgenannten Kategorien nicht zuordenbar.

Im Vergleich zum Bundes- und Landesdurchschnitt zeigt sich bereits an der Situation des Jahres 1980, daß ein vergleichsweise größerer Teil der Dienstleistungen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes geleistet wird. Dies relativiert in gewisser Weise, ohne die o.g. Unterschiede kompensieren zu können, das "Dienstleistungslag" der Region.

Die Unterschiede der regionalen zur Bundes- und Landessituation waren auch 1980 v.a. auf den höheren Anteil Produktionsbezogener Dienstleistungen zurückzuführen. Auch was die in dieser Funktionsgruppe erfaßten Tätigkeiten der Forschung und Entwicklung anbetraf ist hier ein nennenswert höherer Anteil in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart feststellbar.

Der Trend zur Tertiarisierung setzte sich bis 1993 verstärkt fort. Der Anteil der Beschäftigten im Bereich der Fertigung und Montage sank in der Region zwischen 1980 und 1993 um rund 34.000 (wobei hier bereits die Wirkungen der konjunkturellen Krise spürbar waren). Der Anteil der Fertigungs- und Montage-tätigkeiten ieS. verminderte sich auf 44,1% während die Zahl derjenigen, die Wartungstätigkeiten ausführten, um über 6.000 stieg. Bei denjenigen, die Produktionsbezogene Dienstleistungstätigkeiten verrichteten, betrug die Steigerung

über 15.000 und liegt nun bei 153.000 Beschäftigten. Dies entsprach nahezu einem Drittel aller im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmer/innen. Deutlich (um 67%) stieg dabei auch der Anteil der Beschäftigten an, die im Bereich von Forschung und Entwicklung tätig waren: in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes der Region Stuttgart auf 6,6%, im Bundesdurchschnitt auf 3,7% und im Land Baden-Württemberg auf 4,5%. Somit arbeiteten 1993 über 42% der im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs im Bereich der Forschung und Entwicklung Tätigen in Betrieben der Region Stuttgart. In diesem Zusammenhang ist auch auf den ebenfalls überdurchschnittlichen Anteil von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen hinzuweisen (1993: 10,8%). Dies unterstreicht einmal mehr die Stellung der Region Stuttgart als bedeutenden Forschungs- und Entwicklungsstandort. Auf die hohe Forschungsintensität der Unternehmen dürfte auch ihr Erfolg mit zurückzuführen sein⁶³.

Mehr als ein Drittel der im FuE-Bereich des Verarbeitenden Gewerbes Beschäftigten der Region arbeiteten 1993 in Stuttgart selbst. Hier erreichte der Anteil der mit FuE-Tätigkeiten betrauten Arbeitnehmer/innen einen Anteil von 10,6%, womit sich dieser innerhalb von dreizehn Jahren fast verdoppelte. Parallel dazu wies das Verarbeitende Gewerbe in Stuttgart auch den geringsten Anteil an Beschäftigten aus, die 1993 noch Fertigungs- und Montagetätigkeiten i.e.S. ausführten (32,5%), so daß hier der Anteil der produktionsbezogenen Dienstleister Vorgenannte mit 42,8% sehr deutlich überstieg.

3.4.3. Tertiarisierung der regionalen Schwerpunktbranchen des Verarbeitenden Gewerbes

Was über die Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbe in der Region ausgesagt wurde, gilt in der Tendenz analog für die drei strukturbestimmenden Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und elektrotechnische Industrie. Trotzdem sind einige Besonderheiten gegenüber der bundesdeutschen wie der Landesentwicklung hervorzuheben.

⁶³ Bade konnte durch seine Analysen für die Bundesebene nachweisen, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Intensität, mit der sie Forschung und Entwicklung und andere höherwertige Produktionsdienste einsetzen, besteht (vgl. Bade, 1987 S. 43 ff.)

Sowohl im regionalen Maschinenbau, wie auch in der elektrotechnischen Industrie war der Tertiärisierungsgrad 1993 mit rund 56% bzw. 73% überdurchschnittlich⁶⁴. Überdurchschnittlich war hier auch jeweils der Anteil der Beschäftigten, die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ausführten, sowie derjenigen im Bereich der Produktionsorientierten Dienstleistungen. Dagegen schwankten die Anteile der Beschäftigten im Bereich der Distributionstätigkeiten im Maschinenbau zwischen über 12% und knapp 14% und oszilierten in der elektrotechnischen Industrie im Zehntel-Prozentbereich um den Wert 10,3%.

Auch für den Maschinenbau und die Elektrotechnik ist der Stadtkreis Stuttgart das "Dienstleistungszentrum" mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Forschung und Entwicklung im besonderen und Produktionsorientierter Dienstleistungen im allgemeinen. Im Gegensatz dazu wies bspw. die elektrotechnische

⁶⁴ Im Maschinenbau Baden-Württembergs betrug der Tertiärisierungsgrad (d.h. Fertigungstätigkeiten ohne Wartung) 1993 51,7%, in der Bundesrepublik 51,9%. In der elektrotechnischen Industrie Baden-Württembergs betrug der Tertiärisierungsgrad im selben Jahr 67,4%, im Bundesdurchschnitt lag er bei 67,6%.

Branche im Kreis Esslingen den höchsten Anteil (41,6%) von Fertigungs- und Montagetätigkeiten in diesem Bereich auf.

Anders als in den vorgenannten Branchen stellt sich die Entwicklung im Straßenfahrzeugbau im Vergleich zur Situation auf Landes- und Bundesebene auf den ersten Blick dar. Zwar wies der regionale Straßenfahrzeugbau auch 1993 überdurchschnittliche Anteile Produktionsbezogene Dienstleistungen verrichtende Personen auf (30,4%), darunter auch einen hohen Anteil von FuE-Tätigkeiten (7,7%). Der vergleichsweise geringe Anteil an Wartungs- und Distributionsstätigkeiten führte jedoch rein rechnerisch zu einem unterdurchschnittlichen Tertiarisierungsgrad von 54,3% gegenüber 57,7% auf Landes- und 61% auf Bundesebene insgesamt.

Diese vermeintlich unterdurchschnittliche Tertiarisierung entspringt jedoch einem statistischen Zuordnungsproblem der, im Vergleich zu den in der Region beheimateten Fertigungs- und Montagewerken der Mercedes-Benz AG - um nur die größten zu nennen - geringeren Bedeutung des KFZ-Reparaturgewerbes⁶⁵. Wird in diesem Zusammenhang die Situation im Stadtkreis Stuttgart betrachtet, in dem sowohl Fertigungsstätten von Finalproduzenten des Straßenfahrzeugbaus wie auch Zentralfunktionen angesiedelt sind, so ergibt sich hier für 1993 ein Tertiarisierungsgrad von 66,3%.⁶⁶

3.5. Resümee: die Tertiarisierung ersetzt keine Politik zukunftsorientierten Bestandsschutzes

Die auch noch 1993 gegenüber dem Produzierenden Sektor geringere beschäftigungspolitische Bedeutung des Dienstleistungsbereichs in der Region Stuttgart weist sie auch bundesweit insbesondere im Vergleich mit Regionen wie Frankfurt und München, als (den) Industriestandort aus.

⁶⁵ Nach der ab 1995 geltenden Systematik soll das Reparaturgewerbe nicht mehr dem produzierenden Sektor sondern den Dienstleistungen zugeordnet werden.

⁶⁶ Im Kontrast dazu steht der Straßenfahrzeugbau im Kreis Böblingen/Sindelfingen, in dem sich das größte Montagewerk der Mercedes-Benz AG befindet. In diesem Landkreis betrug der Anteil der Beschäftigten, die Fertigungstätigkeiten ausübten 1993 noch 63,4%. Die Dominanz des Straßenfahrzeugbaus wirkte sich dabei natürlich auch auf die Gesamtsituation im Landkreis aus. Die Gesamtbeschäftigung wies 1993 mit 65,2% den geringsten sektorübergreifenden, funktionalen Tertiarisierungsgrad aller Kreise der Region aus, allerdings dicht gefolgt vom Kreis Göppingen, der es auf 66,1% brachte. Beide Landkreise hatten auch die geringste sektorale Tertiarisierung zu verzeichnen.

Die Region hat dennoch kein "Dienstleistungslag", wie dies bei sektoraler Betrachtungsweise erscheint, da ein nicht unerheblicher Teil der Dienstleistungen in den Unternehmen des produzierenden Sektors selbst erbracht werden und auch nach außen angeboten werden. Die Tertiarisierung in der Region Stuttgart ist industriell geprägt.

Dem überdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil des industriellen Sektors in der Region Stuttgart (und auch im Land Baden-Württemberg) entspricht in sektoraler Hinsicht der der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Somit spiegelt sich auf quantitativer Ebene wider, was inhaltlich augenfällig ist, die Abhängigkeit insbesondere dieses Dienstleistungsbereichs vom Sekundären Sektor. Daraus ergibt sich u.a., und hier hat insbesondere die wirtschaftspolitische Programmatik eine deutliche Veränderung erfahren, die Notwendigkeit einer Politik der zukunftsorientierten Bestandserhaltung. "Es heißt nun nicht mehr, wo viel Industrie ist, kann auch viel Industrie verloren gehen, sondern: Wo viel Industrie ist, kann sowohl viel Industrie als auch in unbekanntem Ausmaß Dienstleistung verloren gehen..." (Kunz 1992, S.13)

Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht allein aus der sektoralen Betrachtungsweise heraus evident. Sie ergibt sich nicht zuletzt aus einer funktionalen Betrachtungsweise, die die internen (intrasektoralen) Tertiarisierungsprozesse des produzierenden Sektors zur Kenntnis nimmt.

Das den produzierenden Sektor in der Region Stuttgart dominierende Verarbeitende Gewerbe, in dem sich von einem überdurchschnittlich hohen Niveau ausgehend die Investitionsgüterintensivierung fortsetzt, ist nur noch in wenigen Branchen und regionalen Teilräumen vorrangig durch Fertigungs- und Montage-tätigkeiten geprägt. Während die quantitative Bedeutung dieser Tätigkeiten zurückging, stieg die der Dienstleistungstätigkeiten innerhalb der Betriebe in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich an. Die begonnene Umsetzung neuer Rationalisierungskonzepte, die Globalisierung des Wettbewerbs und darauf bezogene Unternehmensstrategien könnten diesen Prozeß weiter vorantreiben. Allerdings sind auch gegenläufige Tendenzen vorstellbar, die zu einer gewissen Stabilisierung der bisherigen Relationen führen könnten⁶⁷.

⁶⁷ So sollen bekanntlich die fertigen und montierenden Tätigkeiten bei Gruppenarbeit z.B. um arbeitsvorbereitende und Kontrollaufgaben erweitert werden. Diese "Enttaylorisierung" führt ggf. nicht nur zu einem statistischen Erfassungs- bzw. Zuordnungsproblem, sondern möglicherweise eben auch zu einem Absinken des ausgewiesenen Anteils an Wartungstätigkeiten. Gleiches wäre möglich infolge der Integration von Instandhaltungstätigkeiten in die Fertigungs- und Montagearbeit sowie durch die Erosion der Meisterfunktionen im Zuge der Enthierarchisierung betrieblicher Abläufe.

Die funktionale Tertiarisierung bringt es aufgrund der Spezifik der entstehenden Dienstleistungstätigkeiten mit sich, daß diese in vermehrten Maße nach Außen verlagert werden können und es zum Teil bereits werden. Infrastrukturelle Maßnahmen, wie die zur Verfügungstellung sogenannter "Datenhighways", können diesen Prozeß vorantreiben, indem z.B. Teleheimarbeit ermöglicht wird. Dies könnte den Prozeß der sektoralen Tertiarisierung beschleunigen. Eine solchermaßen beschleunigte sektorale Tertiarisierung würde allerdings, insbesondere was den Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen anbetrifft, beschäftigungspolitisch eher einem Nullsummenspiel gleichen, jedoch mit möglicherweise deutlichen Nachteilen für die Beschäftigten.

Unabhängig von den technisch-organisatorisch und ökonomisch möglichen Bruchstellen und Grenzen der genannten Entwicklungen (vgl. Zinn 1993, S. 25 ff.) wird damit die Frage aufgeworfen, welche Perspektiven die auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Bewohner/innen der Region in diesem Prozeß haben.

Zunächst ist festzuhalten, daß mit dem Rückgang an Fertigungs- und Montage-tätigkeiten ein Rückgang der Arbeitsmöglichkeiten ungelerner Personen im industriellen Bereich verbunden ist (vgl. Kap. 4). Wird hier nicht rechtzeitig mit Qualifizierungsprogrammen begonnen, droht die Ausgrenzung dieses Teils der Arbeitnehmer - insbesondere von Frauen und Ausländer - aus dem industriellen Erwerbsprozeß. Die Notwendigkeit verstärkter Qualifizierungsanstrengungen ergibt sich allerdings auch aus der qualitativen Veränderung von Fertigungs- und Montageprozessen im Rahmen der Umsetzung von Gruppenarbeitskonzepten.

Allein die Qualifizierung für neue Tätigkeiten innerhalb des industriellen Arbeitsprozesses ist jedoch keine Garantie für eine dauerhafte Beschäftigung in demselben, ganz abgesehen von der rationalisierungsbedingten Verminderung des notwendigen Arbeitsvolumens bei stagnierenden oder gering expandierenden Märkten und zyklisch auftretender konjunktureller Krisen.

Das regional dominierende Cluster gerät zunehmend in die (Struktur-) Krise da sein "Hauptprodukt" - das Automobil - den Höhepunkt seines Lebenszykluses überschritten zu haben scheint. Damit stellt sich die Frage nach Alternativen, auch gegenüber den Unternehmenspolitiken, die ihr Heil in Focusierungs- und Globalisierungsstrategien bzw. Auslagerungen suchen (vgl. Iwer/Rehberg, 1995).

Die Politik eines zukunftsorientierten Bestandsschutzes stellt dagegen auf den Auf- und Ausbau neuer Produktion für sozial und ökologisch verträgliche und notwendige Produkte ab, auf die qualitative Weiterentwicklung bzw. Umwidmung des dominanten Clusters. Damit soll dem produktlebenszyklisch bedingten Schrumpfen der industriellen Arbeitsplätze begegnet werden, das angesichts der direkten und indirekten Abhängigkeit des Dienstleistungssektors auch dort, wenn auch zeitverzögert, zu Beschäftigungseinbrüchen führen muß. Für eine solche Politik, die bewußt Innovationen fördern muß, bietet die Region Stuttgart mit ihrem nach wie vor hohen Anteil von in Forschung und Entwicklung tätigen Beschäftigten gute Voraussetzungen. Allerdings sind auch hier Entwicklungen festzustellen, die auf eine Verschlankung dieser Bereiche und ihrer Konzentration auf das sogenannte Kerngeschäft hinauslaufen (vgl. Iwer/Rehberg, 5/1995).

Es kann also nicht darum gehen - unspezifisch allgemein - den Aufbau von Dienstleistungen zu fordern, damit der vermeintliche, weil sektorale Rückstand gegenüber anderen Regionen aufgeholt wird. Die Entwicklung des Banken- und Versicherungsbereichs in der Region Stuttgart zeigt gerade, daß ein Tertiärisierungstyp nicht kopierbar ist. Wer in der Region Stuttgart den Dienstleistungsbereich fördern will, muß nicht zuletzt den industriellen Sektor bei einer zukunftsorientierten Umgestaltung fördern, da hier ein großer Teil der Dienstleistungen erbracht wird.

Dies nicht zu tun, würde einer pauperisierenden Tertiärisierung und/oder einem allgemeinen Beschäftigungsabbau Vorschub leisten. Im letzteren Fall erfolgt er zunächst nur durch ein Sinken des Beschäftigtenanteils des produzierenden Sektors, ohne daß real zusätzliche Beschäftigung entsteht⁶⁸. Für einen qualitativen und damit quantitativen Ausbau des Dienstleistungssektors, z.B. in den Bereichen Kunst und Kultur, Bildungs- und Gesundheitswesen - also hochwertigen Dienstleistungen - der Fourastié's "Hoffnungen" entsprechen würde, bedarf es einer Veränderung der Verteilungsmechanismen, aber auch einer Erhaltung der wertschaffenden Bereiche. Die gegenwärtigen Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, daß die Tertiärisierungsprozesse zu einem "bad job growth" und zur Etablierung einer großen Masse "working poor" führen. Dies ist das Geheimnis des "Jobwunders" in den USA (vgl. Zinn 1994, S. 94).

⁶⁸ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß entgegen der Annahme von Fourastié sich auch Dienstleistungstätigkeiten rationalisieren lassen, die Produktivitätsentwicklung in diesem Sektor höher ist, als jener es erwartete.

Die qualitative und quantitative Ausweitung der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen, deren Anteil in der Region Stuttgart unterdurchschnittlich ist, hängt letztlich davon ab, daß die Masseneinkommen im Verlaufe des Strukturwandels nicht sinken. Auch hier stehen die Gewerkschaften sowohl auf der tariflichen Ebene, wie im Bereich der Regional- und Strukturpolitik bzw. der Industriepolitik in der Verantwortung.

4. Zukunftsaufgabe Qualifikation

Das seit mehreren Jahren in der Diskussion befindliche Thema der Qualifikationsbedarfsentwicklung hat auch in der Region seinen Platz und es wird deutlich, daß eine große Nachfrage an Vorhersagen über den zu erwartenden Qualifikationsbedarf entstanden ist. Staatliche und private Bildungsplanung, Kostenentwicklungen, künftige Anforderungen an Lehr- und Ausbildungspläne, Chancen und Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort, Möglichkeiten aber auch Gefahren für die Beschäftigten, um nur einige Aspekte zu nennen - zahlreiche Fragen, die im Zusammenhang mit dem sich wandelnden Qualifikationsbedarf beantwortet werden wollen. Der rasante ökonomische und gesellschaftliche Wandel, die zunehmende Globalisierung von Produktion und Märkten, strukturelle Veränderungen, die Erschließung neuer Techniken bis hin zu konjunkturellen und sozialen Wirkfaktoren, hier sind weitreichende Konsequenzen für den Qualifikationsbedarf zu erwarten, auf die es sich einzustellen gilt.

4.1. Allgemeine Prognosen für den Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf

Die Erstellung von Prognosen erfordert die Bereitschaft, sich auf unsicheres Terrain zu begeben, sie stehen und fallen mit den ihnen zugrundeliegenden - expliziten und impliziten - Annahmen, denn "...die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen verändern sich (...) kontinuierlich." (Tessaring 1/1994 S. 13). Der typischerweise steigende Bedarf an Zukunftsprognosen in Zeiten schnellen gesellschaftlichen Wandels (vgl. Bade 1991) kann folglich grundsätzlich nur mit Tendenzaussagen beantwortet werden, die unter gegebenen Umständen zu korrigieren sind.

Die derzeit aktuellsten Aussagen zu diesem Komplex liefern die IAB/PROGNOS-Projektionen (vgl. Tessaring 1/1994). Die im Frühjahr 1994 vorgenommene Aktualisierung der letzten Projektionen von 1989/91 treffen bezogen auf das Jahr 2010 Trendaussagen zur Qualifikationsbedarfs- und Arbeitskräftebedarfsentwicklung⁶⁹, die unter dem Blickwinkel der regionalen Entwicklung deutliche Anforderungen an verbesserte Qualifizierungsstrategien stellen.

⁶⁹ Grundlage sind die Mikrozensus-Ergebnisse. Interpretation unter dem Vorbehalt, daß langfristige Folgen der Wiedervereinigung und Rezession 1992/93 noch nicht einbezogen werden konnten und sich hieraus Änderungen ergeben können.

Für die Entwicklung des **Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs**, den die IAB/PROGNOS-Projektionen nach Tätigkeitsschwerpunkten differenzieren, zeichnen sich für die sog. Produktionstätigkeiten⁷⁰, die primären⁷¹ und die sekundären Dienstleistungen⁷² unterschiedliche Entwicklungen ab.

Produktionstätigkeiten

Der Bedarf an Produktionstätigkeiten geht erwartungsgemäß bis zum Jahr 2010 deutlich zurück; werden derzeit noch rd. 30% der Beschäftigten in diesem Bereich benötigt, sollen es künftig 28% und weniger werden. Betroffen vom Wegfall der ca. 1 - 1,2 Mio Arbeitsplätze wären nach IAB/PROGNOS insbesondere die Beschäftigten mit Tätigkeiten im Bereich Gewinnen und Herstellen. Für Tätigkeiten in den Bereichen Maschinen-/Anlagensteuerung und Reparatur erwarten die IAB/PROGNOS-Projektionen einen leichten Bedarfszuwachs.

Ferner steigt nach der Prognose der Bedarf an Beschäftigten mit beruflicher Aus- und Weiterbildung im Verhältnis zu den an- und ungelernten Beschäftigten massiv an. Der derzeitige Anteil von rd. 72% würde sich auf rd. 82% erhöhen.

Primäre Dienstleistungen

Für die Entwicklung im Bereich der primären Dienstleistungen prognostiziert die Studie eine tendenzielle Stagnation des Arbeitskräftebedarfs bei ca. 39%. Bezogen auf die Qualifikation ist innerhalb des Bereichs ein deutlicher Anstieg des Bedarfs an Beschäftigten mit beruflicher Aus- und Weiterbildung und von Hochschulabsolventen zu erwarten. Für erstere steigt demnach der Anteil von rd. 72% auf 77-80%, der Bedarf an Hochschulabsolventen würde von derzeit rd. 6% auf 9-11% ansteigen.

Sekundäre Dienstleistungen

Lediglich für den Arbeitskräftebedarf im Bereich der sekundären Dienstleistungen erwarten die Autoren der Untersuchung einen Zuwachs. Insbesondere durch eine erhöhte Nachfrage in Management- und Organisationstätigkeiten,

⁷⁰ Zu den sog. Produktionstätigkeiten zählen sämtliche Tätigkeiten im Bereich Gewinnen/Herstellen, Maschinen/Anlagen steuern und reparieren.

⁷¹ Mit dem Begriff der primären Dienstleistungen werden die Tätigkeiten zusammengefaßt, die eine Verlagerung des Produktionsweges nach vorne und hinten darstellen, den gesamtwirtschaftlichen Produktionsfluß aufrecht erhalten oder direkt in den Konsum fließen; hierzu gehören Handel/Verkauf, Bürotätigkeiten und allgemeine Dienstleistungen

⁷² Die sekundären Dienstleistungen sollen kurz gesagt zur Verbesserung der industriellen Produktion beitragen indem v.a. das "Humankapital" genutzt und gefördert wird; zu den Tätigkeiten zählen daher Forschung/Entwicklung, Organisation/Management, Sichern/Recht anwenden, Ausbilden/Beraten /Informieren).

aber auch durch verstärkten Bedarf an Bildungs- und Beratungsangeboten ist hier laut IAB/PROGNOS auf ca. 1,4 - 1,6 Mio neue Arbeitsplätze zu hoffen. Dabei stagniert der Anteil der Beschäftigten mit beruflicher Ausbildung bei rund 57-58%, während der Bedarf an Hochschulabsolventen um 5% steigt.

Zusammenfassend wird für die künftige Qualifikationsstruktur der Beschäftigten eine Strukturverschiebung prognostiziert, die deutlich zuungunsten der nicht- bzw. geringqualifizierten Personen ausfallen wird.

Bezogen auf die Entwicklung des absolut zu erwartenden Arbeitskräftebedarfs ist zu berücksichtigen, daß diese Prognosen die langfristigen Folgen des massiven Arbeitsplatzabbaus im Laufe der Rezession 1992/93 noch ebenso unberücksichtigt lassen wie die bisher ausstehende Erholung auf dem Arbeitsmarkt (vgl. hierzu Kap. 2.1 und 2.2). Zum anderen weisen die Autoren darauf hin, daß infolge der neuen Arbeitsorganisationsformen ein weit stärkerer Rückgang bzw. ein unterdurchschnittlicher Zuwachs des Bedarfs an Facharbeitern/innen durchaus möglich ist. Die Prognose des absolut zu erwartenden Arbeitskräftebedarfs für das Jahr 2010 kann unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen also durchaus negativer ausfallen.

Der zu erwartende **Qualifikationsbedarf** stellt sich tendenziell folgendermaßen dar:

- Der Bedarf an Beschäftigten **ohne abgeschlossene Berufsausbildung** geht deutlich zurück. IAB/PROGNOS spricht von einer Halbierung des Bedarfs an Beschäftigten ohne Ausbildung und der entsprechenden Arbeitsplätze für An- und Ungelernte bis zum Jahr 2010.
- Für Arbeitskräfte **mit beruflicher Ausbildung** stellt sich folgende Situation: Obwohl auf Kosten der An- und Ungelernten der Anteil der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung voraussichtlich zunehmen wird, ist insbesondere durch den zu erwartenden absoluten Rückgang an Arbeitsplätzen im Bereich der Produktionstätigkeiten und die Stagnation im Bereich der primären Dienstleistungen mit einer stärkeren Verdrängungskonkurrenz zu rechnen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Diskussion um den möglichen Facharbeitermangel durchaus differenziert zu betrachten.
- Die über eine Erstausbildung hinaus gehende **berufliche Fortbildung** an Fach-, Meister- und Technikerschulen gewinnt an Bedeutung; so werden

nach Analyse der Autoren künftig deutlich mehr Arbeitsplätze für diese Qualifikationsgruppe zur Verfügung stehen, für den Zeitraum 1991 und 2010 rechnen sie mit einer Anteilssteigerung von 8,4%. Dabei ist jedoch nicht auszuschließen, daß dieser Bedarf zunehmend von Fachhochschulabsolventen gedeckt wird, d.h. also auch hier droht ein Verdrängungswettbewerb.

- Für den Bedarf an Arbeitskräften mit **abgeschlossener Hochschulausbildung** wird ein überproportional steigender Bedarf prognostiziert. Während für Fachhochschulabgänger ein geringer Anstieg des Bedarfs erwartet wird, werden die Universitätsabsolventen in stärkerem Maße benötigt. Für sie ergibt sich ein Anteil von 11-12% gegenüber 1991, wo ihnen 8% der Arbeitsplätze für zur Verfügung standen.

Diese Tendenz, die zusammenfassend mit den Worten "sinkender Arbeitskräftebedarf bei steigenden Qualifikationsanforderungen" zu charakterisieren ist, läßt Schlüsse über die potentiellen Verlierer der Entwicklung zu und muß als Handlungsanforderung an alle Akteure verstanden werden.

Welche konkreten Veränderungen auf bestehende Berufsprofile zukommen, welche Berufe mit der rasanten technischen und wissenschaftlichen Entwicklung überflüssig werden oder aber neu entstehen, ist im Detail nicht vorherzusagen. Dennoch lassen sich bezüglich der allgemeinen Qualifikationsanforderungen prägende Tendenzen ausmachen. Insbesondere im Bereich der Produktionstätigkeiten erfordert die Einführung der Gruppenarbeit neben sog. 'sozialer Kompetenzen' von den Beschäftigten eine deutliche Erweiterung ihrer Fähigkeiten, es wird zunehmend fertigungsspezifisches Wissen benötigt. Der Fertigung und Montage vor- und nachgelagerte Tätigkeiten, selbständige Planung, Qualitätskontrolle usw. beenden die bislang vorhandene Trennung von Funktionen im Arbeitsprozeß und bringen 'job-rotation', 'job-enrichment' und 'job-enlargement' mit sich, mit dem Ziel das 'Humankapital' optimal zu nutzen. Neuerungen im Bereich der Datenverarbeitung werden weitreichende Veränderungen für die Tätigkeitsprofile der meisten Berufe mit sich bringen. Neben der Rationalisierung im Bereich der klassischen Dienstleistungen und dem ev. Neuentstehen von Berufsprofilen (Bsp. Informationsmanagement) erfordert der Umgang mit diesen neuen Techniken durch die Beschäftigten sowie eine optimale Informationsverarbeitung entsprechende Qualifikationen.

4.2. Region Stuttgart: Wandel in der Qualifikationsstruktur

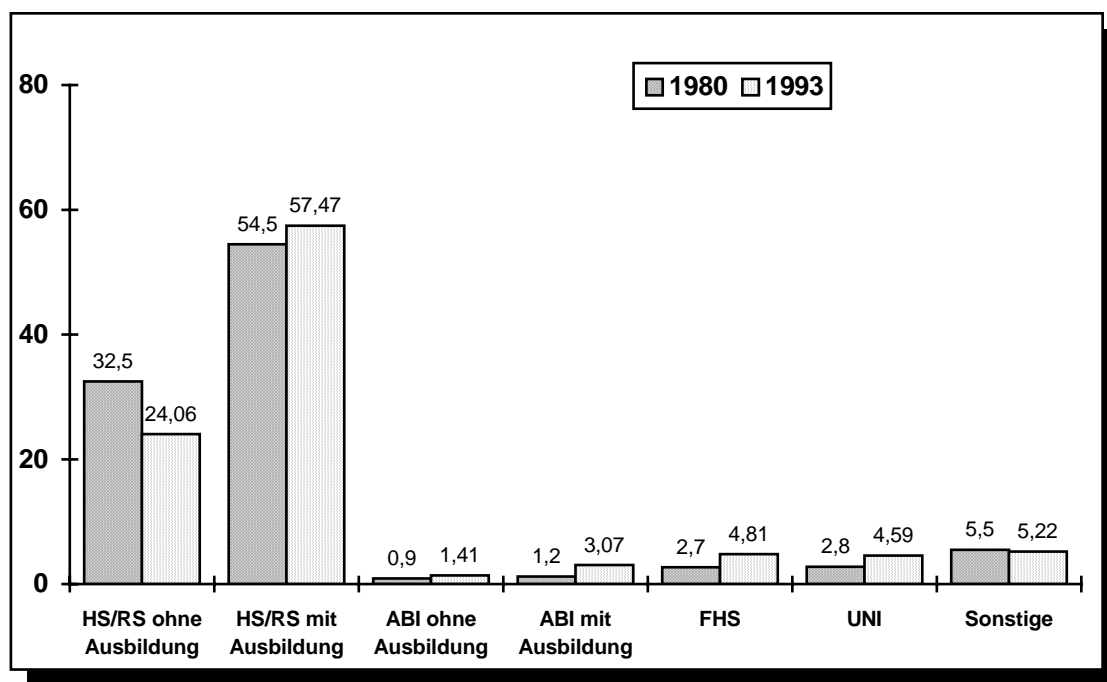
Für die Entwicklung des Qualifikationsbedarfs in der Region Stuttgart existieren keine aktuellen Prognosen, zuständige Stellen verweisen auf die IAB/PROGNOS-Projektionen.⁷³

Eine Betrachtung der Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region für den Zeitraum 1980 bis 1993 soll an dieser Stelle einen Eindruck vermitteln, welche wesentlichen Veränderungen es gab und u.a. Hinweise auf mögliche Gefährdungspotentiale geben.

Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Gruppe der Beschäftigten gelegt werden, die nicht über eine Berufsausbildung verfügen.

Anteilsveränderungen zugunsten Beschäftigter mit höherer Qualifikation

Die Veränderungen der gesamten Qualifikationsstruktur für den Zeitraum 1980 bis 1993 in der Region Stuttgart verdeutlicht das folgende Schaubild.⁷⁴



Veränderung der Qualifikationsstruktur in der Region Stuttgart 1980-1993⁷⁵

⁷³ Der im März 1991 veröffentlichte Bericht des Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg zum Thema "Qualifikationsbedarf 2000" stützte sich auf inzwischen weitgehend korrigierte Prognosen der PROGNOS AG, so wird hier u.a. noch mit einem enormen Arbeitskräftezuwachs für Baden-Württemberg gerechnet; in den allgemeinen Einschätzungen zur Qualifikationsbedarfsentwicklung gibt es in der Tendenz klare Überschneidungen.

⁷⁴ Vernachlässigt werden bei dieser Gliederung die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Baugewerbes sowie der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.

⁷⁵ HS: Hauptschulabschluß, RS: Realschulabschluß, ABI: Abitur, FHS: Fachhochschulabschluß; UNI: Universitätsabschluß. Unter der Rubrik "Sonstige" sind v.a. Beschäftigte aufgeführt, deren Qualifikation nicht bekannt ist, ferner Personen ohne Schulabschluß.

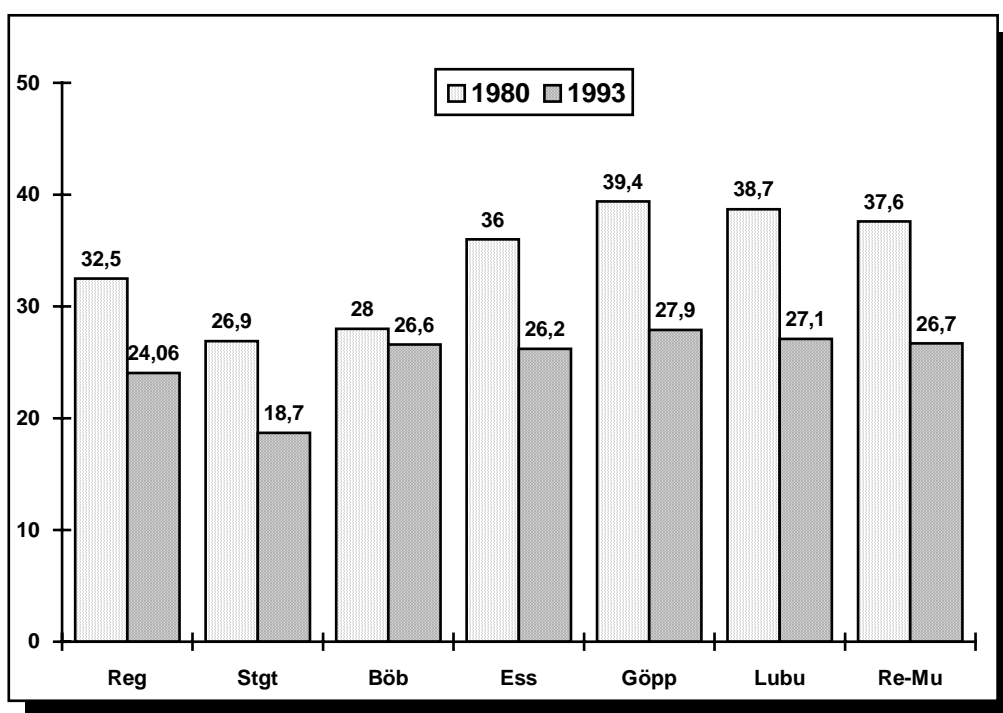
Der auch für die kommenden Jahre prognostizierte Trend zu steigenden Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten bestimmt bereits seit 1980 die Entwicklung. Dabei bilden die Beschäftigten mit Haupt- oder Realschulabschluß und beruflicher Ausbildung nach wie vor die Hauptgruppe, einen deutlichen Zuwachs erfuhren auch die Beschäftigten mit Fachhochschul- und Universitätsabschluß. Die überproportionale Steigerung der Beschäftigten, die nach dem Abitur eine Berufsausbildung absolvieren, unterstreicht die These, daß, wenn auch noch in geringen Zahlen, zunehmend Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen. Die eklatantesten Verschiebungen sind jedoch im Bereich der Beschäftigtengruppe zu verzeichnen, die über Haupt- oder Realschulabschluß, jedoch nicht über eine berufliche Ausbildung verfügen.

Ein Vergleich der Qualifikationsstruktur der Region mit der Bundesebene weist darauf hin, daß sowohl der Anteil der Beschäftigten ohne berufliche Ausbildung, als auch der Anteil mit hoher Qualifikation über dem Bundesschnitt liegen. Wurde für die Bundesrepublik im Jahr 1993 ein Anteil der Beschäftigten mit Haupt- und Realschulabschluß ohne berufliche Ausbildung von 21,6% festgestellt, lag die Region 2,5% darüber. Der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluß lag auf Bundesebene mit 6,4% zudem deutlich unter dem der Region Stuttgart mit 8,7%. Mit dieser Polarisierung zwischen wenig- und hochqualifizierten Beschäftigten stellt die Region Stuttgart eine Besonderheit dar. Den allgemeinen Prognosen folgend kann insbesondere der nach wie vor hohe Anteil niedrig Qualifizierter, insbesondere im Zusammenhang mit dem sich fortsetzenden Beschäftigungsabbau, zu weitreichenden Problemen führen.

Verlierer des Beschäftigungsabbaus: Beschäftigte ohne Berufsausbildung

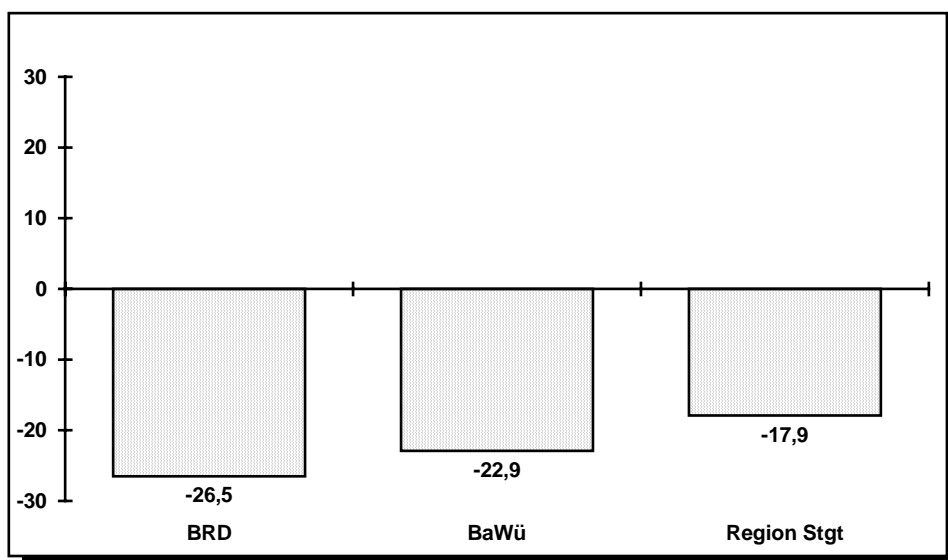
Vergleicht man für die beiden Jahre 1980 und 1993 die Veränderung des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ihren Beruf mit Hauptschul- oder Realschulabschluß, jedoch ohne Berufsausbildung ausüben, zeichnet sich folgende Entwicklung ab: Während dieser Anteil auf Bundesebene von 32,5% im Jahr 1980 auf 21,6% im Jahr 1993, in Baden-Württemberg von 36,1% 1980 auf 24,9% zurückging, gab es in der Region Stuttgart einen Rückgang dieses Anteils von 32,5% auf 24,1%. Damit hat die Region mit der Landesebene in der Entwicklung im wesentlichen gleichgezogen. Stellt man zuvor erläuterten Prognosen und die bundesweite Tendenz in Rechnung, wird sich der Trend "weg von der Beschäftigung Ungelernter" jedoch verstärkt weiter fortsetzen.

Innerhalb der Region Stuttgart verlief der genannte Prozeß unterschiedlich. Zunächst bleibt festzuhalten, daß der prozentuale Anteil der Beschäftigtengruppe mit Haupt- und Realschulabschluß ohne Berufsausbildung an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Kreisen der Region rückläufig ist. In Stuttgart sank der Anteil von 26,9% 1980 auf 18,7% 1993, in Böblingen von 28,0% auf 26,6%, in Esslingen von 36,0% auf 26,2%, in Göppingen von 39,4% auf 27,9%, in Ludwigsburg von 38,7% auf 27,1% und im Rems-Murr-Kreis schließlich von 37,6% auf 26,7%. Somit hatte der Kreis Göppingen im Jahr 1993 noch den größten Anteil an Beschäftigten dieser Personengruppe, während in Stuttgart der geringste Anteil verzeichnet wurde.



Region Stuttgart: Beschäftigte mit Haupt- oder Realschulabschluß ohne Berufsausbildung in %

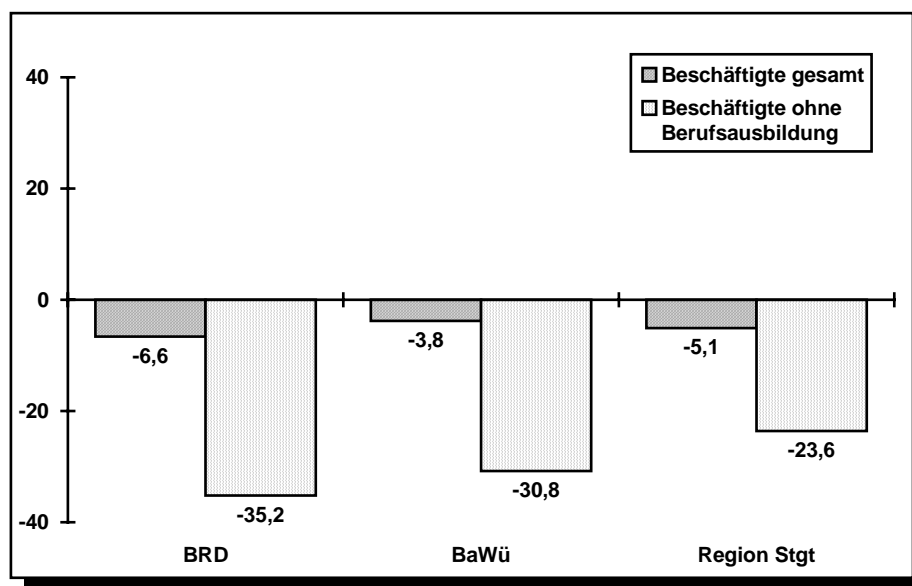
Zudem ist anzumerken, daß mit dem massiven Beschäftigungsabbau die absolute Zahl der Beschäftigten dieser Gruppe im Zeitraum 1980 bis 1993, mit Ausnahme des Kreises Böblingen, in der gesamten Region gesunken ist. Während der Rückgang auf Bundesebene 26,5% und auf Landesebene 22,9% betrug, ging die Anzahl der Beschäftigten dieser Gruppe in der gesamten Region um 17,9% zurück. Innerhalb der Region bildet Stuttgart mit -29,2% den Spitzenreiter, gefolgt von Göppingen mit -25,3%, Ludwigsburg mit -18,1%, Esslingen mit -17,6% und Rems-Murr mit -14,1%. In Böblingen hingegen wuchs in besagtem Zeitraum die Anzahl dieser Gruppe der Beschäftigten nochmal um 15,4%.



Prozentuale Entwicklung: Beschäftigte mit Haupt- oder Realschulabschluß ohne Berufsausbildung zwischen 1980 und 1993

Von dieser Entwicklung insbesondere betroffen war bundesweit das Verarbeitende Gewerbe. So traf der massive Beschäftigungsabbau in diesem Bereich die Beschäftigten ohne berufliche Ausbildung besonders stark.⁷⁶ Die Gegenüberstellung des prozentualen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe (Zeitraum 1980 bis 1993) auf der einen Seite mit der Entwicklung des prozentualen Rückgangs der Beschäftigten ohne Berufsausbildung auf der anderen Seite weist darauf hin, daß letztere Personengruppe (mit Ausnahme von Böblingen) eindeutig zu den Verlierern des Beschäftigungsabbaus gehörte und Anteile zugunsten höherqualifizierter Beschäftigter abtreten mußte.

⁷⁶ Diese Erscheinung korrespondiert mit der Aussage der Arbeitsämter, daß die Anzahl der Arbeits- und insbesondere Langzeitarbeitslosen v.a. in der Gruppe der An- und Ungelernten weiterhin zunimmt.



Prozentuale Entwicklung: Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 1980-1993

Abschließend bleibt festzuhalten, daß weitgehend auch dort, wo im Laufe dieses Zeitraums ein Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe stattfand, dies nicht zugunsten der Beschäftigten ohne Ausbildung ausfiel. Als Beispiel kann der Kreis Ludwigsburg herangezogen werden. Von 1980 bis 1993 wurde im Verarbeitenden Gewerbe eine Zunahme der Beschäftigten insgesamt von 1,1% konstatiert, gleichzeitig betrug der Rückgang der Beschäftigten ohne Ausbildung in diesem Bereich -27,6%.⁷⁷

Der vorgenommene Ausschnitt unterstreicht die zunehmende Bedeutung einer gründlichen Qualifizierung der Beschäftigten. Bezieht man zusätzlich die prognostizierte Gefährdung der in ihrem Beruf lediglich als angelernte Kräfte arbeitenden Personen ebenso ein wie die zunehmende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung, die eine berufliche Ausbildung zur Grundlage hat und betrachtet abschließend den sinkenden Arbeitskräftebedarf, kristallisiert sich eine gründliche Berufsausbildung als Mindestanforderung an die Beschäftigten von morgen heraus.

Künftige Untersuchungen werden sich zunehmend mit der aktuellen Entwicklung, insbesondere den langfristigen Auswirkungen der Krise sowie struktureller Veränderungen befassen müssen. Ebenso muß den Entwicklungstendenzen der einzelnen Branchen zunehmend Beachtung geschenkt werden.

⁷⁷ Die Sonderentwicklung im Kreis Böblingen muß v.a. im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre im Mercedes-Benz-Werk Sindelfingen gesehen werden, hier wurden Beschäftigte in den Bereichen Fertigung und Montage eingestellt.

4.3. Dringender Handlungsbedarf

Ein "Qualifikationsparadoxon" (vgl. Dobischat 1993), das den künftigen Arbeitsmarkt prägen wird, zeichnet sich deutlich ab. So garantiert Qualifizierung einerseits weder eine berufliche Karriere noch einen Arbeitsplatz, andererseits potenziert der Verzicht auf Qualifikation eindeutig das Risiko eines sozialen Abstiegs. Bezieht man die starke Selektivität in der beruflichen Weiterbildung in diese Zukunftsvision ein - so sind insbesondere an- und ungelernete Beschäftigte, ausländische Beschäftigte und Frauen aus entsprechenden Maßnahmen ausgeschlossen¹ - und verfolgt zudem die ungebrochene Tendenz zu weiterem Beschäftigungsabbau in der Region (vgl. Kap 2.2), wird der dringende Handlungsbedarf offensichtlich.

Aus Sicht der Beschäftigten und hier insbesondere im Interesse der potentiellen "Qualifizierungsverlierer" sind in erster Linie jene Maßnahmen dringend erforderlich, die das Qualifikationsniveau nicht selektiv, primär orientiert an kurzfristigen betrieblichen Anforderungen (z.B. Rationalisierungsmaßnahmen) heben; vielmehr sind Programme aufzulegen, die eine gründliche Aus- und Fortbildung aller Beschäftigten langfristig gewährleisten und gerade die Gruppe der "Gefährdeten" besonders berücksichtigt.

Die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt steht dieser Anforderung bisher entgegen. Der Lehrstellenrückgang der letzten Jahre, der insbesondere auch die Metall- und Elektroindustrie betraf, verursacht ein weiteres Problem. Insbesondere in den neuen Bundesländern klafft die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt weit auseinander; dort droht rund 100.000 Schulabgängern nach Aussage der Bundesanstalt für Arbeit der direkte Weg in die Arbeitslosigkeit. Die Tatsache, daß nur noch 10% der Betriebe überhaupt eine berufliche Ausbildung anbieten und in der Konkurrenz um den Ausbildungsplatz v.a. ausländische Jugendliche, aber auch Jugendliche mit Schulproblemen oder ohne entsprechenden Abschluß leer ausgehen⁷⁸, zeichnet vor, daß die Erscheinung der "Qualifizierungsverlierer" nicht auf die ältere Generation beschränkt bleiben würde. So hält der Berufsbildungsbericht 1994 für die Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Relation in Bezug auf Ausbildungsplätze für Baden-Württemberg im Zeitraum 1992 bis 1993 eine zunehmend negative Tendenz fest, der Rückgang an angebotenen Ausbildungsplätzen wird mit 13,9% beziffert, was 1993 einer absoluten Zahl von 14.497 abge-

⁷⁸ Vgl. Stuttgarter Zeitung, 29.5.95

bauten Ausbildungsplätzen entspricht (vgl. Berufsbildungsbericht 1994)⁷⁹. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 1994 weiter verschärft, so ging die Zahl der Ausbildungsplätze im Vergleich zu 1993 nochmals um 21,6% zurück (vgl. Landesarbeitsamt Baden-Württemberg 1994).

Ein Blick auf die Zahl der Auszubildenden in der Metallwirtschaft Baden-Württembergs verdeutlicht den Negativtrend der letzten Jahre.⁸⁰ Ausgehend von einer absoluten Zahl von 73.989 Auszubildenden in der baden-württembergischen Metallwirtschaft im Jahr 1980, wurde 1988 mit 80.205 Azubis ein Höchststand erreicht. Seitdem gingen die Zahlen stetig zurück und lagen im Juni 1994 mit 52.363 Auszubildenden deutlich unter dem Niveau von 1980. In der Region Stuttgart wurden 1980 in der Metallwirtschaft 18.491 Ausbildungsstellen gezählt, im vergangenen Jahr 1994 waren es 14.552.⁸¹

Nachdem in den ersten Monaten des laufenden Jahres nach Angabe der IG Metall ein leichter Aufwärtstrend registriert wurde, stellt sich inzwischen das Problem, daß sich Jugendliche infolge unsicherer Perspektiven und der Übernahmesituation in der Metallwirtschaft nicht mehr in gekanntem Maße auf diese Lehrstellen bewerben.⁸² Zudem stellen Betriebe im allgemeinen zunehmend höhere Anforderungen an die Bewerber und neigen nach Aussage des Landesarbeitsamtes dazu, Ausbildungsplätze eher nicht zu besetzen, als sie an Jugendliche mit mäßigem Abschluß oder sog. Problemgruppen zu vergeben. Bei Betrachtung der Qualifikationsstruktur der Ausbildungsplatzanwärter in Baden-Württemberg im Jahr 1994 - 30.509 besaßen einen Hauptschulabschluß, 31.373 einen mittleren Schulabschluß und 9.423 die allgemeine Hochschulreife - und einem Blick auf die zunehmende Zahl ausländischer Jugendlicher unter den Bewerbern, zeichnet sich das zunehmende mismatch zwischen Angebot und Nachfrage ab (vgl. ebenda).

Die Qualifizierungsthematik gewinnt unter den verschiedenen Gesichtspunkten an zunehmender Brisanz und erfordert umgehende und weitreichende Maßnahmen auf allen Ebenen. Krisenerfahrung und Beschäftigungsabbau, weitrei-

⁷⁹ Mit diesem Rückgang von 13,9% liegt Baden-Württemberg deutlich vor der Gesamtheit der alten Bundesländer mit einem Rückgang von 11,0% und dem gesamten Bundesgebiet von 9,1%.

⁸⁰ Quelle: Strukturdaten der IG-Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stand 20.6.95. Die Erfassung bezieht sich auf die Verwaltungsstellen des Landes und schließt damit nicht alle Auszubildenden der Metallwirtschaft ein.

⁸¹ Hier wurden die Daten für die IG Metallverwaltungsstellen Stuttgart, Ludwigsburg, Geislingen, Göppingen, Esslingen und Waiblingen berücksichtigt.

⁸² Mitteilung der IG Metallbezirksleitung, aktuelle Daten lagen noch nicht vor.

chende Umstrukturierungen, die Einstellung auf konjunkturelle Schwankungen und die langfristigen Perspektiven der Branche müßten Anlaß genug sein, gerade auch in der Metall- und Elektroindustrie hier vorausblickend aktiv zu werden. Im Interesse der Beschäftigten sind perspektivische Bedarfsplanungen, Angebote entsprechender Bildungsmaßnahmen, eine ausreichende Anzahl qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze, der besondere Schutz für Frauen, ausländische Kollegen und An- wie Ungelernte vor Arbeitslosigkeit usw. gefragt. Ergebnisse einer Umfrage des IMU-Instituts Stuttgart, die im Rahmen des ABI-Projekts in zahlreichen Metall- und Elektrobetrieben der Region durchgeführt wurde⁸³, wirken in diesem Zusammenhang jedoch bisher eher ernüchternd. So werden hier im wesentlichen die Kernaussagen einer bereits 1992 angestellten Tübinger Studie zum Themenkomplex "Weiterbildung in der Metallindustrie" (vgl. Bahn Müller u.a. 1992) noch 1995 für die Region Stuttgart bestätigt. Demnach findet eine perspektivische Qualifikationsbedarfsanalyse in den Unternehmen nur in den seltensten Fällen, eine langfristige Personalplanung und Entwicklung ebenfalls nur selten statt, für an- und ungelernete Beschäftigte existieren so gut wie keine Weiterbildungsmaßnahmen. Nach Angaben zahlreicher Betriebsräte aus der Region hat sich bis heute kaum etwas an der Situation einer konsequenten Nichteinhaltung der im Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag der Metallindustrie Nord Württemberg/Nord Baden festgeschriebenen Qualifizierungsbestimmungen⁸⁴ geändert.

⁸³ Die Umfrage wurde in einer Auswahl verschiedenster Metall- und Elektrobetriebe der Region durchgeführt und beinhaltete die wichtigsten Betriebe, die von den Verwaltungsstellen der IGM in der Region betreut werden. Obwohl keine Repräsentativität garantiert werden kann, stimmen die wesentlichen Ergebnisse mit anderen, repräsentativen Studien und praktischen Erfahrungen aus der betrieblichen Beratungsarbeit überein.

⁸⁴ In §3 des LGRTV von 1988 ist u.a. festgelegt, daß der Arbeitgeber den Qualifikationsbedarf zu ermitteln, diesen Bedarf und mögliche Maßnahmen einmal jährlich mit dem Betriebsrat zu beraten hat, wobei sich die Bildungsmaßnahmen eindeutig nicht ausschließlich auf den ständig notwendigen Anpassungsprozeß der Qualifikation der Beschäftigten beziehen, sondern perspektivisch orientiert sein soll.

Ergebnisse einer Befragung von Betriebsräten aus Metallbetrieben der Region Stuttgart

1. Zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten ihres Betriebs konnten

62 % der Befragten keine Angaben machen,
28% nur sehr grobe Angaben machen,
10% detailliert Auskunft geben.

2. Nach Angabe der Befragten findet in eine Qualifikationsbedarfsermittlung

in 59% der Fälle nicht statt,
in 27% der Fälle unregelmäßig statt,
in 14% der Fälle regelmäßig statt.

3. Nach Angabe der Befragten wird ein Qualifizierungsplan

in 52% der Fälle nicht erstellt,
in 24% der Fälle unregelmäßig erstellt,
in 17% der Fälle regelmäßig erstellt.
(7% der Befragten ist nichts darüber bekannt)

4. Über die Teilnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen für die Jahre 1993 und 1994 können

46% der Befragten keine Angaben machen,
21% nur sehr grobe Angaben machen,
25% detailliert Auskunft geben.
(In 7% der Fälle fanden keine Weiterbildungsmaßnahmen statt.)

5. Weiterbildungsmaßnahmen für an- und/oder ungelernte Beschäftigte

gab/gibt es nicht in 75% der Fälle
gab/gibt es oder sind geplant in 25% der Fälle

Die Ergebnisse weisen neben den offensichtlichen Mängeln in der Personal-, Bildungs- und Weiterbildungsplanung zahlreicher Unternehmen darauf hin, daß die Bedeutung der Thematik auch von den Arbeitnehmervertretern bisher ungenügend erkannt ist. Dem von Bahnmüller u.a. konstatierten ursächlichen Ressourcenmangel - fehlende Zeit und mangelnde Qualifizierung - auf Seiten der Betriebsräte sollte mit Qualifizierungsangeboten, Beratung und einem Er-

fahrungsaustausch begegnet werden, der Anregungen und Hilfestellung gibt aktiv in Fragen der Bildung- und Weiterbildung einzugreifen und aus Beschäftigtensicht eigene Anforderungen zu formulieren sowie Durchsetzungsstrategien zu erarbeiten. Die Ergebnisse der o.g. Studie (vgl. Bahnmüller u.a. 1992) bestätigen, daß dort, wo Betriebsräte sich dieser Sache annahmen, ihnen eindeutig die Rolle des "positiven Trendverstärkers" zukam. Die Einrichtung eines Qualifizierungsnetzwerks in der Region Stuttgart wird die Aufgabe haben, hierzu Erfahrungen zu sammeln, um entsprechende Grundlagen für die Qualifizierung von Betriebsräten zu erarbeiten.

Mit dem Hinweis auf das Qualifikationsparadoxon und entgegen der populären Meinung, Qualifizierung als Patentrezept zu Lösung sämtlicher Probleme des künftigen Arbeitsmarktes, wie dem sinkenden Arbeitskräftebedarfs, sinnvoller Verteilung der Arbeit etc. zu begreifen bleibt festzuhalten, daß Maßnahmen zur gründlichen und langfristig ausgerichteten Qualifizierung durchgesetzt sein wollen und nur im Zusammenspiel mit anderen Faktoren tatsächlich wirksam greifen können.

Die Forderung nach einer aktiven und verantwortungsvollen Qualifizierungspolitik stellt sich vor dem Hintergrund des technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wandels an alle Akteure:

- Mindestanforderung an den Beschäftigten des Arbeitsmarkts von morgen ist eine gründliche Berufsausbildung. Eine ausreichende Zahl qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze sowie besondere Programme zur Qualifizierung An- und Ungelernter sind ebenso notwendig wie die qualifizierte Schulbildung und das breite Angebot beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen. Die Debatte um einen freieren Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten für Beschäftigte ohne allgemeine Hochschulreife jedoch mit Berufserfahrung und dem Wissensvorsprung aus der Praxis wäre in diesem Zusammenhang erneut aufzugreifen, ebenso wie die ausreichende finanzielle Unterstützung. Die aktuelle BaföG-Debatte muß auch unter diesem Blickwinkel kritisch geführt werden.
- Im Gegensatz zu kurzfristig angelegten betriebswirtschaftlichen Planungen sind perspektivische Qualifikationsmaßnahmen anzustreben, unter besonderer Berücksichtigung der möglichen Qualifizierungsverlierer.

- Die Formulierung neuer Leitbilder und Maßstäbe in Sachen Qualifizierung, in Auseinandersetzung mit der Erschließung neuer Felder (z.B. Multimedia), das Aufspüren möglicher Risiken unter kritischer Einbeziehung der vorhandenen Prognosen ist von Bedeutung, um die Entwicklung aktiv mitzugestalten. Aus Sicht der Beschäftigten und ihrer Vertreter heißt das u.a. Qualifizierungspolitik mehr und mehr zur eigenen Sache zu machen, hier konkrete Ziele und Anforderungen zu entwickeln und die Umsetzung in der betrieblichen wie überbetrieblichen Arbeit zu organisieren.

5. Beschäftigungspolitik als Gestaltungsaufgabe

Unter der Überschrift "Überbeschäftigung in Stuttgart im Jahre 2000" schrieb die Süddeutsche Zeitung am 27.8.1988: "Nach 1995 werden sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen, im Jahre 2000 wird es rund 28.000 nicht besetzbare Stellen geben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Prognose der IHK Mittlerer Neckar. (...) Dagegen werden, so die Prognose, im Dienstleistungsbereich zwischen 47.000 und 65.000 neue Arbeitsplätze entstehen.(...) Die Ausweitung der Perspektive auf die gesamte Wirtschaft zeige jedoch, daß sie keine 'Problemregion der 90er Jahre' werde, wie die vor kurzem veröffentlichte IG-Metall-Studie dies vorhersagt".

In diesem Zitat manifestiert sich ein tiefgreifendes Mißverständnis, welches dennoch in der Lage war, die politische Rezeption und die angewandten Instrumentarien tiefgreifend zu beeinflussen: die Vorstellung, daß sich eine Strukturkrise - ähnlich wie eine konjunkturelle Krise - kurzfristig entwickelt, sich dementsprechend aber auch wieder entspannt. Strukturprobleme entwickeln sich sehr langsam, insbesondere wenn die dominierenden Wirtschaftsakteure von der bestehenden Struktur profitieren können. Erst wenn sich allmählich die Rahmenbedingungen verändern - etwa durch nachlassende technische Spezifikation, veränderte Wettbewerbsbedingungen oder Wandel der Kundenpräferenzen - werden aus stabilisierenden Agglomerationseffekten strukturelle Krisenpotentiale. Es ist aber eine äußerst schematische Sichtweise zu glauben, daß sich der historisch und statistisch beschreibbare Prozeß der 'Tertiarisierung' umstandslos in der Form durchsetzt, daß sich die regionalen Standortvorteile des industriellen Sektors - wie etwa die hohe Erwerbsbeteiligung, das Know-how oder die überbetrieblichen Kooperationsmuster⁸⁵ - in leicht veränderter Form nach wie vor wiederfinden.

Die in diesem Bericht dargestellten Tendenzen der regionalen Beschäftigungs- und Unternehmensentwicklung relativieren diese optimistische und schematische Sichtweise. Insbesondere sind folgende Aspekte zu nennen:

- **'jobless growth'**: Die konjunkturelle Erholung im industriellen Sektor geht vollständig an der Beschäftigungsentwicklung vorbei. Die Schlüsselbranchen

⁸⁵ Vergleiche hierzu ausführlicher die Arbeiten der Autoren zum Thema Cluster und regionale Entwicklung, insbesondere den Abschlußbericht zum Projekt 'Betriebspolitik und ökologischer Umbau' (Iwer Rehberg 5/1995).

der Region werden auch bei einer stabilen Konjunktur unter Beschäftigungsaspekten dauerhaft 'Schrumpungsbranchen' bleiben.

- **Kostenführerschaft:** Die Sicherung der eigenen Position durch 'Leistungsführerschaft' wird durch den wachsenden Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten sowie durch rasche technologische Veränderungen erschwert. Dies verändert die strategische Ausrichtung der Unternehmen, das 'Kostenmanagement' wird zur zentralen Größe, was zumal in der Krise als einfache Lösung erscheint.
- **Internationalisierung:** Neben die strategische Neupositionierung in den großen Teilmärkten der Triade, welche bislang eindeutig dominierte (vgl. Kapitel 2), tritt zunehmend auch eine räumliche Neuausrichtung in (Ost-) Europa, die sich an den Vorgaben dieses Kostenmanagements orientiert.
- **Veränderung in der industriellen Arbeitsorganisation:** insbesondere in den fertigungsintensiven Bereichen wird mit Vehemenz die Umsetzung von Rationalisierungspotentialen vorangetrieben. Die Einführung neuer arbeitsorganisatorischer Konzepte steht dabei immer noch im Zentrum, auch weil hier ein Ansatz dominiert, der vordergründig zu einer Verringerung der Kapitalbindung führt. Nach anfänglich großen Hoffnungen in den emanzipativen Charakter von Seiten der Beschäftigten und der Gewerkschaften ist jedoch inzwischen eine erhebliche Ernüchterung festzustellen. Hierzu tragen nicht zuletzt Beispiele wie Porsche oder die Erfahrung von verdichteten Arbeitsprozessen wie in den Mercedes-Benz-Werken bei.
- **'Industrieller Tertiarisierungstyp':** Es wurde gezeigt (vgl. Kapitel 3), daß der Trend zur Dienstleistung sich auch in der Region Stuttgart dynamisch vollzieht, aber in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung der industriellen Basis steht. Anders gesagt, die Region Stuttgart hat keine Perspektive als Banken- oder Versicherungsplatz, auch der Bereich der konsumorientierten privaten Dienstleistungen bietet sich nicht als Ausweg an, wohl aber eine Ausrichtung als Zentrum einer ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft.
- **Qualifikation:** Auch hier wurde gezeigt, daß in der Region Stuttgart eine stark polarisierte Qualifikationsstruktur vorzufinden ist (vgl. Kapitel 4), welche in den nächsten Jahren unter erheblichen strukturellen Anpassungsdruck geraten wird.

- **Know-how-Verlust:** Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Fokussierung der Unternehmen auf ein Kerngeschäftsfeld bei gleichzeitiger Verringerung der Fertigungstiefe, der Erhöhung des Fremdbezuges und der Durchsetzung 'schlanker Strukturen', auch im F&E-Bereich, schwinden zunehmend die Potentiale, welche für eine Umorientierung auf neue, umweltverträgliche Produkte und Verfahren notwendig wären.

All diese Entwicklungen verweisen darauf, daß der 'Strukturwandel' in der Region Stuttgart keine kurzfristige Erschütterung darstellt, sondern mit enormen sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Risiken und Unwägbarkeiten einhergeht. Zugleich bietet er für alle Akteure in der Region - Politik, Unternehmen, Wissenschaft, Gewerkschaften - Gestaltungsspielräume, welche allerdings jeweils erkannt, ausgeschöpft und nach Möglichkeit aufeinander abgestimmt werden sollten. In Richtung einer arbeitsorientierten und umweltverträglichen Gestaltung des regionalen Strukturwandels argumentieren die jährlichen Strukturreporte des IMU-Institutes. Mittlerweile sind hier auch erste Ergebnisse und Konsequenzen erkennbar, die im folgenden kurz skizziert und diskutiert werden sollen.

5.1. Gesellschaftspolitische Aufgaben für Beschäftigungspolitik

Zunächst aber soll noch einmal darauf verwiesen werden, daß die Sicherung von Beschäftigung sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht als alleinige regionale Aufgabe mißverstanden werden darf. Die Beschäftigungslücke von über 6 Millionen in der Bundesrepublik ist weder auf Landes- bzw. Regionsebene noch durch Tarifpolitik zu schließen. Es kristallisieren sich sowohl in der politischen wie wissenschaftlichen Diskussion zunehmend zwei grundlegende Alternativkonzeptionen von Gesellschaft-, Wirtschafts- und Industriepolitik heraus:

- Entweder wird der Politik vorrangig die Aufgabe zur kurzfristigen Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit 'der Bundesrepublik' zugewiesen. Die Protagonisten dieser Konzeption setzen dabei auf Faktorkostensenkung, beschleunigte Internationalisierung, Deregulierung und eine Industriepolitik, die die notwendigen technisch-wissenschaftlichen Ressourcen einem im Grunde spontan ablaufenden und durch den Weltmarkt gesteuerten Innovationsprozeß zur Verfügung stellt. Diese Konzeption, die sich sehr stark an betriebswirtschaftliche Restrukturierungsmaßnahmen anlehnt, nimmt dabei einen weiteren gesellschaftlichen - auch in den alten Bundesländern -

Deindustrialisierungsprozeß sowie eine stärkere Konkurrenz von Regionen bewußt oder unbewußt in Kauf und zielt auf eine sozial polarisierte Dienstleistungsgesellschaft mit wenigen gutbezahlten, anregenden und qualifizierten Job's auf der einen und einer Vielzahl an sozial nicht abgesicherten, niedrig qualifizierten Einfach- und Billiglohntätigkeiten auf der anderen Seite.

- Oder es wird im Sinne eines gesellschaftlichen Reformprojekts auf eine gezielte Bündelung aller Akteure und Teilkonzepte gesetzt. Diese zielen in der internationalen Arbeitsteilung auf Kooperation statt Konkurrenz sowie auf eine Technologieentwicklung, welche durch die gesellschaftlichen Bedürfnisse gesteuert wird, auf eine Beschäftigungspolitik, welche die sozialen Folgen des Strukturwandels mildert und steuert, sowie einen Innovationsprozeß bei Produkten und Produktionsverfahren, welcher über Qualifikation und Partizipation die "human resources" mit den "human interests" optimal kombiniert. Diese Konzeption zielt auf die Sicherung und Stabilisierung eines produktiven Kerns der nationalen Wirtschaft und auf eine möglichst ausgewogene internationale und regionale Entwicklung. Eine solche Reformalternative zielt nicht auf kurzfristige Kostenführerschaft, sondern die Sicherung eines ökologisch verträglichen Wohlstands in einer kleiner werdenden Welt und damit auf die Zukunftsfähigkeit der Zivilisation (vgl. ausführlicher: Grammel Iwer 1994).

Insbesondere die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1995) verweist in ihren jährlich erscheinenden Memoranden regelmäßig auf konkrete Handlungsoptionen, die den gesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung stehen, die finanzierbar und damit umsetzbar sind, und zugleich Schritte in Richtung einer solchen Reformalternative darstellen. Genannt werden hier vor allem folgende Maßnahmen:

- a. eine Stärkung der privaten Verbrauchsnachfrage durch eine entsprechend ausgelegte Tarifpolitik sowie eine stärkere steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen;
- b. eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten ohne gleichzeitige Senkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage;
- c. ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in Höhe von 100 Mrd. DM jährlich mit Schwerpunkten in den Feldern Wohnungsbau, ökologischer Umbau des

Verkehrssektors sowie Ausweitung des öffentlichen Dienstleistungsangebots;

- d. ein beschäftigungs- und industriepolitisches Sonderprogramm für die neuen Bundesländer in Höhe von 20 Mrd. DM sowie
- e. eine finanzielle und programmatische Ausweitung der Arbeitsmarktpolitik um mindestens 10 Mrd. DM jährlich.

Die Bündelung dieser Maßnahmen würde nach Ansicht der Autoren einen Arbeitsplatzeffekt von 1 bis 1,5 Millionen Beschäftigten haben und damit geeignet sein, die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in etwa zu halbieren. Daneben wird insbesondere darauf verwiesen, daß trotz der angespannten Haushaltssituation durchaus Finanzierungsmöglichkeiten für ein solches Programm gegeben sind. Neben der Einführung einer Ergänzungs- oder Arbeitsmarktabgabe werden hier genannt:

- die Auflage einer *Anleihe mit Zeichnungspflicht* für Banken, Bausparkassen, Investmentfonds und Versicherungen mit einer Minimalverzinsung in Höhe der Inflationsrate;
- die Möglichkeit einer *Abgabe auf das Geldvermögen* bezogen auf einen in der Vergangenheit liegenden Stichtag;
- die schrittweise *Angleichung der Einheits- an die Verkehrswerte* bei der Steuerbemessung von Grund und Boden;

Diese Instrumente, mit denen nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik jährlich ein Aufkommen von jährlich ca. 100 Mrd. DM zu realisieren wäre (vgl. ebenda S. 227), hätten darüber hinaus den Vorteil, neben der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit volkswirtschaftlich im Bereich der strukturellen Probleme entschärfend zu wirken.

5.2. Wirtschaftsförderung und Industriepolitik

Es ist in verschiedenen Veröffentlichungen darauf verwiesen worden, daß sich über die Beschäftigungskrise hinaus tendenziell auch eine Innovationskrise etabliert. Zwar bleibt in der Region Stuttgart - zumindest auf mittlere Sicht - die Innovationsfähigkeit innerhalb des dominanten Clusters Fahrzeugbau erhalten. Dies gilt allerdings nicht in gleichem Umfang für die Fähigkeit und Bereitschaft

der Konzerne, in andere Technologien, Produkte und Märkte zu diversifizieren. Es dominiert eine Strategie, in der Stammregion Stuttgart die Betriebe zu 'sanieren' und zu 'effektivieren', während neue Produktionszweige - wenn überhaupt - an Standorten außerhalb der Region angesiedelt werden. Dies erhält dadurch Unterstützung, daß die Voraussetzungen entsprechend der räumlichen Arbeitsteilung in diesen Regionen möglicherweise 'günstiger' sind. So verfügt die Region Stuttgart wohl kaum über Spezialisierungsvorteile in der Luft- und Raumfahrt oder im Banken- und Versicherungswesen. Zwar sind grundlegende Potentiale vorhanden, ein solches Szenario zu durchbrechen. Zu nennen sind hier insbesondere die Bereiche Umwelttechnik, PKW-übergreifende Verkehrstechnologien, Telekommunikation sowie auf diese Bereiche bezogene Investitionsgüter.

Allerdings sind die Unternehmen - auch unter Anrechnung der dominanten Strategiemuster - aus sich heraus häufig nicht in der Lage, diese Potentiale zum Tragen zu bringen. Nicht zuletzt liegt dies darin begründet, daß diese Potentiale auf Märkte verweisen, welche öffentlichen Charakter tragen respektive in denen nicht spontan Nachfrage entsteht. Es bedarf daher spezifischer politischer Maßnahmen zur Initiierung, Förderung und Stabilisierung entsprechender Ansätze und Märkte. Ihre Konkretisierung und Mobilisierung erfordert neben finanziellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen⁸⁶ jedoch eine enge Koppelung von Initiativen, die auf betrieblicher wie auf regionaler Ebene ansetzen. Es bedarf einer dezidiert regional ausgerichteten Industriepolitik, der Etablierung entsprechender Strukturen sowie einer hieran ausgerichteten Förderpolitik. In diesem Kontext wird vom IMU-Institut schon seit längerem für die Einrichtung einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft plädiert, welche in der Lage ist, diese Funktion auszufüllen.

5.2.1. Gründung nach (zu) langer Vorbereitung

Mitte Juni 1995 hat die Regionalversammlung nach über dreijähriger Vorbereitungszeit⁸⁷ die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Stuttgart (WRS) beschlossen. Hierin manifestiert sich - wie ungesichert das auch

⁸⁶ Zu nennen wären hier etwa eine ökologische Steuerreform, verkehrspolitische Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs oder Auflagen zur Senkung der Emissionen im Produktionsprozeß.

⁸⁷ Bereits die vorbereitende Regionalversammlung, welche sich zwischen 1992 und 1993 mit einer Bestandsaufnahme und Vorschlägen zur regionalen Neuordnung beschäftigte, hatte die Gründung einer solchen Gesellschaft vorgeschlagen. In der Folge wurde bei der Arthur Andersen Management-Beratung ein entsprechendes Gutachten zu Aufgabenstellung und Organisationsform in Auftrag gegeben. Seit Mitte 1993 liegen diese Vorschläge vor, dennoch hat die Gründung dieser Gesellschaft noch zwei Jahre in Anspruch genommen.

immer sein mag - doch der politische Wille der überwiegenden Anzahl der regionalen Akteure, sich des Problems der Wirtschaftsentwicklung und auch des sektoralen Strukturwandels auf einer die kommunalen und Kreisgrenzen überschreitenden Ebene anzunehmen.

Die WRS ist als GmbH organisiert. An ihr sind neben dem Verband Region Stuttgart, der in Ausfüllung seiner gesetzlichen Pflichtaufgaben 51% des Stammkapitals hält, ein kommunaler Pool (Landkreise, Städte, Gemeinden), die SüdwestLB, die Landesentwicklungsgesellschaft, die Handwerkskammer, das RKW, die IHK, der Landesbauernverband und - stellvertretend für die Gewerkschaften - die IG Metall beteiligt. Als eigentliches Entscheidungsgremium ist der Aufsichtsrat anzusehen. Er hat 13 Mitglieder, von denen 7 vom Regionalverband gestellt werden, 2 kommen vom 'kommunalen Pool' und jeweils einer von der LEG, der IHK, der Handwerkskammer und der IG Metall. Diese Struktur schafft grundsätzlich die Voraussetzung dafür, daß die WRS eine Funktion als regionaler 'runder Tisch' in Sachen Wirtschafts- und Strukturentwicklung wahrnehmen kann, so wie es ursprünglich auch von Arthur Andersen (1993) angedacht war. Allerdings zeigen die Auseinandersetzungen im Vorfeld der WRS-Gründung, daß die gewählte Zusammensetzung nicht von Allen geliebt, sondern vielmehr nicht weiter zu verhindern war.

So wurde bis zuletzt die Frage aufgeworfen, ob in den Gremien der WRS das Gewicht der kommunalen Seite zu Lasten der Gewerkschaften erhöht werden soll. Hierbei ging es den Beteiligten nicht nur um die Aufrechterhaltung des alten "selektiven Korporatismus" Späth'scher Prägung, sondern auch grundsätzlich um das Selbstverständnis der WRS. In ähnlicher Richtung muß der Versuch gewertet werden, im Aufsichtsrat allen Fraktionen der Regionalversammlung sowie den Kommunen Stimmrecht zu geben. Zwar sind beide Versuche letztlich gescheitert, sie dokumentieren aber einen nach wie vor labilen politischen Hintergrund.

5.2.2. Aufgabenstellung nach wie vor nicht präzisiert

Ähnlich ambivalent wie die Strukturierung der WRS stellt sich bislang ihre Aufgabenstellung dar. Positiv ist hier zu vermerken, daß sowohl in den Gründungsdokumenten wie auch in den Vorlaufdiskussionen festgelegt wurde, daß die WRS, über die Basisfunktionen des "regionalen Flächenmarketings" und der "Betreuung ansiedlungswilliger Unternehmen" hinaus, Aufgaben in der Betreuung des vorhandenen Unternehmensbestandes bis hin zu seiner Entwicklungsplanung wahrzunehmen hat. Die WRS soll in diesem Zusammenhang zur

Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der Region beitragen und hierzu auch neue Formen der Wirtschaftsförderung entwickeln.

Allerdings war diese Festlegung bis zuletzt umstritten. Insbesondere die IHK vertritt die Ansicht, daß solche Tätigkeiten in ihre ureigenste Zuständigkeit fallen und darüberhinaus eine ordnungspolitisch schädliche Dimension regionaler Strukturpolitik eröffnen. Zwar konnte sie sich damit nicht durchsetzen, gleichwohl aber erreichen, daß die "Sicherung der Beschäftigung" zu keinem Zeitpunkt als eine gleichwertige Zielstellung für die WRS ernsthaft diskutierbar war. Im Vorschlag von Arthur Andersen hieß es bereits 1993 zur Frage der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der WRS:

- "Die Region Stuttgart sollte die bestehende Abhängigkeit von der Automobilindustrie verringern, indem die Ansiedlung von zukunftsorientierten Industrien forciert wird.
- Die Region Stuttgart sollte systematische Entwicklungen innovativer, neuer Unternehmen und die Ausweitung von Dienstleistungen fördern.
- Die Region Stuttgart sollte den Technologietransfer insbesondere zwischen den Unternehmen initiieren und anregen.
- Die Region Stuttgart sollte die Kommunikation nach innen, d.h. zwischen den Unternehmen (Konferenzen, Erfahrungsaustausch, branchenübergreifende Initiativen) durch direkte Ansprache koordinieren, um vorhandene Synergiepotentiale nutzbar zu machen".

Eine solche aktive und strukturpolitische Ausrichtung der WRS ist auf Basis der jetzt beschlossenen Aufgabenstellung zwar nicht ausgeschlossen, die Formulierung und Konkretisierung solcher Aufgaben ist jedoch quasi an den Aufsichtsrat delegiert.

Vieles spricht dafür, daß derartige Unsicherheiten nicht zuletzt darauf beruhen, daß es bis heute nicht zu einer vereinheitlichten Sicht über Ursachen und Folgen der Strukturkrise und über zukünftige Entwicklungspotentiale und -chancen gekommen ist. Von daher ist es nicht verwunderlich, wenn etwa der Stuttgarter Wirtschaftsförderer Häfele die Aufgabe der WRS besonders darin sieht, "Tätigkeiten für Kommunen zu übernehmen, die keine eigene Wirtschaftsförderung haben" (Stuttgarter Zeitung 13.06.95), und dies maßgeblich mit den beschränkten Kompetenzen auf regionaler Ebene beim Zugriff etwa auf Gelände begründet. Dies mag aus Sicht der traditionellen Wirtschaftsförderung durchaus so zu sehen sein, an den eigentlichen Herausforderungen des regionalen Strukturwandels geht eine solche Sichtweise jedoch weit vorbei.

Allerdings ist Häfele dahingehend zuzustimmen, daß die WRS sich erst dann erfolgversprechend strukturpolitischen Aufgaben stellen kann, wenn sie bzw. der Verband Region Stuttgart über entsprechende Durchsetzungsinstrumente verfügt. Konzipiert als rein angebotsorientierter Ansatz, ohne Ergänzung um entsprechende finanzielle Ressourcen - etwa zur Initiierung oder Durchführung von Pilotprojekten - und ohne ordnungspolitische und planerische Unterstützung, bleibt die Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung auf Dauer gering.

Von daher kann folgendes Negativszenario nicht ausgeschlossen werden: die WRS wird aufgrund mangelnder Kompetenzen und einer stark eingeeengten Funktionsbestimmung auf die Rolle eines Dienstleisters für kleine Kommunen reduziert. Gleichzeitig sind die regionalen Entwicklungsressourcen durch die beiden Großprojekte "Stuttgart 21" und "Messeneubau" auf Jahre hinaus gebunden. Diese konzentrieren sich typischerweise auf den tertiären Sektor, ohne erkennbare Impulse zur Stabilisierung der regionalen Industrie zu leisten. Im Sinne einer self-fulfilling-prophecy würde so nicht nur die Sichtweise von Herrn Häfele und die IHK in ihrer Angst vor "Strukturpolitik" bestätigt, es würden auch dringend benötigte Chancen zur Beschäftigungssicherung nicht wahrgenommen. Ein solches Negativszenario gilt es daher nach Möglichkeit zu verhindern.

5.2.3. Bestandssicherung, Innovationsförderung und Kooperationsförderung als Hauptaufgaben der WRS

Aus den oben skizzierten Trends der regionalen Beschäftigungsentwicklung und der Innovationsprobleme ergibt sich ein klares Anforderungsprofil an die WRS. Sie benötigt eine dezidierte strukturpolitische Ausrichtung, ihre Schwerpunkte müssen in den Aufgabenfeldern der Bestandssicherung, der Innovationsförderung und der Kooperationsförderung liegen.

Bestandssicherung

Im Gutachten von Arthur Andersen (1993) heißt es: "Eine zentrale Bedeutung hat jedoch vor allem die Bestandspflege. Die Bestandspflege im weitesten Sinne soll dazu beitragen, eine ausreichende Zahl von möglichst qualifizierten Arbeitsplätzen für das vorhandene und heranwachsende Arbeitskräftepotential zu schaffen und zu sichern; mögliche, evtl. durch Strukturwandel bedingte Freisetzungen von Beschäftigten aufzufangen; (...) eine vielseitige, krisensichere, umweltverträgliche Mischung aus Klein- und Mittelbetrieben des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches zu schaffen (...)". Der-

artige Zielstellungen können nur verfolgt werden, wenn die kurz- und mittelfristigen Probleme der Unternehmen bekannt sind und sie in ihren Stärken und Entwicklungspotentialen Unterstützung erfahren. Die Tätigkeit der WRS soll daher darauf abzielen, die endogenen Potentiale der Region Stuttgart zu stabilisieren und zu entwickeln. Im Einzelnen benötigt die WRS zur Pflege des industriellen Bestandes Informationen über aktuelle und perspektivische Probleme der wichtigsten Betriebe und Branchen, Informationen zu technologischen und organisatorischen Veränderungen, und Informationen zu Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die WRS leistet einen Beitrag zur Förderung des Diversifizierungspotentials der Unternehmen und der Region, insbesondere durch die Suche nach und die Umsetzung von neuen Produkten bzw. Produktfeldern; hierzu arbeitet sie eng mit den bestehenden Einrichtungen des Technologietransfers und der industrienahen Forschung zusammen.

Wenn die Aktivitäten der betrieblichen Akteure mit einer regelmäßigen Erfassung und Systematisierung von betrieblichen und Branchenentwicklungen verknüpft werden, können regionsspezifische ex-ante-Daten über die in unmittelbarer Zukunft stattfindenden oder geplanten betrieblichen und Branchenentwicklungen - etwa hinsichtlich der Personalentwicklung, der Funktionsveränderung und Fertigungstiefe, der Produktpolitik und Innovationstätigkeit - sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht erhoben und für eine gezielte Programmentwicklung in der Arbeitsmarktpolitik oder der Wirtschaftsförderung nutzbar gemacht werden. In der regionalwissenschaftlichen Diskussion ist die Notwendigkeit eines solchen Instrumentes weitgehend unbestritten. So heißt es beispielsweise in der ZIN-Zwischenbilanz für Nordrhein-Westfalen: "Dringend erforderlich (...) ist eine dynamische regionalisierte Strukturberichterstattung. Mit der Bereitstellung der entsprechenden Instrumentarien und des erforderlichen regionalen Forschungs- und wissenschaftlichen Beratungspotentials könnten Grundlagen für weiterentwickelte regionale Entwicklungskonzeptionen gelegt werden" (ISA Consult 1992. S.53). Als eigenständiger Beitrag hierzu ist die im Rahmen des ABI-Projektverbundes beschlossene Fortsetzung der jährlichen Studien zur Entwicklung des "Industriestandortes Stuttgart" zu sehen.

Innovationsförderung

Weiter oben wurde bereits auf das Innovationsdilemma eingegangen, welches sich im Zuge der primär betriebswirtschaftlich geprägten Optimierungs- und Entwicklungskonzepte für die Unternehmen, aber auch für die Region als Gan-

zes stellt. Notwendig erscheint daher die Etablierung eines regionalen Innovationsmanagements mit dem Ziel einer Initiierung und Stabilisierung von Verbundprojekten bzw. Innovationsverbänden.

Ausgangspunkt hierfür könnten die oben genannten Essentials eines regionalen Leitbildes sein. Es sind hierbei diejenigen Ansätze in den Bereichen neue Produktionsverfahren und neue Produktfelder zu berücksichtigen, die aufgrund betrieblicher Innovationsblockaden nicht vorangetrieben werden, aber aus beschäftigungspolitischer und innovationspolitischer Sicht von Bedeutung sind. Zur Mobilisierung, Sammlung und Systematisierung innovativer Produktideen - auch von solchen, die auf betrieblicher Ebene nicht weiter verfolgt werden -, zur Verknüpfung von regionaler Nachfrage mit möglichen Anbietern und zur Zusammenführung von möglichen Kooperationspartnern etabliert die WRS einen regionalen Projekt- und Ideenpool. Bestandteile hiervon sind regelmäßige regionale Industriegespräche unter Beteiligung von kommunalen und regionalen Vertretern sowie eine Foren-Reihe zu ausgewählten Fachthemen, auf denen wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche und ökologische Trends sowie die industriepolitischen Erfahrungen anderer Regionen vorgestellt und diskutiert werden.

Kooperationsförderung

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der WRS muß darüberhinaus in einer aktiven Anregung und Unterstützung von Kooperationen auf betrieblicher und zwischenbetrieblicher Ebene, aber auch in Form von public-private-partnership-Modellen, sein. Ist die Notwendigkeit solcher Kooperationen heute unbestritten, so bleibt ihre praktische Realisierung und Wirksamkeit doch weit hinter den Anforderungen und auch hinter dem Stand der öffentlichen Diskussion zurück. Offenkundig sind hier eine Reihe von Blockaden wirksam, welche durch die WRS zu identifizieren und anzugehen wären.

Mit der Verringerung der Fertigungstiefe in Unternehmen und Betrieben und der Durchsetzung neuer Managementkonzepte ist zugleich die Frage aufgeworfen, über welche Instrumentarien diese "Fraktale" miteinander kooperieren können. Zunehmend wird der Prozeß der Wertschöpfung und der Innovation regionalisiert, die "Fabrik der Zukunft" wäre dann nicht mehr als "ein Werk" zu begreifen, sondern als "die Region" Stuttgart mit ihrem Besatz an Industrie und Dienstleistungen, aber abhängig von der Fähigkeit zur Kooperation auch in Feldern, die heute noch mit betrieblichen Tabus belegt sind.

So benötigen die Unternehmen bei der Suche nach Feldern für Diversifikation und Beschäftigung ebenso eine Unterstützung "von außen" wie bei einer Intensivierung von betriebs- und branchenübergreifenden Kooperationen. Hierzu gehört auch eine Unterstützung bei der Herstellung von Markttransparenz (was wird neu nachgefragt?) und von Funktionstransparenz (welche Funktionen werden wahrgenommen, welche ausgelagert, bei welchen sind regionale Kooperationen möglich?). Diversifikationsstrategien werden ebenfalls erleichtert, wenn ein oder mehrere konkrete Leitvisionen existieren, an denen sich Kooperationen und Innovationen orientieren können.

5.3. Anregungen für Pilotprojekte in der Region Stuttgart

Eine aktive Rolle sollte die WRS darüber hinaus in der Systematisierung von öffentlichen Fördermitteln und in der Organisierung von regionalen Verbund- und Pilotprojekten inklusive der Unterstützung bei der notwendigen Akquisition von Fördermitteln und Risikokapital sowie dem Aufbau entsprechender Kooperationsstrukturen übernehmen. Solche Pilotprojekte erscheinen am besten geeignet, die traditionell doch eher passiven Instrumente der Raumordnungspolitik mit konkreten Initiativen zu verbinden und damit tragfähig und umsetzbar zu machen. Hierzu sollen im Folgenden wie schon im Vorjahr einige Anregungen gegeben werden.

5.3.1. Zuliefererpark Sindelfingen

Wie bereits weiter oben skizziert, ist für die nächsten Jahre damit zu rechnen, daß der Druck auf eine weitere Verringerung der Fertigungstiefe sowie eine Ausgliederung von Bereichen und Funktionen weiter zunimmt. Dies gilt in der Region Stuttgart insbesondere für die Betriebe von Mercedes-Benz, in erster Linie für das Montagewerk in Sindelfingen. Dort waren Ende 1994 noch knapp 35.000 Beschäftigte tätig; die Zukunftsplanungen sehen jedoch eine wesentlich niedrigere Zahl vor.

Es stellt sich dabei die Frage, ob für den Fall, daß innerbetrieblich eine Auslagerung nicht verhindert werden kann, die betroffenen Teile oder Funktionen international zugekauft werden, oder ob sie auch in Zukunft in der Region, entweder bei einem anderen Unternehmen oder in Form eines regionalen Verbundsystems, angesiedelt bleiben können. Dies ist der Grundgedanke etwa des "Industrieparks Neckarsulm" (vgl. Stuttgarter Zeitung 28.3.95), wo mit erheblicher finanzieller Hilfe des Wirtschaftsministeriums und unter aktiver Beteiligung der Kommunen und des Kreises die Ansiedlung von (System-)Zulieferern

in unmittelbarer Nähe des Audi-Werkes bei günstigen logistischen Bedingungen angestrebt wird.

Ein solcher Ansatz sollte nicht überbewertet werden; zum einen ist er dem Charakter nach defensiv und zielt primär darauf ab, die Folgen des Strukturwandels zu verlangsamen und zu verringern, ohne daß dort zugleich neue (zusätzliche) Arbeitsplätze entstehen. Und zum anderen wird er von Seiten der Betriebsräte und der IG Metall zurecht kritisch beurteilt, die hierin vor allem den Versuch sehen, durch Betriebsübergänge den sozialen und tariflichen Besitzstand der Arbeitnehmer zu verschlechtern (IG Metall 1995). Dies wird durch die zunehmenden Forderungen der Montagewerke unterstützt, die Zulieferer sollten die Zuständigkeit bis hin zum Einbau ihrer Teile übertragen bekommen. In der Perspektive würden so - trotz der engen räumlichen Integration - hierarchisch strukturierte Systeme entstehen, deren Belegschaften in ihren Rechten wiederum stark differenziert wären nach Rand- und Stammebelegschaften.

Trotz dieser Bedenken erscheint die Einrichtung eines Zuliefererparks Sindelfingen notwendig, um den ansonsten zu erwartenden Arbeitsplatzabbau und Know-how-Verlust zumindest zu begrenzen und auch die verbleibenden Funktionen in ihrer Substanz zu stabilisieren. Denn auch für Letztere ergibt sich nicht automatisch eine Standortsicherung. So heißt es etwa im Report "Strategien für die Produktion im 21. Jahrhundert": "Diese (die neuartigen Rahmenbedingungen, d. V.) erzeugen auf zweifache Weise neuartige Problemlagen für die Unternehmen: Zum einen direkt, indem neue, gravierende Zwänge und Restriktionen (aber auch Chancen) unternehmerischen Handelns entstehen; zum anderen indirekt, indem neue Strategien wie reduzierte Fertigungstiefe und erhöhte zwischenbetriebliche Liefervernetzung, stärkere Dezentralisierung und schlankere Organisation, mit denen die Unternehmen auf die neuen Rahmenbedingungen reagieren, ihrerseits ganz unvorhergesehene Folgewirkungen haben" (BMFT 1994, S. 56).

Zur Reduzierung dieser "Unvorhersehbarkeit" ist es notwendig, Strukturen zu etablieren, in denen sich eine stabile und gleichberechtigte Kooperation der unterschiedlichen Akteure entfalten kann. Hierzu wären neben Mercedes-Benz, Porsche und den großen Zulieferern der Region sowie möglicherweise der Fraunhofer Gesellschaft explizit auch die IG Metall zu zählen. Damit würde zugleich die Möglichkeit eröffnet, daß ein Netzwerk entsteht, welches nicht primär dem Lohn- und Sozialdumping dient, sondern regionale Spezialisierungsvorteile eröffnet und sichert. Solche Strukturen sind jetzt beschleunigt

durch die WRS vorzubereiten und zu realisieren. Hierzu zählt auch die Frage, welche finanzielle Unterstützung ein solches Projekt durch das Land erfahren kann.

5.3.2. Stahlbau-Kooperation im Maschinenbau

Betrachtet man den Auslagerungs- und Umstrukturierungsprozeß innerhalb des Maschinenbaus der Region, so fällt auf, daß eine Reihe von Betrieben in den letzten Jahren bereits ihre Stahlbaubereiche (Träger, Gehäuse u.ä.) ausgegliedert haben; in anderen Betrieben steht dies in der nächsten Zeit an. Motiv für diese Ausgliederungen ist und war - neben direkten Lohnkosten - insbesondere die Tatsache, daß in den meisten Betrieben diese Bereiche schlicht zu klein für eine effiziente Fertigung waren. Dies war insbesondere auch deshalb ein Problem, weil im Stahlbau die kundenspezifische Anpassung der Produkte eine hohe Variantenvielfalt bei geringer Standardisierung mit sich brachte. Hauptzielregionen der bislang erfolgten Verlagerungen sind Ungarn und Tschechien.

Dennoch sind die Effekte nicht unproblematisch. Zum einen erhöht sich der Logistik- und Transportaufwand erheblich, was auch vor dem Hintergrund der Diskussion um die Umweltverträglichkeit der Produktion zu Konsequenzen führen müßte. Es geht in erheblichem Umfang Know-how verloren, welches nicht kurzfristig zu reaktivieren ist. Und die Unternehmen verringern in erheblichem Maße ihre mühsam durch andere Maßnahmen hergestellte Flexibilität. Dies kann im negativen Fall auch direkt zu finanziellen Einbußen führen: so berichtete die Firma Ex-Cell-O in Eislingen im Rahmen der Bilanzpressekonferenz, daß die 1994 aufgelaufenen Verluste maßgeblich mit verzögerten Lieferungen aus Osteuropa, damit zusammenhängenden Nacharbeiten, Umsatzausfällen in zweistelliger Millionenhöhe sowie Konventionalstrafen in Höhe von 800.000 DM zusammenhängen. Auch wenn Ex-Cell-O in dieser Ausprägung als Extrem begriffen werden kann, sind ähnliche Effekte im Grunde doch in allen Betrieben anzutreffen.

Ein zweites regionales Gemeinschaftsprojekt könnte dementsprechend die Kooperation der hier ansässigen Maschinenbauunternehmen im Stahlbaubereich sein. Wenn die jeweiligen Bedarfe in dieser Form gebündelt bearbeitet werden, dann können die notwendigen Ressourcen zusammengefaßt und damit erhebliche Kostendegressionen erreicht werden, die möglicherweise auf Einzelkostenbasis nicht mit den Angeboten aus Ungarn konkurrieren können, allerdings

sehrwohl auf Gesamtkostenbasis und unter Anrechnung der logistischen Vorteile und der Beibehaltung der notwendigen Lieferflexibilität.

5.4. Agentur für Beschäftigungsförderung und Innovation (ABI)

Die "Agentur für Beschäftigungsförderung und Innovation" (ABI) - die bereits in der Einleitung kurz dargestellt wurde - soll einen zusätzlichen und eigenständigen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der Region Stuttgart durch Entwicklung und Umsetzung von arbeitsorientierten Konzepten auf betrieblicher und regionaler Ebene leisten.

Die Tätigkeit von ABI findet insbesondere auf drei Ebenen statt:

- a. **Unterstützung und Mobilisierung** der betrieblichen Akteure, insbesondere der Beschäftigten und der Betriebsräte, für die Entwicklung und Umsetzung beschäftigungssichernder und innovationsfördernder Konzepte;
- b. **Erfassung und Systematisierung** des betrieblichen Gefährdungs- und des Problemlösungspotentials;
- c. **Anregungen zur Umsetzung dieser Erkenntnisse** in regional wirksame Maßnahmen sowie Einspeisung in den Bereich der Wirtschaftsförderung einerseits und in aufzubauende arbeitsmarktpolitische Netzwerke andererseits.

In Aufarbeitung auch der Erfahrungen aus anderen Regionen zielt die Agentur in ihrer Tätigkeit auf die Qualifizierung und Mobilisierung der betrieblichen Akteure für einen aktiven Strukturwandelprozeß ab, auf die Beratung und Koordination der gewerkschaftlichen Akteure im Regionalisierungsprozeß und auf eine effektive Verzahnung zwischen betrieblichen und regionalen Ansätzen. Die Tätigkeit von ABI ist als Bündelung verschiedener Teilprojekte angelegt, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Perspektivisch soll ABI als offizielle arbeitsorientierte Institution in der Region Stuttgart etabliert werden. Als erster Schritt hierzu wird ein Beirat eingerichtet, in dem das Land Baden-Württemberg, der Verband Region Stuttgart, Gewerkschaften und weitere interessierte regionale Akteure (Kirchen, Umweltverbände etc.) mitarbeiten sollen.

5.4.1. Regionaler Qualifikationsbedarf und Qualifizierung im strukturellen Wandel

Eine regionalisierte Qualifizierungspolitik ist notwendiger und zentraler Baustein eines wirksamen strukturpolitischen Netzwerkes. Dies schließt dabei den quantitativen Aspekt der Bündelung und Effektivierung des regionalen Angebots ein, geht aber qualitativ darüber hinaus. Regionale Qualifizierungspolitik reicht über die kurzfristige betriebliche Bedarfsdeckung hinaus und zielt auf die Schaffung eines "Qualifikationsvorrats", welcher die mittelfristig gewünschten und notwendigen Fähigkeiten entwickelt. Dabei kann eine Verschränkung der Qualifizierung mit der regionalen Innovationstätigkeit zielgerichtet angegangen werden.

Mit dem Projekt soll zunächst der regionale betriebliche Qualifikationsbedarf (quantitativ und qualitativ) sowie stattfindende Qualifizierungsprojekte erfaßt und analysiert werden. Diese Informationen werden in ein aufzubauendes Qualifizierungsnetzwerk von Arbeitsverwaltung, regionalen Maßnahmeträgern und Betrieben eingespeist. Auf dieser Grundlage kann eine überbetriebliche Qualifizierungspolitik mit Modellprojekten, einer gemeinsamen Nutzung betrieblicher Ressourcen in Form eines Qualifizierungsverbunds (vgl. entsprechende Ansätze in Nürnberg) sowie einer Verknüpfung mit der regionalen Innovationspolitik und Wirtschaftsförderung erfolgen.

Der Schwerpunkt des Projektes liegt im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Das Projekt soll dazu beitragen Betrieben, Betriebsräten, Institutionen der Arbeitsmarktpolitik, Weiterbildungseinrichtungen und der Politik Informationen über die zukünftige regionale Qualifikationsbedarfsentwicklung an die Hand zu geben und unterstützt damit sowohl die regionale Angebotsplanung wie auch die Ausformulierung einer regionalen Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus wird im Zuge der Verallgemeinerung der Ergebnisse angestrebt, Betrieben und Regionen eine Methodik zur Qualifikationsbedarfserfassung an die Hand zu geben. Die Untersuchung wird in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zum Qualifizierungsbedarf werden in einem Modellvorhaben "Aufbau und Durchführung eines Qualifizierungsnetzwerks für Betriebsräte" unmittelbar umgesetzt. Im Laufe dieses zweijährigen Projekts wird versucht, durch neue Formen der Qualifizierung von relevanten betrieblichen Akteuren deren Kompetenz zur Initiierung, Durch- und Umsetzung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Betrieb zu fördern. In re-

regelmäßigen Treffen eines ausgewählten Kreises von Betriebsratsmitgliedern aus Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie der Region Stuttgart, dessen Zusammensetzung über die Projektlaufzeit konstant beibehalten werden soll (Netzwerk), werden Beispiele und Probleme betrieblicher Qualifizierungspolitik aufgezeigt und diskutiert, um handlungsleitende Erkenntnisse für die jeweilige Arbeit im Betrieb abzuleiten. Die dabei vermittelte inhaltliche wie soziale Kompetenz soll dazu beitragen, die Funktion der Betriebsräte als wesentliche Akteure im Rahmen betrieblicher Qualifizierungspolitik zu stärken und somit über die Aktivierung ihrer Rolle als Moderatoren der Aus- und Weiterbildung neue (quantitative und qualitative) Impulse zu geben. Die hier gewählte Form des Netzwerkes ist dabei als besonders geeignet anzusehen, durch Vermittlung von Wissen und Erfahrungen an konkreten, erfahrbaren Beispielen die Handlungs- und Sachkompetenz der Beteiligten zu stärken, da sie die Eigeninitiative sowohl bei der Wissensvermittlung und Problemerkarbeitung wie der praktischen Umsetzung fördert.

5.4.2. Regionale Strukturberichterstattung

Die Aktivitäten der betrieblichen Akteure sollen durch eine regelmäßige Erfassung und Systematisierung von betrieblichen und Branchenentwicklungen verknüpft werden. Dadurch können regionsspezifische ex-ante-Daten über die in unmittelbarer Zukunft stattfindenden oder geplanten betrieblichen und Branchenentwicklungen - etwa hinsichtlich der Personalentwicklung, der Funktionsveränderung und Fertigungstiefe, der Produktpolitik und Innovationstätigkeit - sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht erhoben und für eine gezielte Programmentwicklung in der Arbeitsmarktpolitik oder der Wirtschaftsförderung nutzbar gemacht werden.

Ein wichtiger eigenständiger Beitrag hierzu ist in einer Fortsetzung der jährlichen Studien zur Entwicklung des "Industriestandortes Stuttgart" zu sehen. Aufbauend auf dem vorhandenen Datenmaterial und in Fortschreibung der bisherigen Berichte zum "Industriestandort Stuttgart", wird jährlich das Frühjahrsgutachten erstellt und vorgelegt. Dieses umfasst die Darstellung und Analyse der konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen in der Metall- und Elektroindustrie in der Region Stuttgart im Vergleich zur Landes- und Bundesentwicklung. Diese Strukturberichte verfolgen das Ziel, aus den skizzierten Grundlagen jeweils arbeitsorientierte Anforderungen und Handlungskorridore für die regionalen Akteure abzuleiten.

5.4.3. Modellhafte Entwicklung von Standortsicherungskonzepten in ausgewählten Betrieben der Region

Dieses Projekt ist als umsetzungsorientiertes Gestaltungsvorhaben charakterisiert; ein zentrales Arbeitspaket liegt in der modellhaften Entwicklung von Standortsicherungskonzepten in ausgewählten Betrieben der Region Stuttgart.

Die Tätigkeit in diesem Teilprojekt zielt schwerpunktmäßig darauf ab, die betrieblichen Vertreter bei der Entwicklung und Umsetzung von Standortsicherungskonzepten zu unterstützen. Dies geschieht zunächst über Informations- und Beratungsgespräche mit den betrieblichen Akteuren. Diese Beratungstätigkeit wird verknüpft mit einem Seminarangebot, welches auf die Qualifizierung der betrieblichen Vertreter in diesem Zusammenhang abzielt. Drittens werden begleitende Projekte durchgeführt, welche es erlauben, mit einem definierten Sample von Betrieben stabile Arbeits- und Netzwerkstrukturen aufzubauen, um dem ganzheitlichen und längerfristigen Charakter dieses Ansatzes Rechnung zu tragen.

Bei diesen Standortkonzepten kommt insbesondere den Qualifikationsansätzen eine Schlüsselfunktion zu. Hierbei kann im Bereich der Metallindustrie in der Region Stuttgart zusätzlich auf den Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag aufgesetzt werden, der eine regelmäßige Erhebung des Qualifikationsbedarfs und eine Umsetzung in Qualifikationsprogramme vorsieht. Neuere Untersuchungen (vgl. Bahnmüller u.a. 1992) belegen jedoch, daß die Umsetzung dieser Tarifbestimmung im betrieblichen Alltag mit der sachlichen Notwendigkeit nicht Schritt hält. Deshalb wird im Rahmen der Mobilisierung der betrieblichen Akteure starkes Gewicht auf die Sensibilisierung für eine solche gezielte Qualifizierungstätigkeit sowie auf eine Ausfüllung der tariflichen Ansätze gelegt.

Über diese konkreten Bestandteile hinaus zielt das Arbeitspaket darauf ab, Aufschluß über Innovations- und Entwicklungshemmnisse in Betrieben und Branchen zu gewinnen, Diversifikationsansätze auf der betrieblichen Ebene zu stabilisieren und sie zugleich mit regionalen Ansätzen und Defiziten zu verknüpfen. Weiterhin sollen Erkenntnisse über Formen, Reichweite und Wirksamkeit von Beteiligungsprozessen auf der betrieblichen Ebene gewonnen werden. In diesem Kontext bedarf das Arbeitspaket über den Gestaltungsansatz hinaus der wissenschaftlichen Begleitung und Unterstützung.

5.4.4. Regionales Entwicklungskonzept (REK)

Bis Anfang 90er Jahre war die Forderung nach Ausformulierung regionaler Entwicklungskonzepte in Baden-Württemberg im Grunde auf wenige Krisenregionen beschränkt. Mittlerweile sind in der Region Stuttgart - wie in den meisten anderen Regionen auch - Aktivitäten zu verzeichnen, welche die Erarbeitung eines regionalen Stärken/Schwächen-Profiles ebenso einschließen wie die Formulierung von Leitlinien und Entwicklungszielen. An der Arbeit der vorbereitenden Regionalkonferenz in Stuttgart waren zwar neben Vertretern des Landes, des Regionalverbandes und der Kommunen, kontinuierlich auch die IHK's sowie die Handwerkskammern beteiligt; ausgeschlossen blieben hingegen andere gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Gewerkschaften. Diese Zusammensetzung wirkte sich unmittelbar auf Arbeitsweise und Ergebnisse der Diskussion aus, wichtige Erkenntnisse von strukturpolitischen Studien konnten nicht in den Erarbeitungsprozeß eingebracht werden.

Dennoch bietet der neugebildete politisch-institutionelle Rahmen Anknüpfungspunkte, mit denen aus einer arbeitsorientierten Sicht Einfluß auf die Regionalpolitik und die regionale Strukturpolitik genommen werden kann. Hier sind zuallererst die Gewerkschaften gefordert; ferner gibt es etwa im Bereich der Kirchen oder der Umweltverbände Interesse, eine regionale Diskussion über das Stärken/Schwächen-Profil sowie über anzustrebende Leitbilder neu aufzunehmen und unter Einbeziehung aller relevanten Kräfte zu führen. Hierzu sollen entsprechende Vorschläge entwickelt und veröffentlicht werden. Aus Sicht der Beschäftigungsentwicklung und dem notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft sind hier zwei Essentials zu formulieren:

- **Erhalt und Weiterentwicklung der industriellen Basis** der Region: Hierin liegt ein Schlüssel für eine Stabilisierung nicht nur des industriellen, sondern auch des Dienstleistungssektors (vgl. hierzu auch Kapitel 3);
- **Ökologisierung von Produkten und Produktion:** Hier ist nicht nur ein erhebliches wirtschaftliches Wachstums- und Beschäftigungspotential gegeben, sondern auch die Möglichkeit einer deutlichen Verbesserung des Lebensstandards. Da sich allerdings beides nicht im Selbstlauf für die Region Stuttgart realisieren läßt, ist eine Ausdifferenzierung nach konkreten Bedarfsweldern und Umsetzungsmöglichkeiten erforderlich.

Auf der Basis dieser Essentials sind Vorschläge für konkrete strukturwirksame Leitprojekte und regionale Innovationskooperationen zu entwickeln. Es sind

hierbei diejenigen Ansätze in den Bereichen neue Produktionsverfahren und neue Produktfelder zu berücksichtigen, die aufgrund betrieblicher Innovationsblockaden nicht vorangetrieben werden, aber aus beschäftigungs- und innovationspolitischer Sicht von Bedeutung sind.

6. Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Qualifikationsbedarf 2000: Qualifikationsbedarf 2000, Endbericht des Arbeitskreises beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart März 1991

Arthur Andersen: Vorschlag zur Konzeption einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Region Stuttgart, Abschlußbericht, Stuttgart 22.03.1993

Bade, Franz-Josef: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, Berlin 1987

ders.: Regionale Beschäftigungsprognose 2000, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 68, Dortmund 1994

ders.: Regionale Beschäftigungsprognose 1995, In: Forschungen zur Raumentwicklung, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Bonn 1991

Bahn Müller, Reinhard; Bispink, Reinhard., Schmidt, Werner: Betriebliche Weiterbildung in der Metallindustrie - die Rolle von Personalmanagern und Betriebsräten, Tübingen 1992

Bauer, Gertrud: Weiterbildungsberatung, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 2/1991, S. 375 - 384

Biehler, Hermann; Brake, Klaus; Ramschütz, Erik: Standort München - sozioökonomische und räumliche Strukturen der Neo-Industrialisierung, IMU-Studien 20, München 1994

Biehler, Hermann: Industriestandort Frankfurt im Strukturwandel - Perspektiven der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie für die 90er Jahre, IMU-Studien 19, München 1992

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW): Berufsbildungsberichte 1992, 1993, 1994, Bonn

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW): Neue Ansätze der Bedarfs- und Qualifikationsforschung, In: Studien zu Bildung und Wissenschaft 3, Bonn 1984

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT): Strategien für die Produktion im 21. Jahrhundert, Untersuchungsbericht Band 1, o.O., 1994

Deutscher Gewerkschaftsbund DGB: DGB zum Berufsbildungsbericht 1995. Mit Ausbildung für Arbeit von morgen die Zukunft gestalten, In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4/1995, S.80 ff

Dobischat, Ralf: Analysen und Perspektiven regionalisierter Berufsbildungsforschung, Hannover 1993

Dostal, Werner: Weiterbildungsbedarf im technischen Wandel, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 2/1991, S. 304 - 316

Fourastié, Jean: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1969

Grammel, Ralph; Iwer, Frank: Aktuelle Anforderungen an staatliche Industrie- und Technologiepolitik, unveröffentlichtes Diskussionspapier, Stuttgart 1994

IFO-Institut: Entwicklung der Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs, in: IFO-Schnelldienst 10-11/1995, S. 3 - 16

IG Metall (Hrsg.): Konferenz der IG Metall zur Zukunft der Automobilindustrie am 30.05.1995, Frankfurt, Materialienband

Iwer, Frank; Rehberg, Frank: Beschäftigungsplan und gewerkschaftliche Regional- und Strukturpolitik in der Region Stuttgart, Endbericht zum Projekt: Betriebspolitik und ökologischer Umbau, Manuskript, Stuttgart 5/1995

Iwer, Frank; Rehberg, Frank: Cluster und Strukturentwicklung, in: Albers, Detlev: Gewerkschaftliche Regionalpolitik in Deutschland auf dem Weg zum Europa der Regionen, Hans-Böckler-Stiftung Graue Reihe Nr. 83, Düsseldorf 1995

- Iwer, Frank; Ramschütz, Erik; Rehberg, Frank: Industriegürtel Mittlerer Neckar - Entwicklungen und Perspektiven der Metallindustrie in der Region Stuttgart und den Landkreisen Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, IMU-Informationsdienst 1/1994, München 1994
- ISA Consult: Zin am Scheideweg, Zwischenbilanz und Vorschläge zur Strukturpolitik in NRW, Bochum 1992
- Kunz, Dieter: Die wirtschaftliche Position der Region Stuttgart und ihre Gefährdungen, ISW-Papiere 1992/2
- Löbbe, Klaus; Graskamp, Rainer; Kampmann, Ricarda; Scheuer, Markus; Walter, Johann: Technische Dienstleistungen, Technologietransfer und Innovation, Untersuchungen des RWI, Heft 7, Essen 1992
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 1995 - Stärkung des Sozialstaats - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln 1995
- Regionalverband Mittlerer Neckar: Statistische Informationen 3, Schriftenreihe Heft 29, Stuttgart 1991
- Rehfeld, D.: Produktionscluster und räumliche Entwicklung - Beispiele und Konsequenzen, hektograph. Manuskript, Februar 1994
- Richter, Gerhard: Stuttgart - Problemregion der 90er Jahre?, IMU-Studien 7, München 1988
- Semlinger, Klaus: Vorausschauende Personalwirtschaft - betriebliche Verbreitung und infrastrukturelle Ausstattung, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 3/1989, S. 336 - 347
- Staudt, Erich: Unternehmensplanung und Personalentwicklung - Defizite, Widersprüche und Lösungsansätze, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 3/1989, S.374 - 387

Tessaring, Manfred: Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010 - Eine erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektionen 1989/91, In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1994, S. 5 - 19

Zinn, Karl Georg: Die Wirtschaftskrise, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1994

ders.: Der langsame Abstieg in die Zukunft, in: Sozialismus 11/1993, S. 25 - 43

Zukunftskommission Wirtschaft 2000: Aufbruch aus der Krise, Bericht der Zukunftskommission Wirtschaft 2000, herausgegeben vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1993